Nr. 56. Vorort-Ausgabe. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Zur Lage der Hütten- und Bergarbeiter.

II.

Die im gestrigen Artikel angeführten Urteile vieler Gewerbeaufsichtsbeamter über die Arbeitsverhältnisse und ihre Gefahren lassen eine gewisse Vorsorge für Leib und Leben des Arbeiters erkennen. Von ihnen unterscheiden sich aber sehr die Berichte der meisten Bergbehörden über den Gesundheitszustand und die Beschwerden der Bergleute. Wenn man die Jahresberichte der preußischen Bergbehörden durchsieht, so findet man meist sehr befriedigende Urteile über den Gesundheitszustand der Bergleute. Da heißt es: er war gut, im allgemeinen gut, zufriedenstellend, ganz normal rc. Aber wenn man sich die Zahlenangaben der Erkrankungen ansieht, weiß man, was man von diesen Urteilen zu halten hat. So sagt der Bericht von 1902 über das Bergrevier Ost-Essen: „Der Gesundheitszustand der Belegschaft war befriedigend." Aber in folgendem Satze mußte er mitteilen, daß 10 355 Mann krank gefeiert haben, was 76,4 Proz. der Belegschaft ausmacht, und im Jahre 1904 waren es auch noch 69 Proz. Nur der Bericht aus dem Bergrevier Süd-Essen von 1902 erklärt: „Der Zustand der Belegschaft ließ einiges zu wünschen übrig." Die Gesamtzahl der Erkrankungen stieg hier auf 145 524, so daß nach Angabe des Berichts selbst auf jeden Arbeiter die enorme Zahl von 10,6 Erkrankungen kam. Aber der Bericht hoffte, daß doch die Wurmkrankheit in diesem Revier keine große Ausbreitung finden durfte, indem bisher hier nur 15 Erkrankungen daran vorgekommen seien. Diese utopische Hoffnung sollte jedoch leider nicht in Erfüllung gehen. Leider trafen die Voraussagungen der Arbeiterpresse zu. Der Bericht für das Jahr 1903 aus diesem Bergrevier muß mitteilen: „Der Gesundheitszustand der Bergleute wurde hauptsächlich durch die Wurmkrankheit nachteilig beeinflußt." Bei den Untersuchungen waren 1100 Mann als wurmkrank befunden. Infolgedessen kamen in diesem Jahre im Bergrevier Süd-Essen sogar 12,6 Erkrankungen auf jeden Mann der Belegschaft, im Jahre 1904 sogar 13,1, obgleich die Wurmkrankheit fortgesetzt zurückging! Denn während 1903 noch 1100 Arbeiter und Beamte zum erstenmal oder wiederholt wurmkrank befunden wurden, betrug ihre Zahl 1904 nur noch rund 400, darunter 337 frische Fälle. In anderen Bergrevieren, z. B. in Dortmund III, war es kaum besser. Zwar hatte schon 1901 die „Bergarbeiter-Zeitung" schärfere Maßregeln gegen die Ausbreitung der Wurmkrankheit verlangt, aber Bergbehörde und Zechenvorstände entschlossen sich erst zu solchen, als aus den fünf Erkrankten 1100 geworden waren. Trotzdem findet sich in keinem Jahresbericht auch nur ein Wort des Tadels über diese arge Saumseligkeit, zu deren Folgen sich noch zahlreiche tödlich verlaufende Typhuserkrankungen in den Revieren von Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen kamen und es dauerte mehrere Jahre bis die Verursacher der letzteren wegen ihrer Verseuchung der Wasserleitung zur Rechenschaft gezogen und zu verhältnismäßig geringen Geldstrafen verurteilt wurden. Ferner erkrankten zahlreiche Bergleute an der ansteckenden Augenkrankheit, ebenfalls infolge des unhygienischen Zustandes der Gräben und Waschkogen. Allein im Bergrevier Ost-Recklinghausen ergaben die ärztlichen Untersuchungen der Bergarbeiter 64 Fälle von Erkrankung an dieser und 46 Fälle an Tränendrüsenkatarrh. Maßregeln dagegen wurden auch erst ergriffen, als ihre Ausbreitung im nächsten Jahre noch größer wurde, nämlich auf 115 Fälle an ansteckender Augenkrankheit und auf 140 Fälle an Tränendrüsenkatarrh stieg.

Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten lassen es sich doch nicht nehmen, hin und wieder eine Schutzeinrichtung gegen Schädigungen der Arbeiter zu empfehlen eventuell anzuordnen und über den Erfolg darüber zu berichten. Aber in den Berichten der Bergbehörden findet man fast nie derartiges. Es liest sich wie ein Unikum, wenn 1903 aus dem Bergrevier Oberhausen berichtet wird, daß auf der Zeche Osterfeld zur Beseitigung des beim Entleeren der Förderwagen in der Kohlenseparation entstehenden Staubes und der damit für die Arbeiter verbundenen Belästigung und Schädigung eine Staubabsaugungsvorrichtung angelegt worden ist, die ihren Zweck vollkommen erfüllt.

Auch von einem energischen Eintreten der Bergbehörden für wirksameren Schutz der Bergleute gegen die immer mehr zunehmenden schweren Unfälle in den Bergwerken durch Stein- und Kohlenfall, blinde Schächte usw. liest man in den Jahresberichten derselben nichts. In jedem Bericht wird nur ganz summarisch angegeben, wie viel Unfälle im Jahre gemeldet wurden und wie viel davon tödlich waren, ganz wie die Polizei rapportiert, wie viel Menschen bei Bettelei und wie viel Hunde ohne Maulkorb aufgegriffen worden sind. Nur wird hin und wieder an den Unfallzahlen gemäkelt. So sagt der Jahresbericht für 1904 aus dem Bergrevier West-Essen:

„Zur Anzeige gelangten im Laufe des Jahres 3398 Unfälle, d. h. 18,5 Proz. der Belegschaft (gegen 3302 oder 19 Proz. im Vorjahre).

Diese Zahl der Unfälle wuchs in den folgenden Jahren noch weiter.

Untersucht wurden von den Aufsichtsbeamten 373 Unfälle, welche schwerer Natur waren, bezw. Erwerbsbeschränkungen über die 13. Woche hinaus zur Folge hatten, während die Anzahl der untersuchten Unfälle im Vorjahre nur 213 betrug. Diese Unfälle haben mithin um 160 oder 42,9 Proz. zugenommen, was teilweise wohl dadurch zu erklären ist, daß sich die Arbeiter in dem Verlangen, eine Rente zu erhalten, vielfach bei der geringfügigsten Verletzung mit Anträgen auf Untersuchung des Unfalles an die Berufsgenossenschaften wenden, denen dann in den meisten Fällen von letzterer Folge gegeben wird."

Erst heißt es also in dem Bericht, daß „von den Aufsichtsbeamten 373 Unfälle untersucht wurden, welche schwerer Natur waren und eine Erwerbsbeschränkung über 13 Wochen hinaus zur Folge hatten", und im nächsten Satz denunziert der Berichterstatter die Arbeiter, daß sie „in dem Verlangen, eine Rente zu erhalten, sich bei der geringfügigsten Verletzung mit Anträgen auf Untersuchung des Unfalls an die Berufsgenossenschaften wenden."

Forscht man nach, welche Ursachen diese schauderhaften Gesundheitszustände und schweren Unfälle der Bergleuten haben, so ist es ohne weiteres einleuchtend, daß die Beschäftigung des Bergmanns an sich schon viel gefährlicher ist, als die meisten anderen. Man denke an die mit Kohlengasen und Kohlenstaub geschwängerte Luft in vielen Kohlengruben, die dabei sauerstoffärmer als die atmosphärische Luft ist und deren Temperatur „vor Ort" in der Regel nicht unter 25 Grad Celsius ist, in der der Arbeiter meist in gebückter Stellung seine schwere Arbeit verrichten muß. Durch die hohe Lufttemperatur kommt er bei derselben bald stark in Schweiß, der bei den meisten bald viel Durst erzeugt und sie zum Trinken großer Mengen Wassers veranlaßt, so daß mancher Bergmann während einer Schicht 6 bis 7 Liter Wasser trinkt, wodurch vielfach Magenerweiterung und geschwächte Verdauungskraft des Magens herbeigeführt wird. Dabei ist das zur Verfügung stehende Wasser oft unrein, bakterienhaltig oder durch Eier des gefürchteten Ankylostomus (Wurmkrankheitserreger) infiziert. Dabei reizt der feine Kohlenstaub die Schleimhäute der Augen und des Halses und erzeugt einerseits massenhaft Augenkatarrh und Trachom, andererseits Kehlkopf- und Bronchialkatarrh und der häufige Temperaturwechsel zwischen der Hitze vor Ort und von frischen Wettern durchzogenen feuchten Strecken zahlreiche chronische Rheumatismen und Wechselfieber.

Zu diesen direkten Ursachen der massenhaften Erkrankungen und Unfälle kommen bei den Bergleuten noch eine Reihe indirekt mitwirkender, auf die wir noch kurz hinweisen müssen. Da ist die Art der Entlohnung des Bergmannes. Für die unter Tag arbeitenden Bergleute ist die fast regelmäßig eingeführte Lohnform das sogenannte Gedinge. Um aber die Arbeiter zur größten Anstrengung anzuspornen, sind dazu noch die sogenannten Prämienzusätze eingeführt. Die geringe Höhe der Gedinge zwingt den Arbeiter, um den für den Unterhalt seiner Familie nötigen Betrag zu erwerben, alle Anstrengungen zu machen, um so viel Kohle zu fördern, daß er auch die Prämie erhält. Aber der Arbeiter übernimmt mit dem Gedinge nicht nur das Loshauen der Kohle und das Füllen derselben in die Wagen, sondern oft noch verschiedene andere Verrichtungen, wie die Verzimmerung, das Anbringen von Stützen usw. Der Arbeiter kann nun auf alle diese Nebenarbeiten umsoweniger Mühe und Zeit verwenden, je mehr er gezwungen wird, viel Kohle zu schaffen, um sein Gedinge zu verbessern, jene Sicherheitsvorrichtungen läßt er um so eher außer acht, als sie ihm Zeit zum Kohlenfördern rauben würden. Es stehen die Arbeitsbedingungen im engsten Zusammenhange mit der Häufigkeit der Unfälle und der Gesundheitsverhältnisse, ein Umstand, der sich auch sonst bei der Akkordarbeit fühlbar macht.

Die nach dem letzten großen Bergarbeiterstreik behördlich vorgenommenen Untersuchungen der Bergwerke haben ja die Zustände in denselben fast tadellos gefunden. Sie haben auch zu keiner Besserung der Lage der Bergleute geführt. Soll daher die zu erwartende Enquete über die Arbeitsverhältnisse in der Eisen- und Metallindustrie die hier herrschenden Uebelstände beseitigen, so müssen ohne Scheu alle vorhandenen Schäden wahrheitsgemäß schonungslos aufgedeckt und eventuell für Feststellung derselben im Reichstage gesorgt werden. Die Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter sollte ohne Unterschied der Parteirichtung auch im Deutschen Reiche höher stehen als die Rücksicht auf das Profitinteresse der Unternehmer. Leider betätigen bürgerliche Parteien das Gegenteil.

Die Revolution in Rußland.

Der Feldzug gegen die Semstwos und die Lage auf dem Lande.

Die Entstehung der Semstwos datiert aus den sechziger Jahren, aus dem „Zeitalter der großen Reformen", als die Bauern von der Leibeigenschaft befreit wurden und man den Staat auf halbwegs modernere Grundlagen stellte. Die Regierung hat sich außerstande gesehen, bei der unermeßlichen Ausdehnung des Reiches alle neuen aus der Modernisierung des Staates entstandenen Aufgaben in ihre eigene Hand zu nehmen und in den Petersburger Ministerien zu konzentrieren. Wider ihren Willen sah sie sich gezwungen, eine, wenn auch beschränkte, Selbstverwaltung zu gewähren: so entstanden 1864 die Semstwos, gebildet aus Vertretern der Grundbesitzer und Landgemeinden. Trotz ihres ausgesprochenen Klassencharakters, der 1890 durch die Einschränkung der Zahl der Bauernvertreter noch verschärft wurde, haben sich die Semstwos im großen und ganzen nicht schlecht bewährt; dies erklärt sich mit Leichtigkeit aus dem Umstande, daß die Semstwos in einer langen Reihe von Jahren beinahe der einzige Ort einer verhältnismäßig freien sozialen Tätigkeit waren und ihnen deshalb die besten kulturträgerischen Elemente zuströmten. Das Tätigkeitsgebiet der Semstwos umfaßt überaus wichtige Seiten des Volkslebens und sie haben trotz der Eingriffe der Regierung, die sie auf Schritt und Tritt zu hemmen suchte, eine ersprießliche kulturelle Arbeit geleistet. In der Verwaltung der Semstwos befinden sich: Schulwesen, Krankenwesen, Sanitätswesen, Veterinärwesen Agronomie usw.; viele Semstwos errichten landwirtschaftlich-statistische Aemter, verbreiten unter der Bevölkerung populäre ökonomische und politische Schriften usw., ihnen liegt auch die Unterstützung der Bevölkerung in Fällen von Mißernte, Unterstützung der Familien einberufener Reservisten ob. Man sieht, das Arbeitsfeld der Semstwos ist enorm, und für das platte Land sind sie geradezu unersetzlich geworden.

Jedoch sind die meisten Semstwos durch die gegenwärtige politische Lage in eine äußerst kritische Lage gekommen: die Kassen sind leer, manche Semstwos stehen am Rande des Bankrotts. Die Mindereinnahmen der Semstwos betrugen zum Januar 1906 über 80 Millionen Rubel, da die gänzlich verarmten Bauern nicht die nötigen Abgaben leisten können. Angesichts dessen sind einige Semstwos genötigt, ihre Tätigkeit einzuschränken. So z. B. stellte das Jekaterinoslawer Semstwo das Erscheinen seiner Wochenschrift und die Tätigkeit des Amtes für Agronomie und der Wegekommission wegen Geldmangels ein („Ruß"). Viele andere Semstwos ziehen die Anwendung ähnlicher Maßnahmen in Erwägung, da sie sich anders nicht zu helfen wissen. Aber die Regierung denkt gar nicht daran, den Semstwos aus der Geldklemme zu helfen, sie hat vielmehr einen wahren Feldzug gegen die Semstwos eröffnet, um ihre Tätigkeit endgültig lahm zu legen. Massenhaft werden die im Dienste der Semstwos stehenden Lehrer verhaftet, verschickt, ihrer Posten enthoben — so im Gouvernement Nowgorod allein 80! In Krementschug ist die vom Semstwo unterhaltene Lazarettgehülfen- und Hebammenschule wegen Mangels an Lehrkräften geschlossen („Rascha Schisn"). Zu Dutzenden könnte man solche Fälle anführen. Genau so geht es mit den Aerzten: im Kreise Ssumy, Gouvernement Charkow, ist bloß ein Arzt geblieben, und das auf eine Bevölkerung von mehr als 200000 Menschen! Im Moskauer Semstwo wurde das gesamte ärztliche Personal des Irrenhauses teilweise verhaftet, teilweise auf administrativen Befehl seines Postens enthoben. Aus einem anderen Orte wird gemeldet, daß in einem Krankenhause, das über 50 Kranke verpflegt, nur ein — Nachtwächter geblieben ist. („Ruß"). Verhaftungen von Lehrern, Aerzten und anderer Semstwoangestellten werden auch aus den Gouvernements Tula, Tambow, Kursk, Poltawa, Tschernigow u. a. gemeldet. Die Bauern bleiben ohne Schulen, ohne ärztliche Hülfe, aber der Regierung ist es noch zu wenig: sie läßt die Bauern buchstäblich den Hungertod sterben. Die Hungersnot hat 26 Gouvernements in der furchtbarsten Weise heimgesucht, in manchen Gouvernements dauert sie schon drei Jahre. „Die Hungersnot von 1891, dieses Schreckensjahr, wo Tausende den Hungertod gestorben sind, ist nur ein blasser Schatten dessen, was jetzt auf dem Lande vorgeht," schreibt in „Ruß" ein Priester aus dem Gouvernement Pskow. Die Bauern verkaufen ihr letztes Hab und Gut, ihr Vieh, sogar ihre Ackergeräte. Aus dem Kreise Jelisawetgrad wird Hungertyphus gemeldet, desgleichen aus Kasan, Tula. Diphtheritis und Scharlach wüten in der schrecklichsten Weise. Vielfach ist der Skorbut aufgetreten — dies und ähnliches liest man in allen Berichten. Die Bitten der Semstwos um Unterstützung für die hungernde Bevölkerung werden abschlägig beschieden. Mögen die Bauern noch ein Jahr hungern! Mögen sie, wie es in Tula gewesen, die Städte mit Rufen: „Brot! Brot!" durchziehen („Ruß") — die Regierung hat taube Ohren. In den armen, ausgehungerten und ausgeplünderten Dörfern verbreitet sich eine immer weiter umsichgreifende Erbitterung. „Wenn uns niemand hilft, so helfen wir uns selbst", heißt es allgemein. Die Gutsbesitzer fliehen in die Städte, zum Frühjahr werden neue Bauernaufstände befürchtet. Die Regierung sucht aber mit allen Kräften die Bevölkerung noch mehr zu reizen: die bei den Bauern beliebtesten Persönlichkeiten werden verhaftet: Mitglieder des Bauernbundes, „Bevollmächtigte" zur Duma usw. Die Zeitung „Wjel" veröffentlicht eine Korrespondenz, aus der hervorgeht, daß „die Polizei die Unruhen geradezu provoziert: sie frägt über die materielle Lage einzelner Bauern aus, verhaftet die Wohlhabenderen und läßt sie dann gegen einen gewissen Geldbetrag wieder frei". In den Dörfern gärt es. Zum Frühjahr muß man einen furchtbaren Entrüstungssturm gegen die Regierung erwarten." Ob es diesmal der Regierung gelingt, die drohenden Aufstände niederzuwerfen, ist mehr als zweifelhaft. Vor wenigen Monaten ist es ihr mit Hülfe von Maschinengewehren und Kosakenplünderungen gelungen und es herrscht „Ruhe" in den Dörfern, aber es ist die Ruhe vor dem Sturme: das nahende Frühjahr dürfte keine Bauernunruhen, sondern einen Bauernkrieg gegen den Zarismus bringen!

* * *

Aus dem sozialdemokratischen Parteileben Rußlands.

Auf einer Konferenz der sozialdemokratischen Partei Rußlands, auf welcher beide Fraktionen derselben Partei (die „Mehrheit" und die „Minderheit") vertreten waren, wurde eine

Resolution gefaßt, die Wahlen zur Duma zu boykottieren. Diese Resolution wurde mit 35 gegen 29 Stimmen angenommen.

* * *

Das Petersburger Komitee der sozialdemokratischen Partei Rußlands hat eine Rundfrage veranstaltet, um über die Stimmung der Petersburger Arbeiterschaft bezüglich der Wahlen zur Reichsduma klar zu werden.

Zu diesem Zwecke organisierte das Komitee in verschiedenen Stadtteilen zirka 120 kleine Versammlungen; in jeder Versammlung waren durchschnittlich 17 Arbeiter anwesend. (Der herrschende „weiße" Terror gab keine Möglichkeit, große Versammlungen zu arrangieren.) Ungefähr 1000 Organisationsmitglieder nahmen aus verschiedenen Gründen an diesen Versammlungen keinen Anteil und deshalb konnten sie ihre Stimmen nicht abgeben. Das Ergebnis der Abstimmung war folgendes: für Boykott haben sich 1168 Arbeiter ausgesprochen, für Anteilnahme an den Wahlen 962.

* * *

Bauernrevolten.

Moskau, 7. März. (Meldung des „Tag".) Im südlichen Rußland sind abermals bedeutende Agrarrevolten ausgebrochen. Im Gouvernement Cherson wurden mehrere Güter ausgeraubt und niedergebrannt, der Viehbestand teils abgeschlachtet, teils weggetrieben. Viele Tausende Dessjatinen Gutsland wurden von Bauern aufgepflügt. Im Kreise Sudscha, Gouvernement Kursk, verprügelten Bauern die Dorfpolizisten, welche zwei politisch verdächtige Personen festnehmen wollten. Herbeigeeilte Dragoner beschossen das aufrührerische Dorf mit Kanonen. Neun Bauern wurden getötet und zahlreiche verwundet. Viel Vieh ist umgekommen.

*

Odessa, 7. März. (W. T. B.) Das Kriegsgericht urteilte gestern 30 Artilleristen ab, die der offenen Empörung und der Weigerung, während des Aufstandes die Geschütze gegen Revolutionäre zu gebrauchen, angeklagt waren. Von den Angeklagten wurden sechs zu zehn bis zwanzig Jahren Zwangsarbeit in Sibirien, 24 zur Abgabe an Disziplinarbataillone verurteilt.

In dem Gendarmerieamtslokal wurden wiederum zwei geladene Bomben entdeckt, die nicht explodiert waren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März.

Die Opfer Merkurs.

Nirgends wird mehr über Treu und Glauben schwadroniert als in den Kreisen der Jünger Merkurs; nirgends wird aber im Verhältnis zu der stetigen Beteuerung des Grundsatzes, nur nach Treu und Glauben zu handeln, mehr verstoßen gegen diesen Grundsatz als in jenen Kreisen. Und nicht am wenigsten haben die Handelsangestellten unter der Verletzung dieses Grundsatzes zu leiden. Die Ausbeutung der Handelsangestellten wird nach demselben kapitalistischen System und mit denselben Gepflogenheiten betrieben wie gegen andere gelernte oder ungelernte Arbeiter. Und weiter ist die Gesetzgebung, die die Handels- oder anderen Angestellten vor brutaler kapitalistischer Ausbeutung schützen soll, ebenso unzureichend und lückenhaft wie für andere soziale Gebiete. Dies muß umsomehr der Fall sein, wenn schon diejenigen, die sich für die geborenen Vertreter des Handels und Verkehrs halten, die Nationalliberalen, sich befliffen fühlen, im Reichstage Initiativanträge zu stellen, die eine Umgehung oder Außerkraftsetzung gesetzlicher Bestimmungen — speziell des § 63 des Handelsgesetzbuches — durch private Verträge zum Nachteile der Angestellten unmöglich machen sollen. Freilich ist es aber noch ein anderer Grund als das Mitempfinden für die Lage der Handelsangestellten, der die Anträge veranlaßt hat.

Wie der Abg. Bassermann in der Begründung seiner Anträge hervorhob, müßten die Angestellten geschützt werden gegen die raffinierte Ausbeutung, weil sie das nationale Element verstärkten. In der Tat ist ein erheblicher Teil der Handelsangestellten noch im Banne der chauvinistischen Schreier, die bei jeder Gelegenheit die Größe und Herrlichkeit des Reiches über den grünen Klee herausstreichen, aber die Mangelhaftigkeit der Sozialpolitik des Reiches in der Regel gegen die berechtigten Angriffe der Arbeitervertreter verteidigen und sich dadurch schuldig machen an der schutzlosen Preisgebung der gesamten Arbeiterklasse einschließlich der Handelsangestellten an die kapitalistische Ausbeutung.

Die Redner aller Parteien waren heute einig darin, daß ein Schutz der Handelsangestellten durch Revision der einschlägigen, dem Antrage Bassermann zugrunde liegenden Gesetzesbestimmungen nötig sei, und von unserer Seite gab Genosse Singer die Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten, wie schon seit langer Zeit, diese Revision nach Kräften fördern werden. Aber er richtete auch an den Staatssekretär des Reichsjustizamts, Nieberding, die Aufforderung, daß seitens der Richter im Geiste der Gesetze gehandelt und nicht eine falsche Auslegung mit Buchstabenklauberei betrieben werde.

Der Staatssekretär wiederholte seine oft gehörte Versicherung, die Regierung stehe der Angelegenheit mit Wohlwollen gegenüber und werde weiteres Entgegenkommen zeigen.

Alle Parteien waren auch darin einig, die Anträge Bassermanns einer besonderen Kommission zu überweisen.

Morgen: Postetat. —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch das Kapitel „Höhere Lehrstellen" vom Kultusetat. In der Debatte, die sich im wesentlichen um die Frage, ob humanistische oder Realbildung drehte, fühlten sich die Konservativen wieder einmal genötigt, einen Beweis für ihre Unduldsamkeit an den Tag zu legen. Ein vortragender Rat aus dem Kultusministerium, Herr Matthias, hat in der staatswissenschaftlichen Vereinigung einen Vortrag gehalten, der später als Broschüre erschienen ist, worin er gegen gewisse Auswüchse der humanistischen Gymnasien zu Felde zog. Darob großes Entsetzen bei den Konservativen. Ihr Redner, Abg. Strosser, verlangte, daß der Geheimrat ähnlich abgekanzelt wird, wie sein Kollege Dr. Martin wegen seines bekannten Buches über die russischen Finanzen. Und als der Geheimrat nun gar den Mut hatte, sich offen zu dem zu bekennen, was er geschrieben, da ertönten auf seiten der Rechten Rufe „Stuß!" u. a. Fürwahr, ein vornehmer Ton, den die Herren in dem Parlament anschlagen, in dem angeblich nicht der Geldsack, sondern die Bildung ausschlaggebend ist.

Nach Erledigung dieser Episode begann der Abg. Kirsch vom Zentrum ein Klagelied darüber anzustimmen, daß in den höheren Schulen Bücher eingeführt seien mit Darstellungen, die die Gefühle der Katholiken verletzen. Der Minister Studt erklärte die Zentrumsklagen für begründet. Gewiß stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß der Unterricht, namentlich der Geschichtsunterricht, nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden soll, aber warum schreitet der Minister nur dann ein, wenn es sich um Gefühlsverletzungen der Katholiken handelt? Warum duldet er all den Unsinn, der in den verschiedensten Schulbüchern unter direkter Fälschung der geschichtlichen Ereignisse gegen die sozialdemokratische Partei zu lesen ist?

Die Agitation und die Geldsammlungen zugunsten des Flottenvereins, mit denen in jüngster Zeit auf den Schulen ein so unglaublicher Mißbrauch getrieben wird, geißelte der Abg. Rosenow (frs. Vp.). Allerdings ohne Erfolg, der Minister und als sein Sekundant der unvermeidliche Dr. Arendt (frk.) als Sprecher der Mehrheit haben gegen diesen Unfug nichts einzuwenden.

Der Kultusetat ist nun glücklich zu Ende beraten. Am Donnerstag beginnt die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung. —

„Ballinismus."

Mit der Bezeichnung „Ballinismus" wollen die Antisemiten und Antisemiteriche tadelnd darauf hinweisen, daß die traditionelle deutsch-preußische Fernhaltung der Juden von hohen Aemtern und Ehrenstellen durch keinen geringeren als Wilhelm II. selber bedroht wird, der in den letzten Jahren den Großreeder Ballin auszeichnete, seine Huld Leuten wie James Simon, Dr. Paul Schwabach, Isidor Löwe, Bodenstein, James v. Bleichröder, Dr. Levin-Stölping-Huldschinsky, Jakob, Rathenau, Koppel, Mendelssohn zuwandte und in den allerletzten Tagen erst die Herren Fritz Friedländer und Georg Caro adelte.

Unsere Sympathien für den sogenannten Geldadel sind mindestens so gering wie die für den reaktionären preußischen Feudaladel. Aber nichtsdestoweniger müssen wir gegenüber dem neidischen, eifersüchtigen Augenverdrehen der den Kaiser ob seiner „Judenfreundschaft" tadelnden Blätter doch eins hervorheben: Es ist zum mindesten inkonsequent und unehrlich, wenn gerade diejenigen reaktionären Kreise sich in private Angelegenheiten Wilhelms II. einmischen, deren Angehörige im Reichstage, wenn die Sozialdemokraten gelegentlich offizielle Kundgebungen des Monarchen erörtern wollen, ein Geflenne anheben: es handle sich um private Angelegenheiten des Kaisers, oder aber: in das Begnadigungsrecht der Krone dürfe nicht eingegriffen werden und dergleichen. Also man merke wohl: Wenn Duellmörder sozusagen prinzipiell begnadigt werden, dann ist das ein Ausfluß des monarchischen Begnadigungsrechtes und geht niemand etwas an! Wenn kaiserliche Depeschen hinausfliegen, die unter Umständen Deutschland in einen Krieg verwickeln können, so ist das eine private Korrespondenz, die niemand zur Kritik im Reichstage oder sonstwo berechtigt. Wenn aber Wilhelm II. Herrn Itzigsohn oder Herrn von Veilchenduft zu einem Diner unter 12 bis 16 Augen einlädt, so ist das eine eminent politische Sache, die gehörig kritisiert werden muß! —

Zu den peinlichsten Grenzwächtern bei Beurteilung des Umstandes, ob im gegebenen Falle kaiserlich-königliche Handlungen, Worte, Reden, Depeschen usw. in die Debatte gezogen werden dürfen oder nicht, gehört Graf Ballestrem, des deutschen Reichstags Zentrumspräsident. Wir hoffen, daß er der „Germania" ein Privatissimum lesen wird, da sie sich am Dienstag in einem Leitartikel „Alter und neuer Adel" zum Sprachrohr jener oben erwähnten tadelnden Kritiken machte. Drollig sind die Bocksprünge, die man dabei beobachten kann, komisch sind die Windungen und die Wendungen, durch die bewiesen werden soll, daß nicht auf den, sondern auf das Verdienst gesehen werden müsse. Bezeichnend ist es, daß den Kritikern nicht der Gedanke kommt, es könne auch ein Monarch ausnahmsweise einmal auf die Idee verfallen: bei Heranziehung von Personen auf ein drittes: die Begabung, die Intelligenz, das Talent, zu achten — womit nicht gesagt sein soll, daß bei der Bevorzugung der Ballin, Friedländer usw. gerade jene Idee mitgesprochen habe.

Dann verdient noch etwas hervorgehoben zu werden: Die „Germania" kolportiert die Beklemmungen des alten preußischen Adels, der Tag und Nacht in der Furcht lebt: der neue Geldadel werde seinen Einfluß zugunsten des Kapitals, der Industrie und des überseeischen Handels geltend machen! Ganz schrecklich! Dieser biedere, patriotische alte Adel! Er hat ja seinen Einfluß nie zugunsten von Liebesgaben, Getreidezöllen, Adelsprivilegien geltend gemacht! Solches Pharisäertum muß dem imparteiischen, unbeteiligten dritten (als welchen wir uns bei diesen Konkurrenzmanövern unlauterster Wettbewerber bezeichnen dürfen) Brechreiz verursachen.

Das allerallerschlimmste scheint jenen aber: Es könnte, wenn die neue Strömung nicht bald wieder versandet, Bresche gelegt werden in das arische Offiziersprivilegium. Stöckers „Reich" und Stöckers „Staatsbürger-Zeitung" — die „Germania" zitiert sie — sehen schon die Zeiten nahen, da auf unseren Kasernenhöfen die „Kamele", „Rhinozerosse", „Dromedare" und andere liebliche Tierchen nicht nur dem Zahngehege christlicher, sondern auch dem jüdischer Offiziere entfahren, die für's näselnde Leutnants-Schnarren schon sowieso eine gewisse natürliche Begabung mit auf die Welt gebracht und so alle Aussicht haben, den arischen Kam'raden den Rang abzulaufen.

Wir können uns die Geschichte in Seelenruhe ansehen. Als Kulturfaktor für die zukünftige Gesellschaft, die wir erstreben, kommt weder der ururadlige Borussenoffizier noch der jüdische „königliche Kaufmann" in Betracht. Auf ein Schauspiel aber freuen wir uns doch: Wenn eines schönen Tages Heinrich Heines „Disputation" mit modernen Variationen von der Aula zu Toledo ins Schloß zu Berlin verpflanzt wird, „Rabbi" und „Mönch" in Gegenwart Donna Blankas und Dom Pedros gegen einander anrennen und die schöne Königin die Moral von der Geschicht' verkündet:

„Daß sie alle beide stinken." —

* * *

Deutsches Reich.

Die Annahme der Flottennovelle.

Wir haben bereits gestern die Flottentollheit des Zentrums und des Freisinns gebührend gekennzeichnet. Daß das Zentrum die Flottennovelle annehmen werde, war allerdings vorauszusehen, hatte doch bereits in der ersten Etatsberatung am 6. Dezember v. J. der Zentrumsredner Herr Fritzen die Erklärung abgegeben, daß seine Partei die Vorlage mit „aller Ruhe, aber auch mit allem Wohlwollen" prüfen werde. Weniger verständlich ist der Umfall der Freisinnigen Volkspartei, welche nur deshalb die geforderten sechs großen Kreuzer ablehnte, weil sie der Bindung an die Bauraten nicht zustimmen zu können erklärte! Dabei hatte Herr Müller-Sagan sich am 9. Dezember gegen diese Kreuzerforderungen ausgesprochen, da ja der deutsche Handel sich entwickelt habe „ohne, ja vielleicht sogar manchmal trotz unserer Flotte", und da ja die Panzerkreuzer höchstens gegen maritim inferiore Staaten Schutz gewähren könnten: „sonst wird das Schicksal auch unserer Handelsflotte nicht entschieden auf dem Wasser, sondern hier auf dem Festlande in etwaigen Kämpfen". Von dieser Auffassung muß Herr Müller-Sagan vollständig zurückgekommen sein, wobei es fraglich ist, ob ihn Herr v. Tirpitz zu der Ansicht bekehrt hat, Deutschland müsse auch zur See dem stärksten Gegner gewachsen sein, oder aber der seinerzeit von der „Freien Deutschen Presse" so abgerüffelte Fraktionskollege Eickhoff. Jedenfalls hat die Flottenschwärmerei des Herrn Eickhoff auf der ganzen Linie den Sieg davongetragen!

Die Haltung des Zentrums wird im „Reichsboten" folgendermaßen belobigt:

„Wie man früher hörte, hatte das Zentrum die Absicht, die **Annahme der Flottennovelle** von dem **Ergebnis der Steuerreform abhängig zu machen**; demgemäß sollte die Flottennovelle **erst nach Annahme der Reichsfinanzreform beraten werden.** Da unter solchen Umständen die Novelle vielleicht erst im Mai wäre verabschiedet worden, hätte man aus dem Marineetat für 1906 diejenigen Forderungen, welche auf Grund der Novelle erhoben werden, herausnehmen und sie später besonders beraten müssen; die Beratung des Marineetats wäre dadurch vollständig verzettelt worden. Außerdem wäre es der Marineverwaltung nicht möglich gewesen, die Aufträge auf die Neubauten vor Juli oder womöglich gar August zu vergeben . . .

Das Zentrum hat diesen Erwägungen nun soweit stattgegeben, daß es sich hat bereit finden lassen, **schon vor Beendigung der Beratungen über die Steuerreform die Flottennovelle anzunehmen.** Allerdings hat der Abg. Dr. Spahn namens des Zentrums die Erklärung abgegeben, daß die Entschließungen seiner Partei nur vorläufige und von dem Ergebnis der Steuerreform abhängig seien, aber es ist nunmehr doch darauf zu rechnen, daß wenigstens die zweite Lesung des vollständigen Reichsmarineetats und der Flottennovelle vor Ostern erfolgen kann. Wird dann nach Ostern die Steuerreform befriedigend gelöst, dann könnte schon im Mai die Reichsmarineverwaltung in der Lage sein, an die Vergebung der neuen großen Schiffe heranzutreten."

Mit Recht bemerkt hier der „Reichsbote", daß das Zentrum seiner Versicherung, erst nach Lösung der Steuerfrage die Flottennovelle zu bewilligen, **untreu** geworden ist. Die Erklärung Spahns, daß die Beschlüsse seiner Partei von dem Schicksal der Steuerfrage abhängig seien, ist nichts als eine durchsichtige Ausrede. Das Zentrum kann doch ernsthafte Politiker nicht glauben machen wollen, daß es schließlich seine Zustimmung wieder zurückziehen würde, wenn die Steuerfrage nicht befriedigend gelöst werden würde. Das Zentrum wird eben, **unter dem Drucke der Bewilligung der Flottennovelle,** jede Lösung der Steuerfrage für eine befriedigende ausgeben, auch wenn sie vom Standpunkte der sozialen Gerechtigkeit aus noch so verwerflich ist! Das Zentrum hat also schließlich unter allerhand jesuitischen Kniffen das getan, was die agrarische Presse seinerzeit verlangte: es hat die Flottennovelle bewilligt, bevor die Kostendeckungsfrage ihre Lösung gefunden hat! —

Die Schraube ohne Ende.

Auf die neuen deutschen Marinerüstungen antwortet nun auch Frankreich mit einer erheblichen Vermehrung seiner Schlachtflotte. In der Deputiertenkammer wies am Dienstag bei der Beratung des Marinebudgets Admiral Bienaimé auf die Notwendigkeit eines bestimmten Flottenprogramms hin. Redner forderte, man solle aufhören, Panzerkreuzer zu bauen, heute brauche man große Panzerschiffe. Bienaimé erklärte, mit einem Jahresbetrage von 325 Millionen Frank könne Frankreich die **stärkste Flotte der Welt haben,** wenn es nur große Panzerschiffe baute, und brachte schließlich einen Antrag ein, durch den die Regierung aufgefordert wird, ein vollständiges Flottenprogramm auszuarbeiten.

In der Nachmittagssitzung wird die Beratung des Marinebudgets fortgesetzt. Lockroy bezeichnet das Flottenprogramm als ungenügend; wenn man sich mit diesem Programm begnügen sollte, würde die französische Marine weniger stark sein als die Deutschlands. Man dürfe nicht vergessen, daß bei einem zukünftigen Kriege die Flotte eine beträchtliche Rolle zu spielen haben werde. Wenn es unglücklicherweise zum Kriege zwischen Deutschland und Frankreich kommen würde, so würde der Krieg mit einer Seeschlacht beginnen. Die französische Marine müsse also doppelt stark sein, weil Frankreich sich zu gleicher Zeit in der Nordsee und im Mittelmeere verteidigen müsse. Man müsse den Krieg vorbereiten, wenn man nicht ein feindliches Eindringen in das Land vorbereiten wolle. Je mehr Frankreich Fortschritte mache auf sozialem Gebiete, desto mehr habe es die Pflicht, die Integrität seines Gebietes und die Gesamtheit seiner Freiheiten zu verteidigen. (Anhaltender Beifall. Lockroy wird vom Präsidenten Doumer im Namen des Hauses beglückwünscht.)

Unsere offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." bringt diesen Kammerbericht an hervorragender Stelle. Wahrscheinlich bildet sie sich ein, damit Stimmung für den deutschen Flottenkoller machen zu können. In Wirklichkeit zeigt aber dieser Bericht nur, daß das ganze Marinewettrüsten nur die Schraube ohne Ende darstellt. Je mehr Panzerkähne Deutschland baut, desto mehr Panzerkolosse lassen auch England und Frankreich vom Stapel. Jede neue deutsche Flottenvorlage bildet also nur den Keim einer neuen Flottenvorlage! Die deutsche Wehrkraft zur See wird bei alledem prozentual den Flotten der anderen Mächte gegenüber absolut nicht stärker! Und deshalb immer neue Steuerausplünderungen, von denen freilich die besitzende Klasse sich vorsichtig zu drücken versteht! —

Der Stand der Steuervorlagen.

Die Regierungsvorlagen sind nunmehr in erster Lesung in der Kommission durchberaten. Das Ergebnis der Beratung ist: Ablehnung der Tabaksteuer, der Frachturkunden- und Stempelsteuer, Annahme (in teilweise wesentlich anderer Form) der Brausteuer, Zigaretten (Banderolen)-, der Fahrkarten-, der Automobil- und der Erbschaftssteuer.

Die Resolutionen, die Einführung anderer Steuern empfehlen und angenommen sind, verlangen: Einführung einer Ansichtspostkartensteuer, einer Wehrsteuer, Erhöhung des Postportos für Drucksachen und für den Ortsverkehr, Lumpen- und Kali-Ausfuhrzoll.

Abgelehnt sind die Anregungen auf Einführung einer Kohlensteuer, einer Tantiemensteuer und einer **Einkommen- und Vermögenssteuer.** Abgelehnt ist auch die Aufhebung der Branntwein-Liebesgabe, des Salz- und des Petroleumzolls.

Noch unerledigt liegen der Kommission Anregungen von Kommissionsmitgliedern zur Einführung folgender Steuern vor: Steuer auf Plakate, auf Inserate, auf Zechenstillegung, auf Nichtbenutzung von Grubenfeldern und auf Bergwerkserträgnisse sowie auf Aktien, Kuxe, Renten-Schuldverschreibungen.

In Petitionen an den Reichstag sind überdies noch folgende andere Kinkerlitzchen vorgeschlagen: Teppichsteuer, Waldstreuverwertungssteuer, Streichholzsteuer, Fakturensteuer, klassifizierte Vergnügungssteuer, Junggesellensteuer, Kindersteuer, Steuer auf gefällte Waldbäume und Steuer auf — Bartwuchsmittel und Parfümerien.

So vielerlei Vorschläge, um einer allein gerechten progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer nebst einer wirksamen Erbschaftssteuer zu entgehen. —

Ein „Dementi“. Ueber die ungeheuerlichen Enthüllungen der „Allgem. ev. Luther. Kirchenztg.“ über Bülows Versuch, in jener Besprechung mit einer Anzahl Parlamentarier die Annahme des Zollprovisoriums mit Amerika durch weltpolitische Argumente zu sichern, hat sich bisher die „Nordd. Allg. Ztg.“ vollständig ausgeschwiegen. Auch die Zentrumspresse hat es nach ihrem ersten mißglückten Versuch, ihre Mitschuld an dem diplomatischen Intrigenspiel durch ein freiwillig offiziöses Dementi jene Enthüllungen hinwegzuleugnen, ängstlich vermieden, die peinliche Angelegenheit nochmals anzuschneiden. Dafür renommiert jetzt die „Tägl. Rundschau“ damit, daß die „Südd. Reichsk.“ in einer offiziösen Berliner Zuschrift unter der Spitzmarke „Vorwärts-Aengste“ alle die dem Reichskanzler zugeschriebenen Aeußerungen kategorisch bestreite und als „erdichtet“ bezeichne.

Wenn das Dementi offiziös sein soll — warum ist es da nicht an der üblichen Stelle erfolgt? Aber auch die Spitzmarke ist sehr unglücklich gewählt: statt „Vorwärts“-Aengste hätte man lieber „Bülow-Schmerzen“ sagen sollen, sintemalen Amerika das deutsche Liebeswerben so prompt in Algeciras dadurch beantwortet hat, daß es sich am letzten Sonnabend auf die Seite Frankreichs und Englands stellte! —

Der dunkle Punkt im „öffentlichen“ Militärgerichtsverfahren.

Was vom öffentlichen Verfahren jetzt noch übrig bleibt, ergab eine vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle stattgehabte Verhandlung gegen den Kürassier Walter Krebs vom Kürassierregiment Nr. 7 in Halberstadt, der wegen Fahnenflucht und anderer Vergehen angeklagt war. Der Mann hatte nur 16 Tage als Rekrut gedient und dann in Gemeinschaft mit einem Kürassier Schucke seinen Truppenteil verlassen. Natürlich war man sehr neugierig, zu erfahren, welcher Umstand den Rekruten bewogen hatte, sobald die Kaserne zu verlassen. Das Gericht steigerte die Neugierde der Preßmenschen dadurch noch ganz bedeutend, daß es auf Antrag des Anklägers alsbald beschloß, die Gründe, die den Angeklagten zur Fahnenflucht veranlaßt haben, in geheimer Sitzung zu erörtern, und so mußten die Vertreter der Presse jedesmal, wenn der „dunkle Punkt“ von den Zeugen, dem Ankläger oder dem Verteidiger berührt wurde, den Saal verlassen. Das ging immer rein und raus, und der Kombination waren Tür und Tor geöffnet. Schließlich entschlüpfte einem Richter aber in öffentlicher Sitzung die Aeußerung, daß der Angeklagte einmal gesagt habe, **er reiße nochmal aus, wenn er wieder so schlecht behandelt werde.** Nun war der dunkle Punkt etwas aufgeklärt und der Verhandlungsführer deutete in der Urteilsbegründung auch an, daß der Angeklagte von seinem Vorgesetzten, Unteroffizier Ruhwald, „nicht ganz korrekt“ behandelt worden ist. Der Angeklagte wurde mit einem Jahr und drei Monaten Gefängnis bestraft. — Es ist eine schöne Sache, das „öffentliche“ Verfahren. —

Katholische Infanterie?

In dem badischen Amtsverkündiger von Weinheim (Nr. 53 vom 3. März) erläßt der Bezirksamtmann Steiner die Bekanntmachung zur Vornahme des Ersatzgeschäftes für 1906 im dortigen Musterungsbezirke. Es heißt darin:

„Am Montag, den 19. März, vormittags 1/2 9 Uhr, Musterung der Militärpflichtigen des Jahrganges 1885 aus der Stadt Weinheim, welche der evangelischen Religion angehören.

Am Dienstag, den 20. März . . . die Militärpflichtigen der Jahrgänge, über welche noch nicht entschieden ist, sowie der der katholischen Religion angehörenden Militärpflichtigen des Jahrganges 1885 aus Weinheim.“

Es drängen sich die Fragen auf: findet dieses Ersatzgeschäft in den Kirchen statt und sind die Angehörigen des israelitischen Bekenntnisses und die Nichtchristen überhaupt vom Militärdienst befreit, da von ihrer Kategorie speziell nicht gesprochen wird? Wir möchten alle jungen Deutschen, welche sich von dieser Botschaft hinreißen lassen möchten, in Weinheim zur Musterung anzutreten, warnen, sich einem solchen Optimismus hinzugeben. Es müssen sich sämtliche Stellungspflichtigen im „Schwarzen Adler“ zu Weinheim treffen, und derjenige, der nicht bei der katholischen oder evangelischen Herde sich einreiht, wird als unsicherer Heerespflichtiger sofort in den Kommiß gesteckt. — Der bezirksamtliche Erlaß datiert vom Fastnachtmontag, macht aber keinen Anspruch darauf, als Karnevalscherz betrachtet zu werden. Wir werden noch zu konfessionellen Regimentern kommen, vielleicht versetzt man die Nichtgläubigen in die 2. Klasse des Soldatenstandes.

Ein alter Sozialistentöter gestorben.

In Karlsruhe wurde am Dienstag der Oberstaatsanwalt Karl Geiler beerdigt, der im 56. Lebensjahr unerwartet schnell dem Ordnungsstaat entrissen wurde, für welchen er sein Streben einsetzte. Geiler ist der sozialdemokratischen Parteigenossenschaft in Baden unvergeßlich geworden durch die Einleitung des großen Freiburger Sozialistenprozesses am Ausgang der achtziger Jahre. Mit jener Opferung etlicher unschuldigen Personen trat der als Streber bekannte Ankläger, der die fehlenden Beweise durch die Kraft der schreienden Tenorstimme ersetzte, in die zur Höhe führenden Fußstapfen seines Vorgängers v. Berg, welcher die bekannte Gesetzesverletzung zur Opferung des tapferen Leo Deutsch zu vollbringen sich erkühnte. Zur Charakterisierung des Staatsanwaltes Geiler sei folgendes bemerkt: Er gehörte der Freiburger Burschenschaft „Teutonia“ an und sang als Teutone mit seinen Kartellbrüdern das Lied: „So lange wir ihn kennen, wollen wir ihn Bruder nennen.“ Als er den „Bruder“ Geck, der auch das schwarz-rot-goldene Band trug und mit dem Studenten Geiler in teutonischer Bruderschaft verbunden war, durch eine politische Inquisition in Freiburg festgesetzt hatte, benahm er sich dem Verhafteten gegenüber, als ob beide im Leben sich nie gesehen hättten. Während jener Prozeßperiode ließ sich Geiler stets von zwei Detektivs ins Gerichtsgebäude und nach Hause begleiten. Nun fügte es das Schicksal, daß der Oberregierungsrat Geiler an den Verhandlungen des Landtages teilnehmen und von der von ihm vernichteten Sozialdemokratie sich abkanzeln lassen mußte, deren Fraktionschef nun jener politische Verbrecher wurde, den er damals auf 4 Monate ins Gefängnis senden ließ.

Er ruhe friedlich aus, es ist ihm alles verziehen! Die Vernichtete lebt noch. —

Ausland.

Frankreich.

Der Aufruhr.

Paris, 5. März. (Eig. Ber.)

Die pfäffische Hetz scheint es wirklich fertig zu bringen, die Greuel des klerikalen Aufstandes von 1792 zu erneuern. Man muß sich darauf gefaßt machen, daß die Bauernrevolte Menschenleben fordern wird. Bisher sind die Behörden mit der möglichsten Zurückhaltung und Schonung eingeschritten, aber die Gendarmerieoffiziere werden ihre Mannschaften nicht mehr lange in der Hand haben. Schon zählen die Gendarmen, die von den Bauern mit Knütteln, Heugabeln und Revolvern mehr oder minder schwer verwundet worden sind, nach Dutzenden, und ihre Kameraden murren, daß man sie vor den Verfolgern immer davonlaufen heißt. Sie verstehen nicht, warum sie, die bei Ausständen friedliche Demonstranten zu attackieren haben, von den klerikalen Bauern die ärgsten Gewalttätigkeiten mit Märtyrergeduld hinnehmen sollen.

Der „heilige Krieg“ wird immer mehr mit einer durch pfäffische Einflüsse gesteigerten barbarischen Grausamkeit geführt. Die Bauern lauern hinter den Kirchentoren mit glühenden Eisenstangen, die sie auf die Köpfe der Beamten niedersausen lassen. In einem Dorfe hatten sie an das Kirchentor einen Bienenstock angelehnt, der beim Oeffnen umfiel. Doch waren die Bienen infolge der Kälte zumeist wenig angriffslustig, und der gewünschte Effekt blieb aus. Im hochgelegenen Ort Montregard wurden der Inventurbeamte und die begleitende Gendarmerie eine ganze Nacht in der Mairie belagert. Sie schlugen sich endlich durch, als die Bauern daran gingen, das Haus anzuzünden. Auf der Flucht erhielt der Brigadier schwere Wunden, und dem Zivilbeamten, einem alten Manne, wurden mehrere Rippen gebrochen. Nur durch einen Zufall wurden die Bauern daran gehindert, ihre Absicht auszuführen und die Beamten totzuschlagen.

Um die Wut der Landbevölkerung noch mehr aufzustacheln, erfinden die Landgeistlichen die dümmsten Lügenmären. So haben sie den leichtgläubigen Leuten eingeredet: die eben stattfindende Volkszählung sei die Einleitung und Vorbereitung zur Eigentumskonfiskation. Die Vornahme der Zählung stößt infolge dessen auf ernste Schwierigkeiten, da die Bauern die Ausfüllung der Zählungsbogen verweigern.

Der agitatorische Erfolg der französischen Reaktionäre scheint die Kriegslust im Vatikan angefacht zu haben. Die Stimmung in der kirchlichen Hierarchie ist jetzt dem offenen Kampf gegen das Gesetz sichtlich günstiger — wie die neuesten Kundgebungen der Bischöfe beweisen. Der Erzbischof von Toulouse, der soeben aus Rom zurückgekehrt ist, schreibt in einem Briefe an seinen Klerus, daß das Trennungsgesetz den Abfall eines bisher immer christlichen Volkes verkünde. Seine brutale Anwendung habe schon eine „Erhebung des Zorns“ hervorgerufen. — Der Erzbischof von Cambrai protestiert in einem Hirtenbriefe gegen die Verwendung der Armee bei den Inventuren. Gegen die Verwendung der Soldaten bei Streiks, wo es sich doch nicht um Durchsetzung von Staatsgesetzen, sondern um Sicherung von Unternehmerprofit handelt, haben diese Frommen nie etwas einzuwenden gehabt. Aber jetzt schrecken sie sogar vor der Proklamation der offenen Revolution nicht zurück. In Notre-Dame zu Paris predigte am letzten Sonntag Abbé Jauvier „über die Tugend“. Er sagte u. a.: „. . . Der passive Gehorsam ist weder eine menschliche noch eine christliche Tugend. Es gibt Grenzen der Autorität!“ Der Redner schloß: „Wir gehören nicht zu denjenigen, die die erniedrigende Lehre verkünden, daß Gesetz Gesetz sei. O nein: **Das Gesetz muß nicht immer respektiert werden,** und es gibt Tage, wo die Rebellion gegen das Gesetz die heiligste der Pflichten wird.“

Es ist sicher anerkennenswert, daß die Regierung den Katholiken eine so vollkommene Redefreiheit in ihren politischen Versammlungen, genannt „Gottesdienste“, läßt. Nur möchte man wünschen, daß sie sie allen Parteien im gleichen Maße zubilligte. Die Revolte der Klerikalen ist eine weit aktuellere Sache als der nur bedingungsweise angesagte Aufstand, für dessen Proklamation die Antimilitaristen mit schweren Kerkerstrafen bedacht worden sind. Auch hat — bisher wenigstens — in der Armee noch keine Kundgebung von Mannschaften stattgefunden, die sich mit den Glückwunsch-Adressen der Offiziere verschiedener Regimenter an die klerikalen Dienstverweigerer vergleichen ließe. —

* * *

Paris, 6. März. Die Regierung weicht vor der Pfaffenrevolte zurück. Der Minister des Innern hat dem Präfekten den Auftrag gegeben, daß die Kircheninventur in den Orten, wo ein Widerstand zu erwarten ist, unterbleiben solle! Die Domäneninspektoren sollen sich mit den Inventurakten von 1882 und 1905 begnügen. Die enthalten lediglich freiwillige Angaben und sind nicht im geringsten glaubwürdig. Die Entscheidung des Ministers bedeutet tatsächlich einen Verzicht auf die genaue Durchführung des Trennungsgesetzes. Die Ausführungsbestimmungen, die der Staatsrat ausarbeitet, kommen, soweit man bis jetzt Kenntnis von ihnen hat, ebenso den Wünschen der Klerikalen entgegen. Es ist übrigens ein offenes Geheimnis, daß Rouvier mit dem Vatikan verhandelt, um eine Anerkennung des Gesetzes gegen gewisse Konzessionen zu erhalten. Der Deputierte Abbé Lemire, der ein Anhänger der friedlichen Taktik ist, hat sich kürzlich in Rom um das Zustandekommen des Ausgleichs bemüht. Es handelt sich namentlich um die Anerkennung der Kultusgesellschaften, von denen der Papst eine Wendung zur Demokratie und zur Selbständigkeit innerhalb der Kirche, sowie eine Beeinträchtigung der Autorität der Hierarchie befürchtet.

Der Rückzug in der Frage der Inventuren ist allerdings vor allem von Wahlrücksichten diktiert. Das Ministerium fürchtet, die Erregung auf dem Lande könnte bei den Wahlen den Reaktionären Vorteile bringen. Die Bauern der Cevennen sind in der Tat ein hartköpfiges, fanatisches Volk. Unter Ludwig XIV. haben ihre Vorfahren, den Dragonaden des in Jesuitenhände geratenen Königs trotzend, den protestantischen Glauben ebenso zäh verteidigt, wie schon ein Jahrhundert später den römischen gegen die Gesetze des revolutionären Frankreich. Aber, so sehr man ein Bestreben, Blutvergießen zu vermeiden, auch ohne das Mitspielen von Wahlinteressen für billigenswert halten mag, so bleibt es doch sehr fraglich, ob der Rückzug der Regierung im jetzigen Augenblick nicht das Uebel noch vergrößert und auch die Geistlichkeit in den bisher friedlich gebliebenen Landesteilen zur Organisierung des Widerstandes ermuntert. Und daß der siegende Klerikalismus bei den Wahlen weniger Zulauf haben soll als der in einem Verzweiflungskampf stehende, das ist gerade auch nicht zu erwarten. In Frankreich sagt man: „Die Furcht vor dem Wähler ist der Anfang der Weisheit.“ Das scherzhafte Wort hat aber nicht immer recht. Die Regierung mag auch damit rechnen, daß nach dem Ausgleich mit der Kurie der Widerstand in den Dörfern von selbst aufhören werde. Aber gerade dadurch, daß sie vor den geistlichen Revolutionspredigern die Waffen streckt, gibt sie den vatikanischen Politikern einen Anreiz, ihre Forderungen noch höher zu bemessen. Der „Gaulois“ spricht schon von einer „halben Kapitulation“ der Regierung: „Die erste offensive Bewegung der Katholiken hat die Regierung zurückweichen lassen. Das ist eine Ermutigung zu einem weiteren Widerstand, der sicher zum Siege führen wird.“ — —

Italien.

Rom, den 5. März. (Eig. Ber.) **Ueber die Wahl des Kammerpräsidenten,** bei der es zum ersten Angriff der Opposition auf das neue Kabinett kommen zu sollen schien, ist nunmehr eine Einigung der Gegner erzielt. Der ministerielle Kandidat soll der 86jährige Abgeordnete Bianchri sein, der schon Jahrzehnte lang Präsident des italienischen Parlaments war und den die Giolittianer auch als ihren Kandidaten proklamiert haben. Nur ein Teil der Linken, der zwar beim letzten politischen Votum gegen Fortis gestimmt hat, aber bei der Lösung der Krise seine Erwartungen in bezug auf Ministerportefeuilles getäuscht sah, will Gallo als Kandidaten aufstellen. Unsere Parteifraktion wird im Verein mit den Republikanern entweder einen eigenen Kandidaten aufstellen oder weiße Zettel abgeben.

* * *

Rom, den 7. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Parteivorstand nahm heute in Abwesenheit Ferris und Bissolatis einstimmig einen Antrag an, der die Parlamentsfraktion auffordert, dem Kabinett Sonnino jedwede Unterstützung zu verweigern.

Norwegen.

Schulden über Schulden.

Der norwegische Staat leidet bekanntlich schon lange an einem chronischen Dalles, der sich durch die politischen Ereignisse des vorigen Jahres noch bedeutend verschlimmert hat. Die Rüstungen gegen Schweden haben allein 8,700,000 Kronen an außerordentlichen Ausgaben verschlungen. Recht und billig wäre es selbstverständlich, wenn diese Ausgaben durch direkte Steuern gedeckt würden, so daß auch die Reichen ihr angemessen Teil für den Unabhängigkeitskampf ihres Vaterlandes opfern müßten. Die indirekten Steuern werden nach den im vorigen Jahre beschlossenen Erhöhungen jährlich zirka drei Millionen mehr einbringen. Als die Erhöhung der Zuckersteuer, die eine Million ergeben soll, beschlossen wurde, geschah das unter der Voraussetzung, daß eine Erhöhung der Staatseinkommensteuer folgen werde, und der damalige Finanzminister Gunnar Knudsen erklärte sich für einen Steuerzuschlag von 20 Prozent. Knudsen ist inzwischen zurückgetreten, und von einer Erhöhung der direkten Steuern ist nicht mehr die Rede. Statt dessen hat die Regierung nun einen Vorschlag auf Erhöhung der Stempelabgaben eingebracht, die jährlich 800 000 Kronen einbringen soll. Die 8 700 000 Kronen Mobilisierungskosten aber sollen, wie die Regierung weiter vorschlägt, aus dem Kriegsanleihefonds gedeckt werden, und aus demselben Fonds sollen auch 1 300 000 Kronen von im ganzen fünf Millionen zurückbezahlt werden, die seinerzeit aus dem Invalidenfonds gepumpt worden sind. Nur der Rest dieser Schuld soll aus vorhandenen Staatsmitteln ersetzt werden.

Schulden werden also aus einem Schuldenfonds gedeckt; die reichen „Vaterlandsfreunde“ werden vor außerordentlichen Opfern bewahrt, und außerdem will man dadurch auch neue indirekte Steuern, wie die bereits geplante Zündhölzersteuer, vermeiden. — „Schwindel“, schreibt „Social-Demokraten“, „ist die einzig richtige Bezeichnung für die Finanzpolitik der jetzigen Sammlungsregierung“

Außerhalb der neutralen Zone.

Anfang Februar berichteten wir von dem Vorhaben norwegischer Nationalisten: Die durch die Schleifung der Grenzfestungen überflüssig gewordenen Geschütze außerhalb der infolge der Unionsauflösung geschaffenen neutralen Zone zweckmäßig anzubringen. Die dazu nötige „kleine Summe“ Geldes sollte das Storthing unter den außerordentlichen Ausgaben des Budgets bewilligen. „Social-Demokraten“ enthüllte diese Pläne und warnte davor. Wie sehr dies berechtigt war, zeigt ein Regierungsvorschlag, der jetzt dem Storthing vorgelegt worden ist. Es wird hierin die für ein kleines Land gewiß nicht geringe Summe von 1 076 000 Kronen verlangt „zur Unterbringung“ der aus der neutralen Zone entfernten Geschütze.“ Die näheren Bestimmungen über die Verwendung des Geldes soll das Storthing treffen. Die Absicht, das Storthing bei der neuen Festungsbauerei auszuschalten, ist also vereitelt worden.

Zur Deckung der Unkosten der Rüstungen im letzten Sommer schlägt die Regierung die Bewilligung von 7 623 000 Kronen vor, wovon 5 884 000 Kronen außerordentliche Ausgaben für das Heer, der Rest solche für die Flotte sind. —

Amerika.

Furcht vor dem Sozialismus. Republikanische Zeitungen erklären, daß viele Politiker den Fortschritten der sozialistischen Bewegung die größte Aufmerksamkeit schenken, und erwarten, daß in den nächsten Kongreß einige Vertreter der Partei einziehen werden. In Chicago hat die Amtsniederlegung des Demokraten Patterson von der Behörde für öffentliche Arbeiten Aufsehen erregt, weil Patterson sein wichtiges Amt niederlegte mit der Begründung, daß er Sozialist geworden sei und nicht mehr als Vertreter der alten Partei der Demokraten wirken wolle. Er habe sich überzeugt, daß die demokratische Forderung von der Verstadtlichung der Straßenbahnen nicht so durchzuführen sei, daß sie den sozialistischen Ideen entspricht, sondern daß da radikale Umwandlungen nötig seien.

Im Senat ist die Philippinenvorlage abgelehnt worden. Das Repräsentantenhaus hatte sich für die gewünschten Erleichterungen im Handelsverkehr mit den Philippinen erklärt und bestimmt, daß nach drei Jahren alle Zollschranken fallen sollten. Im Senat aber, wo die Trustmächte stets die bereitwilligste Vertretung finden, arbeiteten die mächtigen Interessenten in Zucker und Tabak mit allen Kräften gegen die Vorlage und erreichten ihren Zweck. In Manilla hat sich ein Sturm des Protestes gegen die Ablehnung der Vorlage erhoben, an welchem sich die amerikanischen Unternehmer auf den Philippinen eifrig beteiligen.

Aus der Partei.

Ernst und „Scherz“.

Hatten wir uns im „Vorwärts“ kurz nach dem 21. Januar mit der „Eselsburg“ des Dr. Kronsbein — der „Post“ — zu befassen, so müssen wir heute auf einige Minuten mit unseren badischen Genossen die Narrenburg zu Mannheim betreten.

Es hat der Mannheimer „Volksstimme“ nicht genügt, sich durch Telegramme aus Berlin über alle Phasen des durch „krampfhafte Prinzipienhüterei“ verursachten „Reinfalls“ „der neuen Herren und Damen im „Vorwärts““ unterrichten zu lassen, sie widmet anderthalb Spalten ihrer letzten Sonnabendnummer der chronologischen Darstellung des großen Coups, den sie so geistreich ausgeheckt und mit dem sie den idiotischen „Vorwärts“ so fein aufs Glatteis geführt hat, daß er stürzte und sich eines seiner historisch-ökonomischen Beine brach. Na, also: Genosse Dreesbach hat nicht einen Zähringer-Prinzen besucht, sondern den Prinzen Karneval, der in der Mannheimer Narrenburg „Habereck“, dem Gesellschaftshause der Karnevalsgesellschaft „Feuerio“, residierte. Wir sind im Augenblick so zerknirscht, daß wir es nicht wagen, uns in eine Erörterung darüber einzulassen, inwieweit nicht-badische und nicht-rheinische Sozialdemokraten in Verzückung zu geraten haben, wenn rheinländische oder Badenser Parteigenossen die öde Karnevalsspießerei der dasigen Bourgeoisie als des Februar- und des Märzen-Monats höchsten Lebenszweck betrachten. Uns interessieren bei der Geschichte ganz andere Dinge. Nämlich: Ob ein Parteiblatt im Frühjahr 1906 nichts anderes zu tun hat, als den Plan auszuhecken, wie es den „Fliegenden Blättern“ oder dem „Dorfbarbier“ Konkurrenz machen und beiher dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie am besten ein Bein stellen kann. Wir Berliner Banausen brauchen uns — nebenbei bemerkt — nicht übermäßig zu schämen, den „Humor“ des karnevalistischen Partei-Organs nicht verstanden zu haben. Konstatiert die „Volksstimme“ doch, daß sogar „in Mannheim, und **wohl** auch überall dort, wo Verständnis für karnevalistischen Humor vorhanden ist“, der „Scherz“ **„wohl so ziemlich allgemein“** verstanden wurde. Das läßt tief blicken. —

Wir sind nicht geckenhaft genug, um mit der uns eingeborenen „Fülle von Esprit“ unseren „Reinfall“ fortzudisputieren. Wir sagten schon, daß uns bei diesem Falle ganz andere Erscheinungen interessieren und — beängstigen. Der „Volkswille“ (Hannover) nennt den „Scherz“ der Mannheimer eine „Dummheit“, die Erfurter „Tribüne“ bezeichnet ihn als „albern“, die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ spricht von einem „unsagbar dummen Faschingsscherz“, „weil damit in einem Parteiblatte die Partei verulkt und lächerlich gemacht wird.“ (Die Auslassungen des „Echo“ und der „Bremer Bürgerzeitung“ brachten wir bereits am Sonnabend.) — Vielleicht hat die Mannheimer „Volksstimme“ aus all' diesen Erörterungen wenigstens endlich herausgehört, wie hoch oder tief sie selber sich einschätzte, als sie annahm: ihr eine Verhöhnung von Parteiprinzipien darstellender „Scherz“ werde ernst genommen werden. Wenn mit der Beurteilung der Mannheimer „Volksstimme“ in dieser Angelegenheit die Sache erledigt wäre, dann brauchten wir kein Wort weiter über diese Haupt- und Staatsaktion zu verlieren. Es ist aber zwingende Pflicht, einige derjenigen Erörterungen zu kritisieren, die der Teil der Parteipresse brachte, dessen Schadenfreude bei jedem „Reinfall“ des Zentralorgans alle Parteisolidarität vergißt, ob der „Reinfall“ nun durch unsere hämischsten Gegner oder durch die eigenen Brüder herbeigeführt ist.

Die Breslauer „Volkswacht“ — kaum hat sie die schweren Zeiten der letzten Wochen durchgemacht — bringt dem „Scherz“ der „Volksstimme“ weitestes Verständnis entgegen. Sie hat das Gefühl, Dreesbach sei von uns angewettert (!) worden und das Mannheimer Parteiorgan habe sich ein Verdienst (!) erworben, indem es nachwies, daß es Parteigenossen gibt, „die so alten und verdienstvollen Genossen wie Dreesbach jede Dummheit zutrauen und ohne genügende Information darauflosschlagen.“ (Wenn die Breslauer „Volkswacht“ nächstens

über Breslauer Vorgänge berichtet — sollen wir dann die Information auch als nicht genügend betrachten?)

Daß die „Schwäbische Tagwacht" den „lustigen Faschingsscherz" und die „Münchener Post" den „hübschen Faschingsscherz" verteidigt, das nehmen wir ihnen nicht übel. Drollig ist nur, daß jene schreibt, wir hätten mit einer „gepfefferten Notiz" reagiert, während das Münchener Parteiorgan meint, der Fall sei von uns „mit erfreulicher Toleranz behandelt"! —

Wenig schön ist es, wenn die „Brandenburger Zeitung" fälschlich behauptet, „des „Vorwärts" prinzipienwächterischer Uebereifer" habe es erst veranlaßt, „daß die gegnerischen Organe sich der Sache ebenfalls in ihrem Sinne (?) angenommen haben." Das ist nämlich durchaus unwahr. Die Magdeburger „Volksstimme" schließlich leistet sich zwei Tage nach der Veröffentlichung unserer ersten Notiz den billigen Triumph, angesichts der inzwischen erfolgten Aufklärung sich in den Mantel der vorausschauenden Klugheit zu hüllen. Das Vergnügen gönnen wir ihr neidlos. Bedenklicher schon ist es, daß sie den „Vorwärts" mit Gewalt lächerlich zu machen sucht, indem sie schreibt, er sei auf einen „Scherz" hineingefallen, der besagt, daß Dreesbach „einem zwei Tage alten Prinzen seine Aufwartung gemacht" habe!

* * *

Wir wollen gar nicht auf den Ernst der gegenwärtigen Situation in Rußland, Oesterreich-Ungarn usw. hinweisen. Wir brauchen nur die Namen Breslau, Leipzig, Hamburg auszusprechen, um kritisch Veranlagte zum Nachdenken darüber zu bewegen, ob wir gerade jetzt Zeit und Veranlassung haben, den Ernst zurückzudrängen und den Humor künstlich hervortreten zu lassen. Wir brauchen im gegenwärtigen Augenblick jeden Groschen, jeden Fetzen Papier für die wichtigsten und hehrsten Dinge, die uns überhaupt je beseelen können. Da dürfte es passend und taktvoll sein, den Scherz auf nachher zu versparen. Viel Arbeit harrt unser, und es ist eine gute alte Sitte, vor der Arbeit sich ernst auf sie vorzubereiten und nach getaner Arbeit gut zu ruhen.

Möchten alle Parteiblätter, auch diejenigen unserer „Musterländle", in denen Kämpfe gegen ein Dreiklassenwahlsystem nicht mehr vonnöten sind, in der nächsten Zeit nur einen kleinen Teil der Mühe, des Eifers und der Kosten, die die Mannheimer „Volksstimme" u. a. m. auf die Bearbeitung der Episode aus der Narrenburg verwandten, für wichtigere Dinge zur Verfügung halten, dann werden die Genossen nirgends mehr über schlechtes Funktionieren des Nachrichtendienstes zu klagen brauchen, und die Partei wird gut dabei fahren. —

Die Hamburger Arbeiterschaft und die Maifeier. In der am Dienstagabend stattgehabten gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung der Hamburger Parteivereine wurde beschlossen, die Maifeier 1906 wie in den letzten Jahren zu begehen. Entsprechend den Vorschlägen der Parteivereinsvorstände und des Hamburger Gewerkschaftskartells findet am Vormittag ein Festzug nach dem Mühlenkamp statt, wo durch Redeakte und der Bedeutung des Tages angepaßte Veranstaltungen die Tagesfeier ihren Abschluß findet. Für den Abend sind für die einzelnen Stadtteile Versammlungen geplant.

Ausschluß aus der Partei. Von den Parteigenossen in Stettin war der Antrag gestellt, Gustav Wegner aus der Partei auszuschließen. Ueber diesen Antrag sollte ein Schiedsgericht entscheiden. Am 23. Januar wurde Wegner aufgefordert, bis spätestens zum 23. Februar drei Genossen als Beisitzer zu bestimmen. Wegner hat keine Beisitzer ernannt und gilt daher nach § 28 Absatz 2 der Organisation als ausgeschlossen.

Bei der Gemeinderatswahl in Langenbielau (Schlesien) wurden am Dienstag unsere Genossen Kühn und Feldmann mit 573 resp. 572 Stimmen in den Gemeinderat gewählt; die Gegner erhielten 336 resp. 337 Stimmen. Seit 1904 haben sich unsere Stimmen um 465 vermehrt.

Soziales.

Haftpflicht des Arbeitgebers, durch dessen Verschulden die Beibringung von Marken unterblieb.

In den vom Vorstande der Landesversicherungsanstalt Berlin herausgegebenen amtlichen Mitteilungen wird hierüber bemerkt:

„Das Reichsgericht hat in seinen Urteilen vom 3. 5. 04 und 4. 5. 04 die Ansprüche von Arbeitnehmern ihren Arbeitgebern gegenüber, durch deren Verschulden das Markenkleben unterblieben ist, auf Ersatz für entgangene Invalidenrente zurückgewiesen.

Das erstere Urteil des Reichsgerichts vom 3. 5. 04 enthält eine grundsätzliche Ablehnung der Haftung des Arbeitgebers nur in Beziehung auf kontraktliches Verschulden; soweit es sich um außerkontraktliche Schadenszufügung handelt, weist das Reichsgericht den Anspruch nur deswegen zurück, weil das anzuwendende gemeine Recht ihm keine Handhabe gebe.

In der späteren Entscheidung vom 4. 10. 04, die sich auf dem Gebiete rheinischen Rechts bewegt, hat das Reichsgericht mit Rücksicht auf die Artikel 1382, 1383 des Code civil den außerkontraktlichen Anspruch an sich zugelassen und die Abweisung der Klage nur wegen mangelnden Kausalzusammenhanges in Verbindung mit dem überwiegenden Verschulden des Klägers ausgesprochen.

Dagegen kommt der IV. Zivilsenat des Königlichen Oberlandesgerichts in Breslau in der Verhandlung vom 20. Januar 1905 auf Grund der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zu einer Verurteilung des Arbeitgebers, welcher durch die Nichtbeibringung von Marken die Nichtgewährung der Invalidenrente verursacht hat. Erschwerend für den Arbeitgeber wurde noch der Umstand angesehen, daß er seinem Arbeitnehmer zwar die von letzterem beizusteuernden Beiträge vom Lohne abgezogen, trotzdem aber das Einkleben der Versicherungsmarken unterlassen hat. Das Oberlandesgericht bejaht sowohl die vertragliche wie die außervertragliche Schadenersatzpflicht des Arbeitgebers, sieht aber in dem nachlässigen Verhalten des Arbeitnehmers bezüglich der Kontrolle des Markenklebens für seine Person ein konkurrierendes Verschulden, das dessen an und für sich berechtigten Ersatzanspruch nur zu zwei Dritteln bestehen läßt."

Diese zutreffenden Darlegungen möchten wir in einigen Punkten ergänzen. Die älteren Entscheidungen des Reichsgerichts bezogen sich, wie bereits auf dem Preußentage im Dezember 1904 hervorgehoben ist, auf das vor 1900 geltende Invalidenversicherungsgesetz und bürgerliche Recht. Für die Schadenersatzpflicht auf Grund des jetzt geltenden Rechts habe sich eine große Anzahl Urteile ausgesprochen. Nur ist auch hier der Abwägung eines konkurrierenden Verschuldens des Arbeiters durch § 254 B. G.-B. weiter Spielraum gelassen. Selbst wenn in allen Fällen eine Schadenersatzpflicht des Arbeitgebers anerkannt wurde, ist damit dem Arbeiter nicht in vollem Maße geholfen. Selbst der zahlungsfähige Arbeitgeber kann die Ansprüche des Arbeiters auf lange Zeit hinausziehen. Es ist eine Unbilligkeit, daß der, dem von gesetzeswegen Beiträge abgezogen werden, keinen Anspruch auf Rente haben soll, wenn der Arbeitgeber infolge von Bummelei oder gar von Unterschlagung nicht geklebt hat. Diese Unbilligkeit hängt mit dem System des Markenklebens zusammen, ist aber nicht notwendig mit ihm verbunden.

Ein Stücklein von einer ausbildungsfeindlichen Innung.

Ein Lehrer der fachlichen Fortbildungsschule in München hatte den Trieb in sich verspürt, die Technik des Schuhmachergewerbes persönlich zu erlernen, um später seine Schüler auf Grund eigener Erfahrung unterrichten zu können. Der Lehrer beabsichtigte daher bei einem Meister in die Lehre zu gehen. Eigentümlicherweise beschloß aber der Arbeitgeberverband, dem Lehrer den Eintritt in die Lehre zu verweigern. Schließlich erklärte sich der Schuhmachermeister, bei dem der Lehrer seine Stiefel reparieren ließ, den akademisch vorgebildeten Lehrling aufzunehmen. Der Lehrer flickte und fohlte mit Fleiß die zerrissenen Stiefel, deren Reparatur ihm sein Lehrherr anvertraute und machte nach fünf Monaten zur vollsten Zufriedenheit ein neues paar Stiefel als Gesellenstück. Das war vor drei Jahren. Man sollte nun meinen, daß die Schuhmacherinnung auf einen derartigen Lehrer stolz gewesen wäre. Dem war jedoch nicht so. Erklärlich wird es, wenn man weiß, daß der Vorstand dieser Innung erst kürzlich gegen die bessere Ausbildung sich mit der Motivierung ausgesprochen hat, daß man die Gesellen, wenn sie mehr gelernt hätten, auch besser bezahlen müsse. Die Schuhmacherinnung hetzte den Meister, bei dem der Lehrer in die Lehre gegangen war, auf, vom Magistrat, dem die Fortbildungsschulen unterstehen, die Bezahlung eines Lehrgeldes zu verlangen. Der biedere Meister ließ sich auch überreden und präsentierte eine auf 225 M. lautende Rechnung. Der Magistrat sprach zwar seine Verwunderung darüber aus, daß die Innung so ganz ihre Aufgaben verkenne und für die gewerbliche Ausbildung eines Lehrers, die dem Gewerbe selbst tausendfachen Nutzen bringe, Lehrgeld verlange. Der Münchener Magistrat war aber auch schwach genug, dem Schuhmachermeister ein Lehrgeld von 100 M. zu bewilligen. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten natürlich die Ablehnung auch dieser 100 M. beantragt und betont, daß, wenn jemand eine Verpflichtung habe, das Lehrgeld zu bezahlen, es die Schuhmacherinnung selbst sei. Dieses Innungsstücklein zeigt so recht, von welchem Geiste die Innungskrauter beseelt sind. Sie sprechen zwar viel von der Rettung des Handwerks. Von einer besseren Ausbildung der Lehrlinge und Gesellen wollen sie aber nichts wissen, aus Furcht, dem besser ausgebildeten Lehrling vielleicht ein paar Pfennige auf die bisher bezahlten Hungerlöhne darauflegen zu müssen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung in den Berliner Handelsgärtnereien.

Die Gärtnergehülfen und Gartenarbeiter der Handelsgärtnereien Berlins und der Vororte hielten am 6. März eine öffentliche Versammlung ab, die von zirka 1200 Personen besucht war. Der Geschäftsführer des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins, Georg Schmidt, hielt ein Referat über die derzeitigen Arbeits- und Lohnverhältnisse und begründete die von der Ortsverwaltung Groß-Berlin bereits aufgestellten Forderungen, die er zur Annahme empfahl. Wenig glimpflich kamen in dem Referat die „Christlichen" weg, die bekanntlich im Vorjahre, trotz ihrer kaum 60 Mitglieder im ganzen Bezirke, mit den Arbeitgebern einen Lohntarif bis 1. April 1907 abgeschlossen haben, laufend auf einen Minimallohn von ganzen 16,20 M. pro Woche nebst Verlängerung der Arbeitszeit in Privatgärtnereien um 1—1½ Stunden pro Tag. Auch die Diskussionsredner geißelten diese Verräterei in der gebührenden Weise. Dabei wurden Beispiele angeführt, wonach in einzelnen Betrieben, deren Inhaber jenen Tarif anerkannt haben oder gar der Tarifkommission angehören, noch nicht einmal diese jämmerlichen Abmachungen gehalten werden. Ein „ehemaliger" Christlicher gab einige recht interessante Aufschlüsse über Vorgänge im christlichen Lager. Im allgemeinen wird man sich von den christlichen Quertreibereien dieses Jahr nicht mehr beirren lassen, man ist vielmehr entschlossen, alle gesetzlich erlaubten Mittel anzuwenden, um die aufgestellten Forderungen diesmal durchzudrücken; dieselben lauten:

Die Arbeitszeit beträgt vom 1. März bis 31. Oktober elf Stunden täglich, ausschließlich der Pausen. Vom 1. November bis 28. Februar nur 10 Stunden täglich, ausschließlich der Pausen und ohne Lohnabzug. — Als Niedrigstlohn für Gärtnergehülfen wird pro Woche 22 M. in bar bezahlt. Ueberstunden an den Wochentagen sind mit 45 Pf. pro Stunde zu vergüten. An Sonn- und Feiertagen (in Blumen- oder Dekorationsgeschäften) unvermeidlich gewordene Ueberstunden sind mit 55 Pf. pro Stunde zu bezahlen. — An Sonn- und Feiertagen dürfen nur die naturnotwendigen Arbeiten verrichtet werden. (Unter naturnotwendigen Arbeiten sind solche zu verstehen, die an dem vorhergehenden Wochentag weder verrichtbar noch bis zum nächsten Wochentag aufschiebbar sind). Der Sonntagsdienst ist so zu regeln, daß die Gehülfen jeden Sonntag vollständig von der Arbeit befreit werden. — Die Auszahlung des Arbeitslohnes geschieht wöchentlich Freitags oder Sonnabends innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit. — Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises. — Für vorstehende Forderungen Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der Gruppe Berlin des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands und der Ortsverwaltung Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.

Die Versammlung beschloß einstimmig, die Forderung sofort ebensowohl jedem Arbeitgeber einzeln wie auch der zuständigen Unternehmerorganisation zu unterbreiten. In einer zweiten Versammlung am 14. März in den Sophiensälen, Sophienstr. 15, soll weiter Stellung genommen werden zu den bis dahin eingelaufenen Antworten. Von besonderem Interesse ist noch zu erwähnen, daß die angeführten Forderungen nur für die Gehülfen gelten; für die Arbeiter konnte man deswegen keine speziellen Forderungen aufstellen, weil es gilt, erst einmal die Gehülfenlöhne auf eine Höhe zu bringen, die die Arbeiter schon überschritten haben. Das charakterisiert die heutigen Zustände im Gärtnereigewerbe jedenfalls am augenfälligsten.

Ein Zeichen gewerkschaftlichen Erfolges. Am Dienstag und Mittwoch tagte in Berlin ein Verbandstag der deutschen Bahnhofswirte. In der Schlußsitzung desselben erfolgte — wie eine Zeitungskorrespondenz meldet — eine Aussprache über sozialdemokratische Bestrebungen unter den Angestellten der Bahnhofswirtschaften. Allgemein wurde betont, daß die sozialdemokratische Gastwirtsgehülfenorganisation vermöge ihres Arbeitsnachweises mehr und mehr an Einfluß unter den Angestellten gewinnt. Die vorgeschlagenen Abwehrmaßnahmen durch „schwarze Listen" und Schaffung einer Stellenvermittelung der Bahnhofswirte wurden nicht zum Beschluß erhoben, doch soll der Vorstand beim Minister dahin wirken, daß den Angestellten mehr als bisher die Möglichkeit gegeben werde, sich als Bahnhofswirte selbständig zu machen. — Wenn schon die Unternehmer anerkennen, daß der Verband der Gastwirtsgehülfen — denn der ist mit der sozialdemokratischen Organisation gemeint — an Einfluß so gewonnen hat, daß selbst das Mittel der schwarzen Listen nicht mehr gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen hilft, dann kann man dem Verbande der Gastwirtsgehülfen zu den gewiß schwer errungenen Erfolgen gratulieren. Die Hoffnung, den Gehülfen mit Hülfe des Ministers zur Selbständigkeit verhelfen und sie dadurch den sozialdemokratischen Bestrebungen fernhalten zu können, ist natürlich verfehlt.

Deutsches Reich.

40 Proz. Dividende — 20 Proz. Lohnabzug.

Während die Aktionäre der Kontinental-Kautschuk- und Guttapercha-Kompagnie zu Hannover die fette Dividende von 40 Proz. einstreichen, hat die genannte Gesellschaft in der Reifenabteilung ihres Betriebes durch Anschlag bekannt gemacht, daß die Akkordlöhne um 20 Proz. herabgesetzt worden seien. Jedenfalls will man den glücklichen Aktienbesitzern die schwere Arbeit des Kuponabschneidens im nächsten Geschäftsjahre mit einer noch höheren Dividende bezahlen. Woher aber das Geld dazu nehmen, wenn nicht von dem, was die Arbeiter verdienen. In das Gesamtbild dieses Betriebes paßt es denn auch vortrefflich, daß die Heizer bei der Kontinental-Kautschuk- und Guttapercha-Kompagnie mit der Forderung, daß ihr Stundenlohn von 33½ Pf. auf 40 Pf. erhöht werde, abgewiesen wurden. Wie uns der Verband der Maschinisten und Heizer mitteilt, sind aus diesem Grunde 55 Heizer in den Ausstand getreten. Es wird ersucht, den Zuzug fernzuhalten.

Schneiderstreik in Kottbus. Am Montag sind in Kottbus 90 Schneider in den Ausstand getreten. Die eingeleiteten Verhandlungen hatten kein Ergebnis. Zuzug ist fernzuhalten.

Ein Metallarbeiterstreik ist am Dienstagabend in Halle a. S. ausgebrochen. In den Firmen Waggonfabrik von Lindner, wo etwa 200 Personen beschäftigt sind, und Armaturenfabrik von Haatzenpier, dort arbeiten etwa 40 Personen, haben die Metallarbeiter die Arbeit wegen verweigerter Teuerungszulage niedergelegt.

Hochofenarbeiter-Ausstand. Auf dem Werk „Deutscher Kaiser" bei Hamborn im rheinischen Industriebezirk sind 237 Hochofenarbeiter ausständig, weil ihnen angekündigt wurde, daß die Prämie für Sonntagsarbeit fortfallen soll.

Beendet ist der Ausstand auf dem Rombacher Hüttenwerk. Alle am Streik beteiligt gewesenen Italiener haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Holzarbeiterorganisation in Nordbayern hat im vorigen Jahre gute Fortschritte gemacht. Wie auf der nordbayerischen Gaukonferenz des Deutschen Holzarbeiterverbandes konstatiert wurde, ist die Mitgliederzahl von 4000 auf 7000 gestiegen. Die Konferenz beschäftigte sich u. a. auch mit der Taktik bei Lohnkämpfen und stimmte in ihrer Mehrheit den Ausführungen des Referenten Leipart zu, daß die Aussperrungstaktik des Unternehmertums zur Annahme anderer Kampfmittel zwinge. Die ganze Taktik müsse sich mehr auf die Verbesserung der allgemeinen Lage im Berufe konzentrieren, der oft unnütze, nur dem Unternehmer Vorteil bringende Kleinkrieg müsse vermieden werden. Endlich sprach sich die Konferenz für die Einführung der Krankenunterstützung in Form einer Erwerbslosenunterstützung aus.

Ausland.

Massenaussperrung belgischer Textilarbeiter. Die Wollwarenfabrikanten in Verviers haben am 1. März eine allgemeine Aussperrung vorgenommen, weil bei einem Fabrikanten Arbeiterinnen wegen Maßregelung einer Kollegin streikten. Die Aussperrung erstreckt sich auf 41 Betriebe mit im ganzen ungefähr 1200 Arbeitern und Arbeiterinnen.

Lohnbewegung holländischer Bauarbeiter. Die Maurer und die Bauhülfsarbeiter in Groningen haben beschlossen, die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages vom 1. April ab zu fordern und außerdem entsprechende Lohnerhöhungen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Feuer im Reichsamt des Innern.

Berlin, den 7. März. Nachmittags um 5 Uhr kam in der Luisenstr. 32/34 in der Bibliothek des Reichsamts des Innern Feuer aus. Durch Unvorsichtigkeit waren dort Gardinen, Bücher und anderes in Brand geraten. Es gelang dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr, den Brand auf die Bibliothek zu beschränken.

Arbeiterrisiko.

Steglitz, 7. März. (Privatdepesche des „Vorwärts".) In den Sandgruben an den Rauhen Bergen wurden heute zwei Kutscher samt ihren Geschirren durch zusammenstürzende Sandmassen verschüttet und sind die Arbeiter erstickt.

Textilarbeiterstreik im Rheinland.

Rheydt, 7. März. (W. T. B.) Nach Ablauf der Kündigungsfrist legten in der Weberei Gebr. Junkers etwa hundert Weber die Arbeit nieder. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 20 Proz., was die Firma ablehnte. In drei anderen Webereien im Gladbach-Rheydter Bezirk haben die Arbeiter gekündigt.

Zentrums-Umfall.

München, 7. März. (W. T. B.) Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten genehmigte heute auf Grund einer neuen Denkschrift des Kriegsministeriums einstimmig die Errichtung einer Feldzeugmeisterei, welche vor einiger Zeit im Plenum der Kammer der Abgeordneten abgelehnt und dann von der Kammer der Reichsräte wieder eingesetzt war und deshalb von der Kammer der Abgeordneten noch einmal beraten werden muß. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses stimmte auch Abgeordneter Heim (Zentrum) für die Feldzeugmeisterei, welche seinerzeit gerade auf seinen Antrag abgelehnt worden war.

Demission des französischen Ministeriums!

Paris, 7. März. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Die von Peret eingebrachte Tagesordnung, welche die Erklärung der Regierung billigt, wird mit 267 gegen 234 Stimmen abgelehnt. Ministerpräsident Rouvier erklärt darauf, die Regierung habe an der Verhandlung kein Interesse mehr und verläßt den Saal, ihm folgen die übrigen Minister.

Millerand Ministerpräsident?

Paris, 7. März. (W. T. B.) Obgleich die Stellung des Kabinetts schon seit einiger Zeit als erschüttert galt, rief sein Sturz in Kammerkreisen gleichwohl lebhafte Ueberraschung hervor, um so mehr, als kurz vorher die Affichierung der Rede des Ministers des Innern, Dubief, beschlossen worden war. Im Hinblick auf die Schwierigkeit der inneren und äußeren Politik glaubt man, daß die Lösung der Krisis ziemlich langwierig sein wird. Die Abstimmung selbst bietet keinerlei Anhaltspunkte für die künftige Kabinettsbildung, da die Mehrheit bunt aus Altradikalen, Sozialisten, gemäßigten Republikanern, Konservativen und Nationalisten zusammengesetzt ist. Man spricht von Millerand als eventuellen Ministerpräsidenten; derselbe würde Rouvier ersuchen, das Portefeuille des Aeußeren zu behalten.

Debatte über das Trennungsgesetz.

Paris, 7. März. Deputiertenkammer. Plichon (Rallitierter) interpelliert wegen des blutigen Zwischenfalls bei der Inventuraufnahme in Boeschhène. Er erklärte, das Trennungsgesetz habe statt zur Beruhigung zu Morden geführt. Guieysse (Radikal) fragt, ob die Regierung es zulassen werde, daß sich ein Herd für Beunruhigung bilde. Die Klausel betreffend die Inventuraufnahmen verdanke man übrigens den Progressisten. (Diese erheben lebhaften Widerspruch.) Guieysse fährt fort, es sei wichtig zu wissen, ob das Gesetz durchgeführt und ob die Regierung vor einem fremden Souverän kapitulieren werde. Es sei sicher, daß die von den Katholiken befolgten Anweisungen aus Rom kommen. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Briand, der Berichterstatter über das Trennungsgesetz, erklärt unter großem Lärm auf der Rechten, daß die Opposition die Inventuraufnahme verlangt habe. Redner tadelt nachdrücklich die Provokationen des Klerus und fügt hinzu, er empfinde Sympathie und selbst Bewunderung für die Montagnards der Haute-Loire, die aufrichtig seien und ihren Glauben zu verteidigen glaubten. Die Schuldigen seien die Hetzer, welche Lügen verbreiteten; diese seien für die traurigen Ereignisse verantwortlich. Es handle sich weniger um Fragen der Religion, als der Politik. (Lebhafter Beifall links, Widerspruch rechts.) Von mehreren Seiten wird allgemeiner Anschlag der Rede Briands verlangt, was mit 307 gegen 225 Stimmen angenommen wird. Lasies protestiert dagegen, daß Blut vergossen sei und spricht die Ansicht aus, daß die Regierung mehr Takt und Mäßigung hätte zeigen können.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Ministerpräsident Rouvier erklärt, er könne in einen Aufschub der Inventuraufnahme nicht willigen. Er werde das Gesetz zur Anwendung bringen, aber mit Besonnenheit, Takt und Klugheit, von dem Wunsche beseelt, den öffentlichen Frieden zu sichern. Der Ministerpräsident nimmt eine Tagesordnung Peret an, welche die Erklärungen der Regierung billigt.

Tourcoing, 7. März. (W. T. B.) Bei der Inventuraufnahme in einer hiesigen Kirche kam es zu einer Schlägerei, bei der sich die sich bekämpfenden Parteien mit Ziegelsteinen bewarfen. Von dem zur Wiederherstellung der Ordnung erschienenen Militär erlitten fünf Mann Verletzungen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

59. Sitzung vom Mittwoch, den 7. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des vom Abg. Bassermann (natl.) beantragten Gesetzentwurfes betreffend Abänderung des § 133 der Gewerbe-Ordnung, welcher dahin geht, den technischen Angestellten folgende rechtliche Besserstellung zu verschaffen:

„Die Gehaltszahlung hat spätestens Ende des Monats zu erfolgen und zwar mit zwingendem Rechte. Die Verpflichtung auf Gehaltszahlung in Krankheitsfällen bis zur Dauer von sechs Wochen wird zwingendes Recht. Der Angestellte kann ein Zeugnis verlangen.

In Verbindung damit steht der Antrag Bassermann (natl.), Racken (Z.), Dr. Potthoff (frs. Vg.), Schack (Antis.) zur Debatte. Durch ihn wird der Herr Reichskanzler ersucht, eine Vorlage auszuarbeiten, durch welche

1. die Vorschriften der Gewerbeordnung über das Dienstverhältnis der technischen Angestellten den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches über das Dienstverhältnis der Handelsgehülfen angepaßt werden,

2. die so verbesserten Vorschriften der Gewerbeordnung auf alle technischen Angestellten (insbesondere diejenigen in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben) ausgedehnt werden,

3. Vorschriften über angemessene Ruhezeiten geschaffen werden,

4. die Zuständigkeit der Gewerbe- oder Kaufmannsgerichte auf die technischen Angestellten ausgedehnt wird unter Errichtung besonderer Abteilungen, in denen die Beisitzer zur Hälfte technische Angestellte sein müssen.

Ferner steht folgender Gesetzentwurf Bassermann (natl.) zur Debatte, nach dem im § 63 des Handelsgesetzbuches auch der Absatz 2, welcher Gehaltszahlung in Krankheitsfällen bis zu sechs Wochen vorsieht, zwingend gemacht werden soll.

Abg. **Bassermann** (natl.): Die technischen Angestellten bilden mit den Handlungsgehülfen gemeinsam einen einheitlichen Stand, der sich aus denselben Kreisen rekrutiert und der etwa dieselben Einnahmen hat, und zwar Einnahmen, infolge deren er oft stark mit der Not des Lebens zu kämpfen hat. Kollege Dr. Potthoff wird auf die Wünsche der technischen Angestellten näher eingehen. Ich will nur die rechtliche Stellung der Handlungsgehülfen mit ein paar Worten besprechen. Redner verbreitet sich über die Entstehungsgeschichte des § 63 des Handelsgesetzbuches und erklärt, daß die Apothekergehülfen, welche wünschen, daß die Wohltat des § 63 auf sie ausgedehnt werde, nach seiner Auffassung diese Wohltat schon genießen, da die Apotheken zweifellos Handelsgeschäfte seien.

An die Erfüllung der Forderungen für die Arbeiter und Handlungsgehülfen muß sich die der nationalgesinnten Privatangestellten, einer Kategorie des neuen Mittelstandes, anschließen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Potthoff** (frs. Vg.): Es war eine Ungerechtigkeit, daß man bei Errichtung der Kaufmannsgerichte und Gewerbegerichte die technisch-industriellen Beamten vergaß. Eine Ruhezeit an den Sonntagen wird man den technischen Beamten gewähren müssen. Es ist das doch eine sehr gerechte Forderung. Ebenso muß man die Techniker bei militärischen Uebungen mit den Handlungsgehülfen gleichstellen derart, daß eine Uebung bis zu acht Wochen nicht zur Kündigung berechtigt. Am wichtigsten ist es, die Gleichstellung hinsichtlich der Konkurrenzklausel durchzuführen. Eine Ammoniaksodafabrik legt zum Beispiel jetzt eine zehnjährige Karenzzeit auf. Das ist doch eine Unterbindung des Fortkommens. Die Konkurrenzklausel wirkt um so schlimmer, weil bekanntlich heute jeder, der im Großbetrieb längere Zeit tätig ist und etwas leisten will, sich spezialisieren muß. Wird er durch die Klausel gezwungen, auf ein anderes Spezialgebiet überzugehen, so verliert er seine Vorarbeiten und muß von vorn anfangen sich einzuarbeiten. Auch örtlich wird die Klausel vielfach außerordentlich weit ausgedehnt, so in einem Falle auf alle bedeutenden Industriestaaten Europas! Das Gericht hat den betreffenden Ingenieur verurteilt, die Konventionalstrafe zu zahlen mit der merkwürdigen Motivierung: er könne ja zu einem anderen Spezialfach übergehen oder auswandern! Auch auf dem Gebiete der Konventionalstrafen wird das unglaublichste geleistet. In einem Falle war bei einem Gehalt des technischen Angestellten von 1500—1800 M. bei fünfjährigem Kontrakt für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen den Kontrakt pro Tag eine Konventionalstrafe von 100 000 M. festgesetzt! (Heiterkeit.)

Die Konkurrenzklausel ist bei der modernen Entwickelung, nachdem heute alle wichtigeren Erfindungen durch Patent geschützt sind, überflüssig geworden. Sind trotzdem noch wichtige Geschäftsgeheimnisse zu schützen, so steht es ja dem Chef frei, durch Fortzahlung des Gehalts die Härten der Konkurrenzklausel zu mildern. — Vielfach besteht auch die sogenannte geheime Konkurrenzklausel in der Form von privaten Verabredungen zwischen den Chefs bestimmter Spezialbranchen. Einen schweren Mißbrauch der anständigen Gesinnung der Angestellten bedeutet das Vorgehen einzelner Firmen, die die Innehaltung gesetzlich unzulässiger Konkurrenzklauseln sich von ihren Angestellten auf Eidesstatt oder gegen Ehrenwort versichern lassen. (Hört! hört!) Das ist ein Wucher der schlimmsten Sorte und es ist eine Verkennung der Ehrbegriffe, wenn die Angestellten sich an derartige direkt unsittliche Verträge gebunden halten. Die Beseitigung solcher Mißstände ist natürlich zunächst Sache der Organisation der Angestellten, doch muß die Gesetzgebung ihnen zu Hülfe kommen. Daher bitte ich Sie um Annahme meines Antrages. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: Dem Satz „sozialpolitische Gesetze sollen nicht nach dem Buchstaben, sondern nach dem Geiste ausgelegt werden,“ der etwas Blendendes hat, muß ich den Satz hinzufügen: „Gesetze dürfen auf keinen Fall gegen den Buchstaben ausgelegt werden.“ Der Richter kann nicht in allen Fällen auf den wirtschaftlich Schwächeren Rücksicht nehmen, zumal er nicht immer weiß, wer von beiden der Schwächere ist. Der Richter hat nicht zu fragen, ob der Paragraph eines Gesetzes in Widerspruch zu anderen Bestimmungen steht, sondern er hat ihn einfach anzuwenden. Die Abänderung steht bei den gesetzgebenden Körperschaften. Wie diese Abänderung zu geschehen hat, darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Ich möchte also im allgemeinen bemerken, daß die Grundsätze über den Dienstvertrag im Bürgerlichen Gesetzbuche aufgestellt sind und daß die betreffenden Bestimmungen im Handelsgesetzbuche und in der Gewerbeordnung nur bestimmte Abänderungen und Nüanzierungen aussprechen. Es wäre also noch zu untersuchen, ob es nicht zweckmäßiger ist, die allgemeinen Grundsätze zu revidieren, als neue Ausnahmebestimmungen in die Sondergesetze hineinzubringen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Racken** (Z.) spricht das wohlwollende Interesse seiner Partei gegenüber der großen Privatbeamtenbewegung aus und beantragt, die beiden Gesetzentwürfe Bassermann einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. **Singer** (Soz.):

Wir werden der Kommissionsberatung zustimmen, wenn wir auch der Ansicht sind, daß bei der allgemeinen Uebereinstimmung der Parteien die vorliegenden Anträge wohl hätten im Plenum erledigt werden können. Nachdem die Herren Vorredner das Thema so ausführlich erörtert haben, kann ich mich kurz fassen. Meine Freunde werden für alle vorliegenden Anträge stimmen. Was hier über die Lage der technischen Angestellten vorgebracht worden ist, kann ich nur bestätigen. Diese Angestellten, denen neben den Arbeitern die Entwickelung unserer Industrie im wesentlichen zu verdanken ist, befinden sich in einer wirtschaftlichen Lage, die geradezu unglaublich ist. Es ist ein Zustand, der der Moral ins Gesicht schlägt, wenn die großen technischen Unternehmungen, die außerordentlich hohe Dividenden bezahlen, die ihren Direktoren Gehälter zahlen, welche die Ministergehälter in vielen Fällen überschreiten, deren Aufsichtsräte außerordentlich hohe Tantiemen beziehen, ihre technischen Angestellten mit Gehältern abspeisen, die geradezu als Almosen zu bezeichnen sind. (Sehr richtig! links.) Das Maß von Vorbildung, welches diese großen Weltetablissements von ihren technischen Angestellten verlangen, steht in diametralem Gegensatz zu den Gehältern dieser Angestellten. Die Gleichstellung dieser technischen Angestellten mit den Handlungsgehülfen ist das allermindeste, was man überhaupt fordern kann. Was

die Konkurrenzklausel

anlangt, so kann ich mit Genugtuung feststellen, daß die Anregung zur Verhandlung über diese Frage vor einer Reihe von Jahren von uns ausgegangen ist. Und wenn die Einschränkung der Konkurrenzklausel durch das Handelsgesetzbuch gegenüber dem früheren Zustande eine — wenn auch ungenügende — Verbesserung darstellt, so ist das dem Umstande zu danken, daß wir von dieser Seite wieder die ersten waren, die die öffentliche Aufmerksamkeit und die der Gesetzgebung auf die schmachvollen Zustände gelenkt hatten, wie sie sich unter der Wirkung der uneingeschränkten Konkurrenzklausel entwickelte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde es sehr begrüßen, wenn der Herr Staatssekretär noch für eine weitere Einschränkung der Konkurrenzklausel im Handelsgesetzbuch wirken würde, denn aus den gehörten Mitteilungen geht hervor, daß auch unter der Herrschaft der eingeschränkten Konkurrenzklausel noch ganz unglaubliche Zustände bestehen. Im Interesse der Moral ist eine derartige Aenderung der Gesetzgebung dringend zu wünschen; denn unter den heutigen Zuständen werden die jungen Leute in ihrer wirtschaftlichen Notlage zu Heuchlern erzogen, sie können nicht daran denken, etwa im gegebenen Falle ihr Ehrenwort zu halten; es handelt sich hier wieder 'mal um ein Spiel mit Ehrbegriffen, bei dem diejenigen, die das Ehrenwort abnehmen, viel schuldiger sind als die, die es geben. (Sehr richtig! links.)

In einem Gegensatz zum Herrn Staatssekretär befinde ich mich insofern, als ich der Meinung bin, daß Absatz 1 § 63 des Handelsgesetzbuchs in der Tat zwingendes Recht ist. Ueber die Auslegung des Buchstabens werde ich mich natürlich mit einem so hervorragenden Juristen wie dem Herrn Staatssekretär nicht streiten. Für mich kommt es vor allem darauf an, daß die Richter nicht nach dem Buchstaben, sondern nach dem Geiste des Gesetzes urteilen. Und ich muß behaupten, daß diejenigen Gerichte, welche dem Absatz 1 des § 63 kein zwingendes Recht zuerkennen, das, was der Gesetzgeber gewollt hat und was aus der sozialen Lage dieser Angestellten mit Notwendigkeit folgt, nicht verstanden haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist doch undenkbar, daß eine Gesetzgebung so widerspruchsvoll gemacht wird, wie sie nach der Ansicht des Herrn Staatssekretärs und des Abg. Bassermann sein würde. Dieser Widerspruch wäre so unlogisch, daß — der Herr Staatssekretär darf es mir nicht übel nehmen — ich sagen muß, daß er nur bei Juristen möglich ist. Daraus, daß die Bestimmung, es handle sich um zwingendes Recht, in redaktionell nicht sehr geschickter Weise an das Ende des zweiten Absatzes gekommen ist, darf doch nicht gefolgert werden, daß der erste Absatz nur dispositiv ist. Aber nachdem sich die Mehrheit der Handelsgerichte einmal auf den Standpunkt des Herrn Staatssekretärs gestellt hat, sind wir allerdings in die zwingende Lage versetzt, auf dem Wege der Gesetzgebung in unwiderleglicher Weise zu interpretieren, was der Gesetzgeber gemeint hat. Es ist dringend notwendig, Zustände zu schaffen, in denen in Fällen von Krankheit ein Angestellter nicht einfach auf das Pflaster geworfen werden kann, während er doch in einer solchen Zeit sogar noch ein erhöhtes Einnahmebedürfnis hat.

Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs und des Abgeordneten Bassermann in bezug auf den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind insofern irrig, als dieses ja später als das Handelsgesetzbuch geschaffen ist, so daß der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht die Grundlage des § 63 des Handelsgesetzbuchs sein kann. Als der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bekannt wurde, atmeten alle beteiligten Kreise auf, da man annahm, es handele sich endlich um eine Schutzbestimmung von großer Tragweite. Aber diese Kreise sind schwer enttäuscht worden, als die Gerichte diesen Paragraphen als fakultatives Recht auslegten. Aber weil dieser § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zuungunsten von breiten Schichten der Bevölkerung ausgefallen ist, deshalb braucht man noch lange nicht auch den früher geschaffenen § 63 des Handelsgesetzbuchs fakultativ auszulegen. Mit der sogenannten Vertragsfreiheit wird sehr viel Unfug getrieben. Deshalb würden wir es für viel richtiger halten, wenn eine Frage darüber, ob eine sozialpolitische Schutzbestimmung dispositiv oder zwingend sei, überhaupt niemals auftauchen könnte, das heißt, wenn wir ein für alle Mal den Grundsatz aufstellen würden: Sozialpolitische Schutzbestimmungen haben den Charakter zwingenden Rechtes. (Beifall links.) Jedenfalls ist die Notlage der Handlungsgehülfen und der technischen Beamten so groß, daß die verbündeten Regierungen alle Anregungen, die durch die heutigen Anträge ihr geworden sind, sehr beherzigen und schon in der nächsten Session eine dem Antrag Potthoff entsprechende Gesetzesvorlage einbringen sollten. Wenn das der Erfolg des heutigen Schwerinstages sein wird, so werden wir das mit lebhafter Freude begrüßen. (Beifall links.)

Abg. **Malkewitz** (k.): Wir sind gewillt, den Bestrebungen der technischen Angestellten entgegenzukommen, soweit nicht berechtigte Interessen der Arbeitgeber verletzt werden. Ich glaube nicht, daß wir der Forderung auf Ausdehnung der Zuständigkeit der Kaufmanns- und Gewerbegerichte zustimmen werden.

Abg. **Träger** (frs. Vp.) schlägt vor, die Anträge der Handels- und Gewerbekommission zu überweisen. Wir sind in allen wesentlichen Punkten mit den Anträgen einverstanden, deren Forderungen zum Teil übrigens schon verwirklicht sind, und werden in der Kommission — wie auch im Plenum — gern an der Sache mitarbeiten. (Bravo! links.)

Abg. **Schack** (Wirtsch. Vg.): Eine Aenderung des § 63 des Handelsgesetzbuches ist unter allen Umständen nötig, ist es doch soweit gekommen, daß z. B. in Köln ein Fabrikant auf Grund dieses Paragraphen in zwei gleichliegenden Fälle zwei entgegengesetzte Urteile erhalten hat.

Staatssekretär **Nieberding**: Nur im Interesse der Rechtsprechung möchte ich nochmals konstatieren: Die Mehrheit der Kommission des Reichstages hat beschlossen, daß der Absatz 1 § 63 kein zwingendes Recht bilden soll. Die Mehrheit des Reichstages hat sodann den Beschluß der Kommission, ohne ein Wort dazu zu sagen, angenommen. Daraus schließe ich, daß sie auch die Absicht der Kommission geteilt hat; das Gegenteil müßte bewiesen werden. Wenn man jetzt aus dem Umstande, daß einzelne Mitglieder dieses Hauses anderer Ansicht sind, schließen wollte, daß damals auch die Mehrheit des Reichstages, obwohl sie den Beschluß der Kommission angenommen hat, anderer Ansicht war, so würde das allem parlamentarischen Brauch widersprechen und der Willkür Tür und Tor öffnen.

Abg. **Dove** (frs. Vp.) beantragt, eine besondere Kommission für die Anträge einzusetzen. Ich stehe in der Frage der Auslegung des § 63 auf dem Standpunkte des Herrn Staatssekretärs, so sehr ich bedauere, daß nicht alle Bestimmungen des § 63 zwingendes Recht sind. Allerdings stimme ich dem Abg. Singer darin bei, daß alle sozialpolitischen Schutzmaßregeln zwingendes Recht sein sollen, aber der Richter kann doch nur den Willen des Gesetzgebers zur Durchführung bringen.

Hiermit schließt die Diskussion.

Im Schlußworte spricht

Abg. **Bassermann** (natl.) seine Zustimmung zur Ueberweisung seiner Anträge an eine besondere Kommission aus und beantragt, auch die Resolution Dr. Potthoff an dieselbe Kommission zu verweisen.

Abg. Dr. **Potthoff** (frs. Vg.) unterstützt im Schlußwort diesen Geschäftsordnungsantrag.

Es folgt eine Geschäftsordnungsdebatte.

Sowohl die beiden Gesetzentwürfe als die Resolution werden einer besonderen Kommission überwiesen, die demnach über die Resolution nur abstimmen darf.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung der Debatte über den Postetat.

Schluß 5¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Marineetat. Die Budgetkommission des Reichstages stimmte gestern der Vergrößerung der Torpedoflottille von 16 Divisionen = 96 Booten, auf 24 Divisionen = 144 Booten zu und genehmigte für den Etat 1906 den Bau von zwei Divisionen, die 8 Millionen Mark erfordern. Die Gebrauchsdauer eines Bootes wird auf 12 Jahre eingeschätzt. Für Versuche mit Unterseebooten werden 2 500 000 M. bewilligt, eine Million mehr als im Vorjahr. Der Mehrbedarf an Mannschaften durch die Vergrößerung der Torpedoflottille beläuft sich auf 58 Offiziere und 2218 Mann. Für Schiffsneubauten, gemäß des Flottengesetzes vom Jahr 1900, wurden 73,4 Millionen, für artilleristische Armierung 30,4 Millionen bewilligt. Abg. Erzberger teilte Fälle mit, wo Torpedoboote zu Sportzwecken Verwendung finden; speziell für die kaiserlichen Segelyachten würden sehr oft Torpedoboote zu Schleppdiensten verwendet. In etwas gewundener Entgegnung betonte der Staatssekretär, daß in allen Fällen lediglich das Interesse des Dienstes maßgebend sein solle, während Abg. Dr. Semler (natl.) dem Grundsatz Ausdruck geben zu wollen schien, daß die Unterstützung von Sportzwecken im Interesse des Dienstes liege.

Heute Fortsetzung der Beratung.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch über eine Petition des „Vereins enthaltsamer Eisenbahner in Marburg“ (Lahn) betr. Gewährung einer Beihülfe aus Reichsmitteln an den genannten Verein im Betrage von 5000 M. pro Jahr. Ferner fordert das Petitum Einschränkung des Alkoholgenusses der Eisenbahnbeamten dadurch, daß Bestimmungen erlassen werden, welche den Genuß von Alkohol während des Dienstes und 8 Stunden vor Beginn desselben verbieten. Die Petition behauptet, daß viele Eisenbahnunfälle auf den Alkoholgenuß der Beamten zurückzuführen seien. Eine ähnliche Petition ist auch dem preußischen Abgeordnetenhause zugegangen, mit dem Unterschiede, daß dort eine jährliche Beihülfe von 10 000 gefordert wird. — Die Petitionskommission beschloß über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Der Arbeiterausschuß der Reichsdruckerei petitioniert um Bewilligung einer Teuerungszulage für die in dem genannten Betriebe beschäftigten Arbeiter.

Abg. **Froehlich** (Reformp.) beantragt, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Wenn auch die Arbeitsverhältnisse in der Reichsdruckerei im allgemeinen als günstige zu bezeichnen seien, hätten doch die verheirateten Arbeiter unter der herrschenden Fleischteuerung, die er (Redner) übrigens für eine nur vorübergehende halte, sehr zu leiden.

Der Regierungskommissar, **Wirkl. Geh. Oberpostrat Stille** kann eine sachliche Berechtigung der Forderung der Petenten nicht anerkennen. Wolle man nur den verheirateten Arbeitern der Reichsdruckerei eine Teuerungszulage gewähren, so würde dadurch nur Unfrieden unter den Arbeitern hervorgerufen. Auch Unverheiratete, die vielleicht für ihre kranke Mutter und Geschwister zu sorgen haben, leiden unter der Teuerung nicht minder als Verheiratete. Wolle man eine Besserstellung der Arbeiter herbeiführen, so dürfte sich eine allgemeine Erhöhung der Löhne, aber keine Teuerungszulage nur an die Verheirateten empfehlen. Es sei richtig, daß die Arbeiter der Reichsdruckerei — obgleich diese sich der Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckgewerbe nicht angeschlossen habe — besser gestellt seien, als die Arbeiter in vielen tariftreuen Privatbetrieben. Die Reichsdruckerei gewähre zum Beispiel kranken Arbeitern aus etatsmäßigen Mitteln Zuschuß zu dem Krankengelde. Daß eine Notlage unter den Arbeitern nicht bestehe, ergebe auch der Stand der für die Arbeiter der Reichsdruckerei vor etwa zwei Jahren begründeten Spar- und Darlehnskasse. Von den 1900 bis 2000 dort beschäftigten Arbeitern hätten 1394 Sparguthaben im Gesamtbetrage von 131 967 Mark, also durchschnittlich 95 Mark pro Sparer, eingezahlt.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Petitionskommission, die Abgeordneten **Thiele, Kürsten** und **Albrecht**, erkannten die Wünsche der Petenten auf Besserstellung ihrer Lage als durchaus berechtigt an. Diese Besserstellung dürfe sich aber nicht nur auf verheiratete Arbeiter erstrecken, müsse vielmehr allen zu gute kommen. Von einer nur vorübergehenden Teuerung könne nicht die Rede sein. Die erhöhten Zölle würden eine dauernde Mehrbelastung der Arbeiter herbeiführen. Deshalb sei auch eine nur zeitweilig zu gewährende Teuerungszulage nicht zu empfehlen. Wolle man aber eine allgemeine Erhöhung der Löhne der Arbeiter der Reichsdruckerei nicht eintreten lassen, so müßten wenigsten die dort gezahlten Minimallöhne erhöht werden. In diesem Sinne solle man die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überweisen.

Dieser Antrag wurde jedoch mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. — Die Kommission beschloß nur, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Aus Industrie und Handel.

Diskonto-Gesellschaft. Nach dem in der am Dienstag stattgefundenen Aufsichtsratssitzung vorgelegten Bericht stellt sich für das abgelaufene Geschäftsjahr der Bruttogewinn einschließlich des auf 528 312,23 M. sich belaufenden Vortrages aus der vorjährigen Bilanz auf 26 287 086,18 M. gegen 23 760 932,19 M. im Vorjahre und der Reingewinn nach Abzug der Verwaltungskosten usw. 6 090 189,52 M., der Steuern 1 151 529,26 M., der Abschreibung auf zweifelhafte Forderungen 25 613,60 M. und der Abschreibung auf die Bankgebäude und innere Einrichtung 600 000 M. auf 18 419 758,80 M. gegen 17 091 470,13 M. im Vorjahre. Es soll verteilt werden eine Dividende von 9 Proz. auf das Kommandit-Kapital von 170 000 000 M. gegen 8½ Proz. im Vorjahre.

Generalversammlung des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser.

Unter sehr zahlreicher Beteiligung fand in Leipzig am 6. März die Generalversammlung des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser statt. Es waren die Vertreter fast aller größeren Waren- bezw. Kaufhäuser Deutschlands erschienen, auch die Lieferanten der Warenhäuser hatten sich sehr zahlreich eingefunden. Der Vorsitzende, Oskar Tietz-Berlin, wies auf die großen Erfolge des Verbandes hin. Der Verband, dem bei seiner Gründung 60 Mitglieder beigetreten waren, zähle heute weit über 2000. (Beifall.) Allein dem Verbande stehen noch sehr heftige Kämpfe bevor. Die Reaktion erhebe immer kühner ihr Haupt. Immer größere Schranken wolle man gegen Handel und Industrie aufrichten. Das allgemeine wirtschaftliche Interesse erfordere, daß die Angriffe der Reaktion mit aller Energie abgewehr der Entwickelung von Handel und Industrie freie Bahn gesc

werde. Dazu sei in erster Reihe eine feste Organisation aller Kaufleute und Industriellen notwendig.

Dem vom Kaufmann Moritz Barasch-Breslau erstatteten Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß der Verband ein Vermögen von 42 999,36 M. besitze.

Landtags-Abgeordneter Dr. Gerschel-Berlin sprach hierauf über die Mittelstandsbewegung und die Umsatzsteuer.

Seit Einführung der Gewerbefreiheit datiere der Aufschwung von Handel und Industrie. Dieser Aufschwung hatte aber sehr bald zur Folge, daß sich Bestrebungen zur Beschränkung bezw. Wiederaufhebung der Gewerbefreiheit geltend gemacht. Ganz besonders als die Industrie, veranlaßt durch Ueberproduktion, Schutzzölle verlangte, begannen die Handwerker eine sehr lebhafte Agitation gegen die Gewerbefreiheit zu entfalten. Die Leute haben nur vergessen, daß die meisten industriellen Großbetriebe sich aus handwerksmäßigen Betrieben entwickelt haben. Nun sage man, die Kleinkaufleute werden von den größen Warenhäusern totgemacht. Er sei der letzte, der begründeten Klagen die Berechtigung absprechen wolle. Allein die Kleinkaufleute, die sich nicht halten können, seien nicht existenzberechtigt. Spezialgeschäfte, die von geschulten, reellen und tüchtigen Kaufleuten geführt werden, florierten trotz der Warenhäuser.

Trotzdem sei man bemüht, die Warenhäuser durch Umsatzsteuer und baupolizeiliche Vorschriften zu schädigen.

Die Umsatzsteuer sei keineswegs eine neue Idee. Im Börsengeschäft sei seit langer Zeit die Umsatzsteuer eingeführt. Diese Maßnahme habe dazu geführt, daß das Arbitragegeschäft vollständig lahm gelegt und ins Ausland verlegt worden sei. Die Umsatzsteuer der Börsengeschäfte habe es bewirkt, daß die kleinen Bankiers zugrunde gerichtet und das Börsengeschäft in die Hände der Großbanken gelangt seien. Die Warenhäuser haben sich glücklicherweise trotz der Umsatzsteuer und anderer staatlicher Maßnahmen weiter entwickelt. Eigentümlicherweise habe der Bund der Landwirte sich der Mittelstandsbewegung angenommen. Wenn man erwäge, daß die Agrarier dem Volke Brot und Fleisch in geradezu unerhörter Weise verteuert und durch Schaffung von Konsumvereinen, Raiffeisenkassen, Beamten- und Offizierswarenhäusern gerade den Mittelstand aufs empfindlichste geschädigt haben, dann werde man begreifen, daß die Agrarier keineswegs Freunde des Mittelstandes seien.

Auf Antrag des Fabrikbesitzers Max Berger (Chemnitz) gelangte darauf eine längere Erklärung zur Annahme, in der es heißt: Die Generalversammlung erachtet die derzeitige Leitung und Tendenz der sogenannten Mittelstandsbewegung als gefährlich und geeignet, das Bürgertum zum Zwecke der Erreichung unberechtigter Sonderinteressen zu zersplittern. — Althoff (Dortmund) begründete eine Protesterklärung gegen den Antrag der Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause betreffs baupolizeilicher Vorschriften der Warenhäuser zwecks Bekämpfung der Feuergefährlichkeit. — Heil (Cudowa) beklagte die Einführung der neuen Handelsverträge, die Handel und Industrie ganz außerordentlich schädigen. — Es wurden noch mehrere andere Klagen vorgebracht und alsdann die Generalversammlung in später Abendstunde geschlossen.

Von der Konjunktur. In einem vorsichtig abgezirkelten Artikel, bei dem der Verfasser alle Eventualitäten berechnet, ohne das merken zu lassen, wird versucht die Ansicht zu erwecken, als sei in Bezug auf die Eisenindustrie keinerlei Befürchtung zu hegen. Er spricht von einer gewissen Stetigkeit, die in der Eisenindustrie anscheinend sich entwickele. Wenn das heutige Verhältnis die Grundlage der Stabilität bleibt, dann sind die Aussichten durchaus nicht sehr hoffnungsvoll. Im Januar weist trotz flottester Tätigkeit in allen Zweigen des Eisengewerbes die Versorgung des Inlandes nur eine ganz geringe Zunahme auf. Es ist nicht zu erwarten, daß in nächster Zeit eine exzeptionelle Verbrauchssteigerung im Inlande eintreten wird. Zeigt sich nun aber der Inlandsmarkt nicht wesentlich aufnahmefähiger, so ist es ganz ausgeschlossen, daß die umfangreiche Erzeugnissteigerung Aufnahme findet. Nehmen wir die Versorgung des Inlandes als Verbrauch an, obwohl der tatsächliche Verbrauch noch geringer ist als die Versorgung, so finden wir folgendes Resultat. Es betrug pro Kopf in Kilogramm:

	Eigene Produktion	Verbrauch
1904	14,10	9,07
1905	12,81	8,22
1906	16,78	9,63

Scheiden wir den Januar 1905 aus dem Vergleich aus, da durch die Einwirkungen des Bergarbeiterstreiks Produktions- und Verbrauchsziffern sehr niedrig waren, und vergleichen nur mit 1904, so zeigt sich eine Zunahme der Roheisengewinnung um 2,68 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung, während der Verbrauch nur um 0,56 Kilogramm gestiegen ist. Mit Ausnahme des Dezember 1905 war die Produktion pro Kopf noch nie so hoch wie im Januar, der Verbrauch hingegen wird von den meisten Monaten des Jahres 1905 übertroffen. Die Eisenausfuhr war im Januar 1906 um 173 279 Tonnen größer als 1905 und 158 365 Tonnen höher als zur Vergleichszeit 1904. Das ist eine Steigerung von rund 60 resp. rund 50 Proz.

Gerichts-Zeitung.

Entwendung von Holz im Werte von 60 Pfennig — drei Monate Gefängnis.

Vor dem Landgericht München I hatte sich dieser Tage der Dienstknecht Alois B. wegen eines Verbrechens des Diebstahls im Rückfalle zu verantworten. Er hatte zu Hause ein krankes Weib, kein Geld, weder Holz noch Kohlen zum Einheizen, Not und Elend war an der Tagesordnung. Am 22. Dezember, zwei Tage vor dem Feste der Liebe und der Freude, fuhr er mit seinem Einspännerfuhrwerke in den Güterbahnhof. Dort fand er einen mit Brennholz beladenen Waggon vor. Er dachte an sein krankes, frierendes Weib, an das nahende Weihnachtsfest. Kurz entschlossen nahm er von dem voll beladenen Waggon 3 Scheiter Holz im Werte von 60 Pf. — geschrieben: sechzig Pfennig — legte sie auf sein Wägelchen und deckte sie zu Ein Bahnbeamter hatte ihn aber beobachtet, das Holz wurde ihm wieder abgenommen und gegen den armen Teufel Anzeige wegen Diebstahl erstattet. Da er wegen Eigentumsdelikte schon einige Male bestraft ist, qualifiziert sich seine Handlung als ein Verbrechen im Rückfalle. Zur Verantwortung gezogen, schilderte er vor Gericht seine große Not. Das Gesetz kennt aber keine Not und die Not kennt kein Gesetz.

Die Mahnung Romeos:

> Der Hunger sitzt in deinen hohlen Backen,
> Not und Bedrängnis darbt in deinem Blick,
> Auf deinem Rücken hängt zerlumptes Elend,
> Die Welt ist nicht dein Freund, noch ihr Gesetz;
> Die Welt hat kein Gesetz, dich reich zu machen,
> Drum sei nicht arm, brich das Gesetz und nimm!

wird im Gericht nicht als berechtigt anerkannt. Zwar kann der Richter auf Grund der §§ 52 bis 54 des Strafgesetzbuchs freisprechen, wenn aus „unwiderstehlicher Gewalt" oder aus unverschuldetem Notstand eine strafbare Handlung begangen ist. Wer aber die Not aus eigener Erfahrung und das noch schrecklichere Gefühl, den Seinen nicht helfen zu können, nicht kennen gelernt hat, hält sich selten für berechtigt, in anderen als den Fällen der geschlechtlichen Vergehen oder der Abwehr körperlicher Angriffe von den §§ 52—54 Gebrauch zu machen.

§ 52 des Strafgesetzbuches sagt: Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Täter durch unwiderstehliche Gewalt oder durch eine Drohung, welche mit einer gegenwärtigen, auf andere Weise nicht abwendbaren Gefahr für Leib oder Leben seiner selbst oder eines Angehörigen verbunden war, zu der Handlung genötigt worden ist.

§ 53 erklärt, daß eine Handlung nicht strafbar ist, wenn sie durch Notwehr geboten war.

§ 54 bestimmt: Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung außer dem Falle der Notwehr in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Notstande zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben des Täters oder eines Angehörigen begangen worden ist.

Diesen Vorschriften hätte man nicht Gewalt angetan, wenn man sie auf den vorliegenden Fall angewendet hätte. „Unwiderstehliche Gewalt" im Sinne des § 52 und „unverschuldeter, auf andere Weise nicht zu beseitigender Notstand" im Sinne des § 54 lagen diesem Tatbestand gegenüber vor. Sie kamen in der Verhandlung nicht zur Sprache. Dem ohne Verteidiger vor Gericht gestellten Tagelöhner billigten Staatsanwalt und Richter zu, daß er in Not gehandelt. Sie erkannten auf das niedrigste Strafmaß, das das Gesetz (§ 244 des Strafgesetzbuchs) für „Diebstahl im Rückfall" bei Annahme mildernder Umstände zuläßt. Diese Strafe beträgt — drei Monate Gefängnis. So will es die herrliche Gesellschaftsordnung: sie verschuldet die Straftat, sie läßt den Armen schuldig werden und dann bestraft sie ihn.

Wegen Beleidigung durch die Presse hatte sich gestern vor der Strafkammer 8a des Landgerichts I der Redakteur Arno Arndt vom „Berliner Tageblatt" zu verantworten. Mitangeklagt war auch der frühere Kaufmann Martin Regensteiner, der sich wegen einer anderen Straftat gegenwärtig in Untersuchungshaft befindet. Die nahezu siebenstündige Verhandlung ergab folgendes: Im November 1904 war Regensteiner in die Redaktion des „Berliner Tageblatt" gekommen und hatte wehleidig gebeten, man möge sich seiner doch annehmen, da er ein vom Schicksal schwer verfolgter Mann sei. Und nun erzählte er mit der unschuldigsten Miene von der Welt, daß er im Jahre 1902 infolge eines Komplotts des Kartonnagenfabrikanten Max Wolff, Neue Friedrichstraße 48, und zweier seiner eigenen früheren Angestellten, des Buchhalters Ernst und des Lageristen Hartwitz wegen betrügerischen Bankerotts angeklagt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden sei. Jedoch habe er unschuldig im Gefängnis sitzen müssen. Es sei ihm indessen gelungen, den Justizminister von seiner Unschuld zu überzeugen, so daß dieser seine Haftentlassung und das Wiederaufnahmeverfahren angeordnet habe, er habe deswegen auch nur zwei Jahre von der ursprünglich auf drei Jahre bemessenen Strafhaft abzusitzen brauchen. Sein Wunsch ging nun dahin, im „Berliner Tageblatt" das angebliche „Verleumdertrio" gehörig zu brandmarken und gleichzeitig der Oeffentlichkeit kundzugeben, welch bitteres Unrecht ihm durch jene Verurteilung zugefügt sei, damit er öffentlich rehabilitiert werde. Der Redakteur Arndt glaubte dem Manne und veranlaßte, ohne erst genügende Recherchen anstellen zu lassen, die Aufnahme eines Artikels unter der Stichmarke „Unschuldig im Gefängnis". Der Artikel stützte sich lediglich auf die Angaben des Regensteiner und enthielt eine Reihe der schwersten Vorwürfe gegen die oben genannten drei Herren. Wie die Beweisaufnahme nun ergab, waren die Angaben und Behauptungen des Regensteiner aber von Anfang bis Ende erlogen. Der Redakteur war von dem Schwindler gründlich düpiert worden. Regensteiner hatte früher tatsächlich ein Schwindelgeschäft in Schuhwaren betrieben und in 3/4 Jahren nicht weniger wie 207 232 M. Schulden aufgehäuft. Seine Gläubiger und Lieferanten bezahlte er nicht, nahm vielmehr Waren gegen hohes Ziel und verramschte diese dann für einen Spottpreis. Der Krach war unausbleiblich und 2 1/2 Jahre Gefängnis waren das Ende. Diese Strafe hat Regensteiner auch voll abgebüßt. Von einer vorzeitigen Haftentlassung und Anordnung eines Wiederaufnahmeverfahrens war gar keine Rede. Sein Vorgehen gegen Wolff usw. war lediglich ein Racheakt gegen diese, weil die drei seinerzeit die betrügerischen Manipulationen des Regensteiner der Polizei mitgeteilt hatten. Außerdem bezweckte Regensteiner mit seiner „Rehabilitierung" im „Berliner Tageblatt" noch, bei leichtgläubigen mitleidigen Menschen vielleicht neue Gelder loseisen zu können. Auf Antrag der Herren Wolff, Ernst und Hartwitz leitete die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein, gegen Arndt als verantwortlichen Redakteur des „Berliner Tageblatt" und gegen Regensteiner als Urheber des beleidigenden Artikels. Das Ende des Prozesses war, daß die Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Oppermann den leichtgläubigen Redakteur Arndt zu sechs Wochen Gefängnis und Zahlung einer Buße von 3000 M. an den Nebenkläger Wolff, und den Mitangeklagten Regensteiner zu einem Jahr Gefängnis verurteilte. Der Staatsanwalt hatte gegen Arndt „nur" 300 M. Geldstrafe und gegen Regensteiner sechs Monate Gefängnis beantragt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63—66 pr. 100 Pfund, IIa 54—62, IIIa 49—53, IVa 39—47. Kalbfleisch Ia 80—88, IIa 63—75, IIIa 54—60, Hammelfleisch Ia 60—71, IIa 54—60. Schweinefleisch 72—77. Rotwild Pfd. 0,58 bis 0,60. Damwild 0,57—0,70. Kaninchen Stück 0,85—0,90. Hühner Stück, alte 1,60—2,70, junge 0,00—0,00, da. IIa 0,00—0,00. Tauben, junge 0,40—0,70, alte 0,40. Enten, Stück 2,75. Gänse, junge, pro Stück 0,00—0,00, russische 0,25—0,50 M. Schellfische 0,00—0,00 M., Flunder 12—16 M., pro 100 Pfd. Hechte 85—89, Schleie 00—00; Aale, groß 00—00, mittel 00—00; Plötzen 35—51, Karpfen 00—00, Rheinlachs 675, Seelachs 20—25 M. pr. 100 Pfd. Schottische Vollheringe (gesalzen) 40—44 M. Eier, Schock 3,30—3,40. Butter pro 100 Pfund Ia 122—124, IIa 118—122, IIIa 116—118, abfallende 110—115. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote Dabersche 2,00—2,20, magn. bon. 2,10—2,35, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl pr. Schock 0,00—00,00, Weißkohl pr. 100 Pfd. 4,25—4,50, Rotkohl pr. Schock 00—00, holl. 12—17 M. Saure Gurken, Schock 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Briefkasten der Redaktion.

Hermsdorf 29 und andere. Ruberoid-Gesellschaft, Berlin W. 30, Nollendorfstr. 13. — **W. M.** Wenden Sie sich an den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Engel-Ufer 15.

Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.
Bezirk Tegel.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege
Friedrich Löffler
am 5. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Tegeler Friedhofes, Hermsdorfer Weg aus statt.

Bezirk Friedrichsberg.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege
Max Menzel
am 4. März verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes Krugstege in Lichtenberg aus statt. 33/11
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am Dienstag, den 6. März, verstarb im Alter von 30 Jahren an Lungentuberkulose unser Mitglied 137/15
Karl Klein.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. d. Mts., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Zwölf-Apostel-Kirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
8—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Todes-Anzeige.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Vater, der frühere Zeitungsspediteur
Albert Heinicke
am Montag, den 5. März, nach langem Krankenlager im Krankenhause Urban verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 3872
Die trauernden Kinder.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 5. d. M. starb im Alter von 53 Jahren an der Lungenschwindsucht unser Mitglied, der Zimmerer
Wilhelm Schneider.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses am Urban (Grimmstraße) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
289/9 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser innig geliebter Sohn und guter Bruder, der Mechaniker
Bruno Siejak
am 6. März, früh 6 1/2 Uhr, nach kurzem, schweren Leiden im 21. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Freitagnachmittag 3 1/2 Uhr vom Trauerhause, Pflugstr. 1, aus nach dem St. Sebastian-Kirchhof, Reinickendorf, Humboldtstraße, statt. 278b
Um stilles Beileid bitten
St. Siejak
nebst Frau und Sohn.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innig geliebte Frau
Marie Leistikow
geb. **Hagenstein**
nach langem schweren Leiden am Mittwoch, den 7. d. M., verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabendnachmittag 2 1/2 Uhr vom Trauerhause, Solmsstr. 21, um 4 Uhr vom Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf aus statt.
Der trauernde Gatte nebst Tochter. 284b

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, 11. März, vorm. 10 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Antrag der Ortsverwaltung betreffend die Gehälter der Verbandsangestellten.
2. Anträge und Stellungnahme zum Verbandstage.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. 81/17
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein
für
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg!

Sonntag, den 11. März 1906, nachmittags 2 Uhr, in Adlershof, Restaurant Kaul, Bismarckstraße 16:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Mitteilungen des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Beratung des Kreisstatuts und des Organisationsplanes für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. 3. Resolution Rixdorf betreffend das Verhalten der Reichstagsfraktion bei der Borussia-Interpellation. 4. Antrag Charlottenburg betreffend die Vorortbeilage des „Vorwärts". 5. Antrag Boxheimer betreffend Abgrenzung der Rechte zwischen Berlin und den einzelnen Kreisen. 6. Antrag Rixdorf betreffend den Boykott der Philharmonie. 7. Verschiedenes.

Zu dem Statuten-Entwurf sind noch folgende Anträge eingegangen: § 5a. Die Wahlen der Delegierten zu den Verbands-Generalversammlungen von Groß-Berlin sind von den örtlichen Wahlvereinen vorzunehmen. Die prozentuale Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Orte erfolgt durch den Zentralvorstand, jedoch muß jeder örtliche Wahlverein durch mindestens zwei Delegierte vertreten sein.

Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein. Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.

202/6 **Der Vorstand.** J. A.: W. Eberhardt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Merkowski, Andreas-Straße Nr. 26:

Branchen-Versammlung
aller auf
Näh-, Damenschreibtische arbeitenden Kollegen

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Beschlußfassung über unser weiteres Vorgehen.

Es ist Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.
Besonders eingeladen sind die Kollegen von: 81/18
Wagner, Admiralstr. 18a;
Machleit, Swinemünderstr. 60;
Nees, Lützowstr. 72/73;
Schmidt, Friedrichsfelde, Berlinerstr. 93.

Holzarbeiter-Verband, Metallarbeiter-Verband Vereinigung der Maler u. Lackierer, Verband der Sattler Verband der Schmiede.

Heute, Donnerstag, den 8. März 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Oeffentliche Versammlung
aller in den Wagenfabriken Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung: 1. **Welche Forderungen wollen wir in den Wagenfabriken stellen?** 2. Diskussion. 176/5

Kollegen aller Berufe! Sorgt für recht zahlreichen Besuch dieser für Euch alle so wichtigen Versammlung. Zeigt, daß es Euch ernst ist mit der Verbesserung Eurer Lage. Kein Arbeiter darf fehlen!

Die Agitationskommission der Wagenfabriken Berlins u. Umgeg.

A. WERTHEIM

KONSERVEN

Schoten extrafein 1/1 Dose 90 Pf.
Feine Schoten 1/1 Dose 52 Pf.
Schoten 1/1 Dose 38 Pf.
Schoten und Karotten 1/1 Dose 60, 1/2 Dose 35 Pf.
Karotten I 1/1 Dose 68, 1/2 Dose 40 Pf.
Karotten 1/1 Dose 48, 1/2 Dose 30 Pf.
Karotten in Streifen 1/1 D. 30 Pf.
Gemischt. Gemüse extrafein 1/1 Dose 1.25

Gemischtes Gemüse I 1/1 Dose 95, 1/2 Dose 53 Pf.
Gemischtes Gemüse 1/1 Dose 65, 1/2 Dose 38 Pf.
Grünkohl 1/1 D. 35, 1/2 Dose 23 Pf.
Weisskohl 1/1 D. 28, 1/2 D. 20 Pf.
Wirsingkohl 1/1 D. 28, 1/2 D. 20 Pf.
Kohlrabi 1/1 Dose 25 Pf.
Teltower Rüben 1/1 Dose 68, 1/2 Dose 40 Pf.

Pfefferlinge 1/1 Dose 48 Pf.
Stangen-Spargel extra stark 1/1 Dose 1.75, 1/2 Dose 93 Pf.
Stangen-Spargel Ia 1/1 Dose 1.35, 1/2 Dose 73 Pf.
Stangen-Spargel II 1/1 Dose 1.20, 1/2 Dose 65 Pf.
Stangen-Spargel III 1/1 Dose 80, 1/2 Dose 45 Pf.
Bruchspargel extra stark 1/1 Dose 1.20

Bruchspargel I 1/1 Dose 85, 1/2 Dose 48 Pf.
Champignons I 1/1 Dose 1.60, 1/2 Dose 90 Pf.
Champignons II 1/1 Dose 1.25, 1/2 Dose 70 Pf.
Tomaten-Puree 1/1 Dose 70, 1/2 Dose 40 Pf.
Tomaten ganze Frucht 1/1 Dose 70 Pf.
Schmorgurken 1/1 Dose 90 Pf.

Pfirsiche 1/1 Dose 1.30, 1/2 Dose 70 Pf.
Melangefrüchte 1/1 Dose 85, 1/2 Dose 48 Pf.
Preisselbeeren 1/1 Dose 70 Pf., Dose ca. 5 Pfd. 1.70 Mk.

Aprikosen 1/1 Dose 1.20
Rote Rüben 1/1 Dose 35, 1/2 Dose 23 Pf.
Echte Znaimer Gurken Glas 1.20
Gewürzgurken Glas 75 Pf.

Früchte in Gläsern

in dünnem Zucker

Aprikosen, Pfirsiche, Reineclauden, Mirabellen, Kirschen mit und ohne Steine, Johannisbeeren 1/1 Glas 1.15, 1/2 Glas 70 Pf.

Dunstfrüchte

Birnen, Kirschen mit Steinen, Johannisbeeren, Pflaumen ohne Steine, Stachelbeeren, Heidelbeeren Glas 55 Pf.

Bratheringe Dose 47 Pf.
Bismarckheringe Dose 47 Pf.
Heringe in Aspic Dose 40 Pf.
Delikatessheringe 1/1 Dose 83, 1/2 Dose 52 Pf.

Aal in Gelee Dose 80 Pf.
Lachs in Gelee Dose 1.10
Russ. Sardinen u. Anchovis Glas 25 Pf.
Anchovis Dose 40 Pf.
Rollmops Dose 40 Pf.

Ochsenzungen Dose 4.25
Corned Beef Dose 1.50

Französ. Sardinen

AmieuxFrères 1/4 Dose 90 Pf. 1/1 Dose 1.50
Sardinen in Tomaten 1/4 Dose 85 Pf.

Sardinen in Öl

Spezial-Marke 1/4 Dose 65 Pf.
Martell 1/4 Dose 45 Pf., 1/2 Dose 1.25, 1/1 Dose 2.20
La Rose 1/4 Dose 35 Pf.

KOLONIAL-WAREN

Victoria Erbsen Pfund 16 Pf.
Kleine Erbsen „ 14 Pf.
Prima Erbsen glaziert „ 18 Pf.
Spalterbsen gelb „ 14 Pf.
Algier Erbsen grün gespalten „ 28 Pf.
Graue Erbsen „ 25 Pf.
Grüne Erbsen „ 15 Pf.
Grosse Linsen „ 36 Pf.

Mittel Linsen Pfund 32 Pf.
Grosse Bohnen „ 24 Pf.
Mittel Bohnen „ 20 Pf.
Kleine Bohnen „ 18 Pf.
Flagoelets „ 55 Pf.
Rangoon Reis „ 16 Pf.
Japan Reis „ 20 Pf.
Java Reis Pfund 24, 30, 38 Pf.

Mais-Puder in Beuteln à 1/4 Pfd 35, 1/2 Pfd. 18 Pf.
Hafermehl ca. 1/1-Pfd-Paket 38, 1/2 Pfd. 20 Pf.
Grünkernmehl ca. 1/1-Pfd-Paket 55, 1/2 Pfd. 30 Pf.
Tapioca 1/2 Pfd.-Paket 45 Pf.

Suppentafeln: Kartoffeln, Reis, Grünkern, Erbsen gelb und grün, Linsen, Tapioca-Julienne, Bohnen, Reis-Julienne, Gersten, Gries, Hafergrütze, Kerbel, Hausmacher, Rumford, Sago Tafel 15 Pf.
Suppentafeln: Julienne-Bouillon, Krebs, Mocturtle, Curry, Frühlings, Ochsenschweif, Pilz, Tomaten u. Wildpret Tafel 24 Pf.
Erbswurst mit Speck od. Schinken 1/1-Pfd.-Wurst 28 Pf.

Backobst

Kalifornische Pflaumen Pfund 35, 40, 50, 60 Pf.
Französische Pflaumen Pfund 35, 40, 50, 60 Pf.
Gemischtes Backobst Pfund 35, 48, 65 Pf.

Kalif. Aprikosen Pfd. 55, 60 Pf.
Italien. Prünellen Pfd. 70 Pf.
Amerik. Ringäpfel Pfd. 56 Pf.
Deutsch. Maccaroni leicht gefärbt 32 Pf.
Ital. Maccaroni leicht gefärbt Pfd. 40 Pf.
Nudeln Hausmacher-Handschnitt ungefärbt Pfd. 40 Pf.

Getrocknete Gemüse

Julienne Pfund 60 Pf.
Julienne I „ 1 Mk.
Wirsingkohl „ 1.10
Weisskohl „ 1 Mk.
Rotkohl „ 90 Pf.
Grünkohl „ 90 Pf.

Deutsche Schoten Pfund 2.60
Russ. Zuckerschoten „ 1.80
Spinat „ 1.80
Schneidebohnen „ 1.50
Karotten „ 50 Pf.

Gebrannter Kaffee

Mischung	I	II	III	IV	V	VI	VII
Pfund	80 Pf.	95 Pf.	1.10	1.35	1.50	1.70	1.90 Mk.

Deutscher Kakao Pfund 90 Pf., 1.15 Mk.
Holländischer Kakao 1.80, 2.10 Mk.

Cervelat- u. Salamiwurst in Rinddarm Pfund 1.20
Plockwurst Pfund 1.10 Mk.

Apfelsinen Dutzend 40 u. 50 Pf.

WEIN inkl. Flasche

Moselwein

Obermosel 1/1 Fl. 55 Pf.
1904 Wormeldinger „ 65 Pf.
1902 Ernster Mark „ 75 Pf.
1902 Trittenheimer „ 80 Pf.
1903 Reiler Sorentberger „ 1 Mk.
1904 Winninger Destenthal 1 Mk.
1902 Piesporter Falkenberg 1.25
1903 Berncastler Fuder 20
Crescenz: Königl. Gymnasium Trier 1.40

Rhein- u. Pfalzwein

1903 Alsheimer 1/1 Fl. 70 Pf.
1901 Niersteiner „ 1.10
1901 Rüdesheimer „ 1.20
1902 Hochheimer „ 1.30
1902 Rauenthaler „ 1.60
1900 Neustädter Kies „ 1.80
1902 Deidesheimer Schloss 2.40
Original-Abfüllung F. P. Buhl, Deidesheim
1900 Wachenheim. Altenberg 2.70
Crescenz des Pfarrgutes in Wachenheim

Bordeauxwein

1901 Pauillac 1/1 Fl. 80 Pf.
1902 St. Cibard Lussac „ 95 Pf.
1902 Crû Privera „ 1 Mk.
1900 Blanquefort „ 1.20 Mk.
1900 Grand Poujeaux „ 1.40 Mk.
1900 St. Emilion 1er Crû „ 1.50 Mk.
1900 Chât. Beychevelle St. Julien 1.70 Mk.
1900 Chât. Citran grand vin 1.90 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Kaufhaus Franz Sonntag

Leipziger Strasse 75-76

am Dönhoffplatz

Eröffnung in den nächsten Tagen.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns.

Schweinfurt, 5. März 1906.

Zweiter Verhandlungstag.

Nach vielstündiger Beratung hat der Parteitag die durch die Beschlüsse in Jena notwendig gewordene Aenderung des Organisationsstatuts für die sozialdemokratische Partei in Bayern einer Revision unterzogen. Während alle anderen Paragraphen in dem vom Landesvorstand vorgelegten Entwurf ziemlich glatt erledigt wurden, kosteten die Paragraphen, die die Beitragsleistung bestimmen, heftige Kämpfe. Im Entwurf des Landesvorstandes waren 10 Pf. Grundbeitrag vorgesehen, mit einem entsprechenden lokalen Zuschlag; die verschiedenen Parteivereine dagegen wollten den Grundbeitrag, der für die Beitragsleistung nach Berlin in Betracht kommt bezw. maßgebend ist, auf 20 Pf. bezw. 25 Pf. pro Monat festgesetzt wissen. Schließlich wurde beschlossen, den Grundbeitrag auf 15 Pf. pro Monat festzusetzen; 3 Pf. (20 Prozent) davon sind für den Hauptvorstand in Berlin, 2 Pf. für den Landesvorstand in Bayern, 5 Pf. für die Gauorganisation und die übrigen 5 Pf. für die lokale Agitation bestimmt, wozu auch noch ein Lokalzuschlag von mindestens 5 Pf. pro Monat erhoben werden soll. Das neue Organisationsstatut tritt am 1. Juli in Kraft.

Nach Erstattung des Berichts über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion durch die Genossen Segitz und Adolf Müller zollte der Parteitag der Fraktion für die von zwölf Fraktionsgenossen geleistete Riesenarbeit volle Anerkennung und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Fraktion in allen Fragen, die im Landtage zur Beratung standen, eine den Grundsätzen und Forderungen der Sozialdemokratie völlig entsprechende Haltung eingenommen hat.

Ferner referierte Genosse Segitz über die Landtagswahlen, die voraussichtlich im Mai nächsten Jahres stattfinden, nachdem der jetzige Landtag nach Schaffung eines neuen Wahlgesetzes aufgelöst wird. Die Wahlen finden bei relativer Mehrheit statt. Der Parteitag nahm einstimmig folgende Resolution an:

Das nach langen Kämpfen errungene direkte Wahlrecht ermöglicht es der Sozialdemokratie in Bayern endlich, die Stimmen ihrer Anhänger genau zu zählen. Daraus ergibt sich von selbst die Notwendigkeit folgender Taktik: die sozialdemokratische Partei Bayerns tritt mit voller Selbständigkeit ohne jede Fühlung oder Verbindung mit anderen Parteien in den Wahlkampf ein. Der Schweinfurter Parteitag erklärt es für selbstverständlich, daß diese Taktik von den Parteigenossen allerwärts unbedingt eingehalten wird und daß jedem Verstoß mit allen der Partei zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten werden muß.

Ferner beschloß der Parteitag, eine Anzahl der im Landtagswahlprogramm aufgestellten Forderungen zu streichen, nachdem dieselben durch die Aenderung des Wahlgesetzes und durch andere Erfolge wirtschaftlicher Natur usw. nun erfüllt sind.

Der nächste Parteitag wird sich mit einer umfassenden Aenderung des Landtagswahl-Programms überhaupt befassen.

Nachdem der Landesvorstand bisher seinen Sitz in München hatte und bei Besetzung desselben der Landtagsfraktion ein teilweises Monopol eingeräumt war, hat der Parteitag beschlossen, in Zukunft die Mitglieder und den Sitz des Landesvorstandes selbst zu bestimmen. Genosse Timm-München hatte den Parteitag gebeten, den Sitz des Vorstandes und die Besetzung desselben durch Münchener Genossen zu belassen, da nicht alle Münchener Genossen „versumpft“ seien. (Große Heiterkeit.)

Der nächste Parteitag für Bayern findet in München statt.

Genosse v. Vollmar betonte am Ende, ob Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, die die Gemüter erhitzten, man doch in voller Einigkeit neu an das Werk gehe, dem wir alle unser Leben gewidmet haben und schloß den Parteitag mit einem Hoch auf die bayerische und auf die deutsche Sozialdemokratie.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 12. März, findet eine Wanderversammlung des Vereins statt und zwar abends 8½ Uhr in den Berolina-Sälen, Schönhauser Allee 28. Das Referat über „Kinderarbeit“ hat Ottilie Baader übernommen. Der Vorstand.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Borsigwalde und Umgegend feierte am Sonnabend, den 3. März, in Tegel in Trapps Festsälen sein erstes Stiftungsfest. Freunde und Gönner des Vereins waren so zahlreich erschienen, daß der große Saal die Massen kaum aufnehmen konnte. Die Feier wurde eingeleitet mit dem Liede „Krönt den Tag“, gesungen von dem Männergesangverein „Waldchor“ aus Borsigwalde unter persönlicher Leitung des Dirigenten Herrn Bramann. Alsdann erfreute das Vorstandsmitglied Frau Fubel durch Vortrag eines Festprologs. Dann folgten noch verschiedene Chorgesänge, Solos und Quartetts. Ein Mandolinenquartett, vorgetragen von Freunden des Vereins, fand allgemeinen Beifall. Eine Gesangsaufführung von einem Frauenchor (Mitglieder des Vereins) wurde ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen. Die schönste Ueberraschung war ein Reigenfahren, ausgeführt vom Radfahrerverein „Einigkeit“ aus Borsigwalde. Auf ihren schön ausgeputzten Rädern, einem Gespanne gleich, mit langen Bändern verbunden, durchfuhren die Radler den Saal, einer der Mitwirkenden trug ein Banner mit der Inschrift: „Strebe vorwärts, Frauenverein Tegel und Umgegend.“ Auch die Lachmuskeln kamen in Bewegung. Ein heiteres Gesangs-Duett (Frau Hiller und Frau Schiller) fand stürmischen Applaus. Das Programm, erster Teil, war erschöpft, die Tanzlustigen wurden Herrscher im Reiche und herrschten bis in die Morgenstunde hinein. Alles verlief in schönster Ordnung und ist wohl ein jeder Teilnehmer mit dem Festarrangement zufriedengestellt worden. Der starke Besuch des Festes hat gezeigt, daß noch viele Freunde des Vereins vorhanden sind, die noch Mitglieder werden können. An sie ergeht die Aufforderung, die Mitgliedschaft des Vereins zu erwerben und in Bekanntenkreisen fleißig neue Mitglieder zu werben. Die Vereinsversammlungen werden im „Vorwärts“ unter Frauenbewegung bekannt gemacht. Dieselben finden aller 14 Tage Mittwochs abwechselt in Borsigwalde und Tegel statt. In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Versammlungen.

Erster Wahlkreis. Die gut besuchte Versammlung tagte in den „Arminhallen“. Die 15 Paragraphen des Statuts des Sozialdemokratischen Kreis-Wahlvereins wurden ohne Debatte unverändert angenommen. Bei der Beratung der „Ausführungs-Bestimmungen“ entspann sich eine lebhafte Diskussion, doch wurden schließlich auch diese Bestimmungen einstimmig ohne Abänderung akzeptiert.

Nunmehr brachte Genosse Peterburs eine Resolution ein, die sich gegen den Boykott der Philharmonie ausspricht. Er begründete dieselbe damit, daß der Boykott trotz des langen Bestehens irgend welchen praktischen Erfolg nicht gezeitigt hat und durch sein Fortbestehen die Arbeiterschaft nur schädige, indem er sie verhindere, einem wirklich künstlerischen Konzert beizuwohnen. — Demgegenüber wurde von verschiedenen Rednern ausgeführt, daß den Arbeitern in Berlin genügend Säle zur Verfügung stehen, die auch ein in künstlerischer Beziehung wertvolles Konzert zu arrangieren ermöglichen. Der Wirt der Philharmonie habe seine Räumlichkeiten wiederholt anderen Parteien zur Verfügung gestellt, während er es unserer Partei stets verweigert habe. Das sei auch schon der Fall gewesen, bevor die Philharmonie zum Kunstinstitut umgebaut war. Genosse Weihnacht stellte den Antrag auf Ueberweisung der Angelegenheit an den Vorstand. Dieser Antrag wurde angenommen.

Genosse Davidsohn referierte hierauf über Moritz Hartmanns „Reimchronik des Pfaffen Mauritius“.

Der Vorsitzende Wolderski wies auf die am 11. d. M. stattfindende Urania-Vorstellung hin und schloß die Versammlung mit der dringenden Mahnung: die Mitglieder möchten sich und die anderen Genossen zur Pünktlichkeit erziehen, damit in Zukunft die Versammlungen prinzipiell um ½9 Uhr eröffnet werden könnten.

2. Wahlkreis. In der gut besuchten Generalversammlung, die am 6. d. M. im Hofjägerpalast, Hasenheide 52/53, tagte, hielt Genosse Ströbel einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Weltpolitik“. Referent wies ziffernmäßig nach, daß die ungeheuren Kosten derselben, die Ausgaben für den Chinafeldzug, die Kolonien und Kolonialkriege usw. in gar keinem Verhältnisse zu den Erträgen stehe, die selbst nach Ansicht der Kolonialenthusiasten jemals aus den Kolonien zu erwarten seien. Auch die stetig zunehmenden Kosten der Flotte sind durch die Weltpolitik bedingt. Die Flotte diene nicht dem Schutze des Handels, da neun Zehntel unserer Ausfuhr nach europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten von Nordamerika gehe. Redner ging dann auf den Marokko-Konflikt ein, den englisch-französischen Marokkovertrag, die Kaiserreise nach Tanger und die dadurch hervorgerufene Beunruhigung in Frankreich. Als Ergebnis der jetzt tagenden Marokko-Konferenz bezeichnet er allgemeines Mißtrauen gegen Deutschland. Es sei Pflicht des Proletariats, auch in der Weltpolitik mitzusprechen, dafür zu sorgen, daß die Weltpolitik nicht mehr allein in der Wilhelmstraße, sondern trotz Bülow „in der Hasenheide“ gemacht werde.

Bei der Beratung des allen Berliner Wahlkreisen gemeinsamen Statuts wurden die §§ 1—4 unverändert angenommen; zu § 5 Absatz 1 wurde eine redaktionelle Aenderung beschlossen. Bei Beratung des § 6 Absatz 2 entspann sich eine längere Debatte, an der sich Ohler, Vogelsang, Molse, Lindenblatt, Reimann, Hensel, Rickert, Gudrian und Lewinson beteiligten. Beschlossen wurde, die Mitglieder zu verpflichten, sich den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaftsorganisationen anzuschließen. Die §§ 7—15 wurden unverändert angenommen, ebenso das ganze Statut mit den beschlossenen Abänderungen.

Der Organisationsplan für den 2. Kreis und die Geschäftsordnung wurden en bloc angenommen. Ferner wurde beschlossen, den Bezirksführern (bezw. den Bezirken) und sonstigen Funktionären auf Vereinskosten die „Neue Zeit“ zu liefern. Gegen die Mitglieder Adolf Herzog und Hugo Schneider wurde die Einleitung des Verfahrens auf Ausschluß aus der Partei beschlossen. Der Schriftsteller Georg Bernhard ist wegen längeren Restierens in der Mitgliederliste gestrichen. Bei der Abstimmung über den Philharmonie-Boykott haben sich von 138 Bezirken des 2. Kreises 116 für, 9 gegen Aufrechterhaltung des Boykotts ausgesprochen; von 10 Bezirken ist kein Resultat eingegangen, 3 Bezirke haben sich für Ausdehnung des Boykotts auf den persönlichen Verkehr erklärt.

Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Wahlkreis tagte am Dienstag im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Das Normalstatut für die acht Kreiswahlvereine von Groß-Berlin wurde mit einer unerheblichen Aenderung angenommen. Von den dann beratenen Ausführungsbestimmungen für den „Sozialdemokratischen Wahlverein des 3. Berliner Reichstagswahlkreises“, welcher Name für den Verein festgestellt wurde, führte zu einer eigentlichen Debatte, namentlich der § 5. Als Absatz 1 dieses Paragraphen war vorgeschlagen: „Als Vereinsfunktionäre können nur Mitglieder gewählt werden, welche wenigstens 1 Jahr einer sozialdemokratischen Organisation angehören“. Nach lebhafter Erörterung eines bezüglichen Zusatzantrages wurde der Absatz dahin geändert, daß die betreffenden Mitglieder wenigstens ein Jahr einer sozialdemokratischen Organisation und, soweit es ihnen möglich ist, einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müssen. — Nach § 14 muß der Vorstand wenigstens alle drei Monate eine Besprechung sämtlicher Bezirksführer und Vereinsfunktionäre des Kreises einberufen, um hier alle neu eingelaufenen Anträge, sowie seine Maßnahmen zu unterbreiten. Hierzu wurde aus der Versammlung beantragt, die Teilnehmer an diesen Zusammenkünften an die dort gefaßten Beschlüsse nur bis zum Beginn der Generalversammlung, in der die Angelegenheiten zur Sprache kommen, zu binden. — Der Antrag wurde abgelehnt. Die übrigen Bestimmungen wurden ohne Debatte nach den vorliegenden Vorschlägen angenommen.

Darauf erledigte man einige Ausschlußangelegenheiten. Genosse Gehrmann stellt und begründet folgende Resolution:

„Die Versammlung bedauert auf das lebhafteste die schwache Besetzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anläßlich der Borussia-Interpellation, durch die eine sofortige Besprechung unmöglich wurde. Die Versammelten erwarten, daß bei späteren Interpellationen unsere Fraktion so vertreten sein wird, daß ein ähnliches Vorkommnis ausgeschlossen bleibt.“

Der Redner bezeichnet den bekannten Vorgang als einen Schlag ins Gesicht unserer Agitationsarbeit, wie er dieser gröblicher nicht versetzt werden konnte. Die Genossen, die die ganze Agitationsarbeit machten, müßten von denen, welche die höchsten Parteiämter übertragen bekämen, verlangen, daß sie ihre Aufträge auch durchführten. Dagegen hätten sich hier die meisten Fraktionsmitglieder und leider auch der Abgeordnete des dritten Kreises vergangen.

Reichstagsabgeordneter Heine bittet ebenfalls, den Antrag anzunehmen. Er sei ihm durchaus sympatisch, wenn auch er gestehen müsse, sich ebenfalls jenes Vergehens schuldig gemacht zu haben, indem er infolge eines Gerichtstermins trotz Zuhülfenahme einer Droschke 10 Minuten zu spät gekommen sei. Wenn auch hervorgerufen durch ein Zusammentreffen unglücklicher Zufälle, sei doch das Vorkommnis peinlich und beschämend gewesen. Redner schildert die Gepflogenheiten im Reichstag, aus denen die meisten Fraktionsmitglieder geschlossen hätten, die Regierung würde sich in diesem Falle gleich zur Beantwortung bereit finden und so die Besprechung ohne weiteres ermöglichen, so daß die Abgeordneten etwas später auch noch zurecht gekommen wären. Mit der Ablehnung der Beantwortung habe niemand gerechnet, auch der Fraktionsvorstand nicht. Immerhin handele es sich um einen Fehler, der nicht wieder vorkommen werde bei der Fraktion, bei ihm gewiß nicht.

Nachdem noch Heilmann und B. Maaß kurz zu der Sache gesprochen hatten, wurde die Resolution Gehrmann angenommen.

Vierter Wahlkreis. In der Generalversammlung des Wahlvereins, die Kellers großen Saal füllte, gaben zunächst die Vertrauensmänner ihre Kassenberichte, die sich auf die Zeit vom 15. November 1904 bis zum 31. Dezember 1905 erstreckten. Genosse Jöchel vom Südosten des Wahlkreises hatte samt dem alten Bestand von 3230,50 M. 36 007,54 M. Einnahmen zu verzeichnen, denen die gleiche Ausgabensumme gegenübersteht. Dem Parteivorstand wurden 26 500 M., der Agitationskommission 2523,14 Mark überwiesen. An außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben waren noch zu verzeichnen auf den Listen zum Bergarbeiterstreik 8000 M. und für die Opfer des russischen Freiheitskampfes 9785,75 Mark, so daß die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben 53 793,30 M. beträgt. Genosse Franke vom Osten des Kreises hatte samt dem alten Bestand von 618,08 M. 65 932,59 M. Einnahmen zu verzeichnen und 65 279,96 M. Ausgaben. Der Ueberschuß von 652,63 M. ist dem Kassierer des einheitlichen Wahlvereins für den vierten Wahlkreis überwiesen worden. Unter den Ausgaben sind 29 500 M., die dem Parteivorstand, 1125 M., die der Agitationskommission und 839,60 M., die den ländlichen Kreisen überwiesen wurden. Die Generalversammlung erteilte beiden Vertrauensmännern einstimmig Decharge.

Hierauf folgte die Beratung des Statuts, die durch den Genossen Mann eingeleitet wurde, der die Aenderungen, die der Entwurf den alten Statuten gegenüber aufweist, kurz begründete. Zum Paragraphen 3 des Entwurfs äußerte Eugen Brückner den Wunsch, es möge ausdrücklich bestimmt werden, daß die Wahlen zu Vertrauensämtern der Partei, besonders die der Delegierten zu den Parteitagen, in den Generalversammlungen des Wahlvereins erfolgen sollen. Der Paragraph wurde jedoch in der vorgeschlagenen Fassung angenommen, nachdem die Genossen Jentsch, Mann und Hoffmann erklärt hatten, daß eine solche Bestimmung überflüssig sei, da ja schon das Organisationsstatut der Partei bestimme, daß alle Angelegenheiten der Partei in den Wahlvereinen geregelt werden, und außerdem der Vorstand und Aktionsausschuß einstimmig die Ansicht geäußert hätten, daß diese Wahlen nur in den Generalversammlungen der Vereine stattfinden sollen. Eine längere Debatte entspann sich auch über die Bestimmung im Paragraphen 6, daß es den Mitgliedern zur Pflicht gemacht wird, sich „nach Möglichkeit“ der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Hierzu wurde beantragt, die Worte „nach Möglichkeit“ zu streichen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt und auch dieser Paragraph wurde in der vorgeschlagenen Fassung gut geheißen. Eine Aenderung wurde nur zum Paragraphen 10 beschlossen, der von den Kassenrevisoren handelt. Hier wurde auf Antrag Eugen Brückners der Satz eingefügt: „Außerdem sind die Revisoren verpflichtet, mindestens halbjährlich einmal eine außerordentliche Revision vorzunehmen.“ Im übrigen wurde der Entwurf unverändert angenommen, nachdem ein Zusatzantrag zum Paragraphen 11, zu bestimmen, daß Mitgliedern, die länger als 4 Wochen krank oder arbeitslos sind, der „Vorwärts“ unentgeltlich geliefert werde, durch die Mitteilung des Genossen Hoffmann, daß laut Beschluß des Vorstandes des Verbandes, Genossen, die mindestens 3 Jahre einem Wahlverein angehören und länger als 3 Monate krank oder arbeitslos sind, den „Vorwärts“ unentgeltlich erhalten, hinfällig geworden war.

Die Ausführungsbestimmungen wurden ohne Aenderungen, die Geschäftsordnung mit einer kleinen Aenderung angenommen.

Die Generalversammlung befaßte sich sodann mit einem Antrag des Vorstandes, gegen ein Mitglied das Verfahren nach Paragraph 27 des Organisationsstatuts einzuleiten. Der Antrag wurde angenommen.

Ein Antrag des Genossen Grubert, der Besuch der Philharmonie möge bei Konzerten, die von Vereinen zu volkstümlichen Preisen veranstaltet werden, freigegeben werden, wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen auf eine demnächst stattfindende außerordentliche Generalversammlung vertagt.

Fünfter Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag im „Alten Schützenhaus“ seine Generalversammlung ab. Nach Aufnahme von 45 neuen Mitgliedern wurde in die Beratung der Entwürfe des Kreis-Normalstatuts und der für den 5. Wahlkreis maßgebenden Ausführungsbestimmungen dazu eingetreten. In der Diskussion gingen die Meinungen besonders darüber auseinander, ob es nicht angebracht erscheine, den Mitgliedern der politischen Organisation statutarisch die direkte Pflicht zum Abonnement auf den „Vorwärts“ aufzuerlegen. Schließlich aber gewann die Ueberzeugung Oberhand, daß eine solche Bestimmung vorläufig noch nicht durchführbar sei. Mit Befriedigung äußerten sich die meisten Redner dann über den Passus, der eine zweijährige Zugehörigkeit zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation für Vorstandsmitglieder vorsieht. Neu eingefügt wurde in die Ausführungsbestimmungen nur der Zusatz, daß den Revisoren bei den Vorstandssitzungen nicht beschließende, sondern nur beratende Stimme eingeräumt werden soll. Mit dieser Abänderung wurden beide Statutenentwürfe fast einstimmig angenommen.

Im Verschiedenen entspann sich eine Debatte über den Wert oder Unwert sozialdemokratischer Diskutierklubs. Wels bemängelte, daß der Diskutierklub „Vorwärts“ sich bei seinen Mitgliederwerbungen den Anstrich einer gewissermaßen offiziellen Parteiorganisation zu geben suche, weil in einem Einladungszettel desselben betont werde, der Klub sei „in Anlehnung an die bestehende Organisation“ für den 5. Kreis gegründet worden. Eine derartige Fassung könne leicht verwirrend auf die Parteigenossen wirken. Es müsse unbedingt daran festgehalten werden, daß nur der Wahlverein als einzige bestehende Parteiorganisation in Frage kommen könne. Im übrigen seien die Diskutierklubs nur von sehr problematischem Wert. Sie fördern die Zersplitterung und lenken die Genossen von der politischen und gewerkschaftlichen Kleinarbeit ab. In bezug auf Verbreitung und Vertiefung von Bildung aber seien sie auch leistungsunfähig. Was der Arbeiter-Bildungsschule schon schwer falle, das müsse den Diskutierklubs bei ihren geringen Mitteln erst recht schwer fallen. Deshalb könne er die Wissenschaft, die in den Diskutierklubs gelehrt werde, auch nur als Afterwissenschaft bezeichnen. Damit den Wahlvereinsmitgliedern hinlänglich Gelegenheit zum Diskutieren geboten werde, dafür seien ja die Zahlabende eingerichtet worden. Wer sich bilden wolle, der brauche nur ernsthaft in den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen mitzuarbeiten. Wenn er dann noch Zeit übrig habe, so stehe es ihm jederzeit frei, der Arbeiter-Bildungsschule beizutreten. Das sei jedenfalls besser, als seine Zeit in einem Diskutierklub hinzubringen.

Zucht schloß sich diesen Ausführungen im wesentlichen an und rügte es, daß von dem Leiter des Klubs „Vorwärts“ die Mitgliederlisten des Wahlvereins zur Werbung von Klubmitgliedern benutzt worden seien. — Weise, als Leiter des Klubs, verwahrte sich gegen den von Zucht erhobenen Vorwurf und hob die Nützlichkeit der Diskutierklubs im allgemeinen hervor. An lehrreichen Vorträgen werde im Wahlverein zu wenig geboten, und die Zahlabende könnten dem Bildungsbedürfnis durchaus nicht genügen. Regge verlangte hierauf, daß der Vorstand mehr zur Bildung der Mitglieder im Wahlverein und auf den Zahlabenden tun solle; dann würden sich auch die Diskutierklubs als überflüssig erweisen, wofür er solche auch halte. Liepmann und Zucht erklärten dazu im Namen des Vorstandes, daß dieser dem Wunsche Reggeſ nach Möglichkeit Rechnung tragen werde. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Sechster Wahlkreis. Im Moabiter Gesellschaftshaus sprach Genosse Molkenbuhr am Dienstag über das Thema: „Staatskünstlerpraktiken im Klassenstaat.“ Der Redner unterzog die Staatsmänner und ihre Kunst, vor der mancher im Volke einen so großen Respekt hat, einer scharfen Kritik. Die Staatskünstler sind die Verteidiger des Bestehenden, die im Dienste des Klassenstaates alle Künste aufwenden, den Kulturfortschritt zu hemmen. Dieser Klassenstaat ist begründet auf schrankenlose Ausbeutung des Arbeiters. Alle Pflichten und Lasten des Staates dem Armen zum größten Teil aufzubürden, darin versuchen sich die Staatskünstler nach Kräften. Sie bekämpfen die freie Meinungsäußerung, weil sie die Kritik und das erwachende Selbstbewußtsein der Unterdrückten fürchten. Je mehr Rechte der Arbeiter sich erwirbt, desto selbstbewußter wird er, und sein Selbstbewußtsein ist Klassenbewußtsein. Die Staatskünstler versuchen, die Arbeiter aus der Gesetzgebung fernzuhalten. Im Klasseninteresse handeln sie mit den verwerflichsten Mitteln, um die Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Der Redner streifte hierbei den neuesten Skandal der politischen Polizei in Berlin, und die Versammlung gab ihrer Entrüstung lauten Ausdruck. Im weiteren Verlaufe der Rede wurde dann die auswärtige Politik der deutschen Staatskünstler ins rechte Licht gerückt. Die deutsche Arbeiterklasse versteht die Zeit, in der sie lebt und hat sich zu einem mächtigen politischen Faktor entwickelt. Die Gegensätze verschärfen sich immer mehr, die Organisation der Arbeiter

wird mächtiger und immer besser ausgebildet und die Fortentwickelung der Verhältnisse wird den Bankerott der Staatskünstler herbeiführen. —

Dem Vortrage folgte keine Diskussion, und die Versammlung ging zum 2. Punkt der Tagesordnung, Statutenberatung, über. Das Statut des Sozialdemokratischen Kreis-Wahlvereins fand die Zustimmung der Versammlung, nur im § 11 wurde die Aenderung vorgenommen, daß jedes Mitglied die Pflicht habe, den „Vorwärts" zu abonnieren und für möglichste Verbreitung Sorge zu tragen. Zu den Ausführungsbestimmungen wurden drei kleine Aenderungen als Material an den Vorstand überwiesen.

Die Angestellten der städtischen Badeanstalten versammelten sich am Sonntag bei Voigt, Ritterstraße 75. Dr. Friedeberg hielt einen Vortrag über: „Das Herz und seine Funktionen". Das Thema, das im Anschluß an den Unglücksfall in der Bärwaldstraße gewählt wurde, fand im vollsten Maße die Zustimmung der Versammelten. Redner führte aus, daß es zwei Möglichkeiten gebe, die den Tod im Wasser herbeiführen können. Entweder trete ein Stillstand des Herzens, also ein Herzschlag ein, oder eine Erschlaffung der Herznerven, die dann naturgemäß den Tod durch Erstickung herbeiführen müssen. Wenn die letzte Möglichkeit eintrete, so wäre eventuell ein derartiger Fall durch eine bessere Beaufsichtigung des Schwimmbassins zu vermeiden. Alsdann wurden die Mitglieder des Arbeiterausschusses beauftragt, eine Sitzung bei der Deputation mit folgender Tagesordnung zu beantragen: 1. Neuregelung des Dienstes und der Dienstzeit. 2. Regelung der freien Tage. 3. Behandlung der Angestellten. Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten wurden nachstehende Anträge gestellt. Die Dienstzeit der Angestellten beträgt täglich zehn Stunden exklusive Mittagspause. Alle Arbeiten, die nicht zu dem Dienste eines Badewärters resp. einer Wärterin gehören, kommen in Fortfall. Als da sind: Malerarbeiten, Kesselhausarbeiten, Filterreinigen, Schneefegen, Dienst in der Wäscherei. Für die Reinigung des Schwimmbassins wird nach Muster der Charlottenburger Anstalt besonderes Personal gestellt. Der halbe Tag für die Aushülfsfrauen darf 5 Stunden nicht überschreiten. Am ersten und zweiten Feiertag der drei hohen Feste bleiben die Anstalten geschlossen. An den Sonntagen wird die Kasse vormittags um 10 Uhr geschlossen. Eine größere Reinung der Stationen an den Sonntagen nach Beendigung der Badezeit findet nicht statt. Der Arbeitswechsel der Badewärter und -Wärterinnen findet auf den einzelnen Stationen monatlich statt. In jeder Woche erhält jeder Angestellte einen vollen freien Tag. Die Behandlung der Angestellten seitens der Vorgesetzten hat in sachlicher und ruhiger Weise zu geschehen. Das Zurechtweisen ist im Beisein von Badegästen zu unterlassen. Diesbezügliche Zurechtweisungen resp. Vernehmungen haben im Amtszimmer stattzufinden. Nach eingehender Diskussion wurden die Anträge einstimmig von der Versammlung angenommen.

Gerichts-Zeitung.

Verführung eines unbescholtenen Mädchens unter 16 Jahren bedroht § 182 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis von 1 Tage bis zu 1 Jahre, wenn die Eltern oder der Vormund Strafantrag stellen. Selten wird von diesem Antragsrecht Gebrauch gemacht. Eine Ausnahme beschäftigte gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, Buchhalter Georg Gutscher, war als Buchhalter bei einem Hauseigentümer und Fuhrherrn beschäftigt und knüpfte mit der Tochter seines Brotherrn ein Liebesverhältnis an, das nicht ohne Folgen geblieben ist. Der Angeklagte behauptete, daß er der eigentlich Verführte sei. Sie sei ihm förmlich nachgelaufen und habe ihm fast täglich erzählt, daß sie von ihrer Mutter mißhandelt und gescholten würde und alles mögliche anstellen wolle, um aus dem elterlichen Hause zu kommen. Sie habe ihm auch gesagt, daß sie 17 Jahre und nicht mehr unschuldig sei. Auf Grund der unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefundenen Beweisaufnahme verurteilte das Gericht den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis, wobei es berücksichtigte, daß das Mädchen dem Angeklagten allerdings sehr entgegengekommen sei. — Die ungeheuren Nachteile, die ein in der Entwickelung begriffenes Kind durch die Ausnutzung seiner Unerfahrenheit durch Verführung erleidet, rechtfertigen eine hohe Strafe. Ebenso ist mit Fug und Recht auf das Entgegenkommen des Kindes Rücksicht nicht genommen. Denn eben die Unerfahrenheit eines zum Entgegenkommen bereiten Mädchens wollte der Gesetzgeber schützen. Vorteilhaft sticht dies Urteil von jenen ab, in denen geringfügige Strafen oder gar Freisprechungen in Fällen ausgesprochen wurden, in denen Dienstmädchen verführt oder gar genotzüchtigt wurden. Freilich der gestern abgeurteilte Fall betraf die Tochter eines nicht unvermögenden Fuhrherrn.

Eine Revolveraffäre, welche seinerzeit einiges Aufsehen erregte, lag gestern einer Anklage wegen Bedrohung zugrunde, die vor dem Schöffengericht I zur Verhandlung kam. Angeklagt war der frühere Phonographenfabrikant, jetzige Rentier Wilhelm Bahre. — Am Nachmittage des 22. August vorigen Jahres krachten auf der Mittelpromenade der Bülowstraße plötzlich zwei Schüsse, denen gellende Hülferufe folgten. Als Passanten hinzueilten und einem älteren Herren die noch rauchende Waffe aus der Hand nahmen, während andere sich um eine anscheinend unverletzt gebliebene und nur ohnmächtig gewordene Dame bemühten, erkannte man bald, daß es sich um den Abschluß einer Liebesgeschichte handelte. Es war der Angeklagte, der auf seine frühere Verkäuferin, ein Fräulein Anna B., geschossen hatte. Mit dem Fräulein unterhielt der Angeklagte früher ein Liebesverhältnis. Er brach es ab, fürchtete sich von da ab aber vor Verfolgungen. Zu seinem Schutze trug B. einen fünfzig Pfund schweren, aus Stahlplatten zusammengesetzten Panzer unter der Kleidung, auch führte er stets zwei scharf geladene Zentralfeuerrevolver bei sich. Am 22. August will der Angeklagte, wie er vor Gericht behauptete, die B. zufällig in der Bülowstraße getroffen haben. Als sie ihn gesehen habe, habe er sich durch eine verdächtige Bewegung ihrerseits veranlaßt gefühlt, seinen Revolver zu ziehen und zwei Schüsse in die Luft abzugeben, um die B. von einem etwaigen Angriff zurückzuschrecken. Irgend eine Verletzung der B. habe er keinesfalls beabsichtigt. — Bald nach der Tat wurde Bahn unter dem Verdacht des versuchten Mordes verhaftet, jedoch nach kurzer Zeit wieder entlassen, da die B. selbst nicht angeben konnte, daß B. auf sie geschossen habe. Es wurde deshalb nur Anklage wegen Bedrohung erhoben. Dr. Störmer bezeichnete den Angeklagten als einen durch verschiedene Vorgänge völlig nervösen Mann. Das Gericht nahm deshalb von einer Freiheitsstrafe Abstand und erkannte auf 300 M. Geldstrafe eventuell 60 Tage Gefängnis.

Vermischtes.

Der Panamakanal soll ein Schleusenkanal werden, wie der Präsident Roosevelt in einer Botschaft an den Kongreß befürwortet. Der höchste Wasserspiegel des Kanals würde sich 85 Fuß über dem Meeresspiegel erheben. Die Kosten werden auf 140 Millionen Dollar berechnet und in 8½ Jahren könnte der Kanal vollendet sein. Bei einem Niveaukanal, der aus der Landenge von Panama eine Meerenge machen würde, sollen die Kosten 250 Millionen Dollar betragen und der Kanal würde vielleicht erst in 20 Jahren fertig sein. Der Rat der Sachverständigen, der sich mit dieser Frage eingehend beschäftigte, hatte sich für einen Niveaukanal entschieden. Alle europäischen Fachmänner in diesem Rat waren gegen den Schleusenkanal, weil ein Werk, für die Jahrtausende gebaut, nicht Stückwerk sein dürfte. Die Amerikaner hatten sich dem Wunsche Roosevelts und des Kriegssekretärs Taft gefügt, da u. a. auch militärische Erwägungen mitsprechen sollten.

Mörder und Räuber gibt es in Chicago mehr als in irgend einer anderen Stadt der Vereinigten Staaten, vielleicht der ganzen Welt. Nach der „Chicago Tribune" wurden im Januar und Februar d. J. 22 Mordtaten, 840 Einbrüche und 210 Raubanfälle bei der Polizei angemeldet. Nach Chicago kommt New York mit 18 Mordtaten, 400 Einbrüchen und 216 Raubanfällen während derselben Zeit.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands, Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 8. März cr., abends 9½ Uhr, Rosenthalerstraße 11/12: Versammlung. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Am 9. März d. J. abends 8½ Uhr spricht Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum vor dem Sozialwissenschaftlichen Verein zu Berlin, Königsäle, Bülowstr. 37/40, über: „Die Gemeinde und ihre Arbeiter".

Eingegangene Druckschriften.

Die „Neue Gesellschaft". Sozialistische Wochenschrift. Heft 10. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M. — Verlag der „Neuen Gesellschaft", Berlin W. 15.

Monatsschrift für christliche Sozialreform. Durch die Post und den Buchhandel sowie direkt durch den Verlag. Adresse für Deutschland und Oesterreich: Bäßler u. Drexler, Lottstetten, Amt Waldshut, Baden. Zu beziehen halbjährlich 3,20 M. Einzelheft 80 Pf.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Neue Folge des Archivs für soziale Gesetzgebung und Statistik. Herausgeber: Prof. W. Sombart, Prof. M. Weber und E. Jaffé. 12. Band. 1. Heft. Preis geh. 1,60 M. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

„The National Review" (März-Nummer) enthält u. a.: „Die Trade-Unions und das Gesetz" von Prof. W. J. Ashley.

Thomas Carlyle, Die französische Revolution. Neue illustrierte Ausgabe. Herausgegeben von Theodor Rehtwisch. Mit fast 500 szenischen Bildern, Porträts, Karikaturen, Handschriften usw. nach zeitgenössischen Vorlagen. Erscheint in 40 Lieferungen, Lexikonformat, a 50 Pf. Verlag von Georg Wigand in Leipzig.

Soziale Medizin und Hygiene. Nr. 3. Redigiert von Dr. M. Fürst und Dr. R. Jaffé. Monatlich ein Heft. Preis halbjährlich 8 M. — Verlag Leopold Voß, Hamburg.

P. Lic. Bohn. Die Münchener „Jugend" und die neue Moral. 16 Seiten. Preis 30 Pf. Verlag A. Dartsch, Berlin, Yorkstr. 90.

Michael Proestler. Epochemachende Entdeckung! Die Lösung des Problems der Preisbewegungen an den Produkten- und Effektenbörsen. 24 Seiten. Verlag: Kgl. Universitätsdruckerei, H. Stürtz, Würzburg.

Dr. Leon Zeitlin. Dr. Gottlieb Schnapper-Arndt, Vorträge und Aufsätze. 320 Seiten. Preis 6 M., geb. 7,50. Verlag, H. Lauppsche Buchhandlung, Tübingen.

Ma Do Hün. China. Erläuterungen. 87 Seiten. Verlag der „National-Zeitung", Berlin.

W. Follmer. Die deutschen Kolonien. Monatsschrift des deutschvolklichen Kolonialvereins. Preis jährlich 6 M. Einzelheft 60 Pf. Verlag W. Süsserott, Berlin W. 30.

Dr. E. Kolepp. Die Fettleibigkeit, ihre Entstehung, Verhütung und naturgemäße Behandlung. 1 M. — **Dr. med. Paczkowski.** Reinigung, Auffrischung, Verjüngung des Blutes durch Kräuter. 1,50 M. Verlag, Edm. Demme, Leipzig.

Witterungsübersicht vom 7. März 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	764	W	3	halb bd.	10	Haparanda	737	N	2	wolkenl	−12
Hamburg	767	WSW	5	bedeckt	7	Petersburg	743	SW	2	wolkenl	−2
Berlin	767	W	4	heiter	10	Scilly	770	S	3	Nebel	10
Frankf. a. M.	774	SW	2	wolkenl	6	Aberdeen	756	SW	4	bedeckt	10
München	776	SW	4	wolkenl	4	Paris	773	SSW	2	wolkenl	2
Wien	776	WSW	2	wolkenl	11						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 8. März 1906.

Warm, jedoch vielfach wolkig mit etwas Regen und lebhaften westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 6. März. Elbe bei Aussig + 2,08 Meter, bei Dresden — 0,76 Meter, bei Magdeburg + 3,19 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 2,90 Meter. — Oder bei Ratibor + 2,15 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,04 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,28 Meter, bei Frankfurt + 1,70 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 3,84 Meter. — Warthe bei Posen + 1,54 Meter. — Netze bei Usch + 1,40 Meter.

WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Donnerstag, Freitag, Sonnabend — Soweit der Vorrat reicht

Damen-Konfektion

Gummipaletots dunkelgrau meliert, mit kleiner Pellerine, gute wasserdichte Ware 17⁵⁰

Paletots für das Frühjahr aus Stoffen engl. Charakters, ³/₄ lang 11⁸⁵ 15⁵⁰ 18⁵⁰

Paletots aus Stoffen engl. Charakters, ganz auf Seide. Letzte Neuheit! Hochelegant 25⁵⁰

Kleiderrock fussfrei, aus blauem Cheviot und Stoffen engl. Charakters 3³⁵ 5⁸⁵ 6⁸⁵

Kleiderrock aus gutem schwarzen Cheviot, gefüttert, hübsch besetzt 5³⁵

Blusen Hemdfaçon, aus gestreiften Wollstoffen, modernste Façons 3⁷⁵ 4⁸⁵ 6⁷⁵

Ein grosser Posten Blusen aus guter Seide, elegantem gemusterten Sammet und Fa. Wollstoff, gefüttert und ungefüttert. Weit unter regulärem Preis 11⁷⁵

Ein Posten Seidenblusen bis zu den eleg., zum Teil unter der Hälfte d. Preises 15⁵⁰ 19⁷⁵ 25⁰⁰

Kostüme aus guten Stoffen, modernste Façons jetzt 14⁵⁰ 18⁷⁵ 28⁵⁰

Kostüme aus gutem Tuch, moderne Jackettfaçon, Rock auf Alpacca, Jackett auf Seide, schwarz und farbig 35⁰⁰

Damen-Hüte

Garnierte Damenhüte (Saison-Neuheiten) 9⁰⁰ 12⁰⁰ 15⁰⁰ 20⁰⁰ bis 60⁰⁰

Ungarnierte Damenhüte elegante Formen aus glattem Bast, Rosshaar und Fantasie-Geflechten 2²⁵ 2⁷⁵ 3⁵⁰ bis 10⁰⁰

Der Grosse Seiden- und Kleiderstoff-Verkauf findet nur bis Sonnabend, den 10. März statt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 8. März.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Zar und Zimmermann.
Schauspielhaus. Narziß.
Deutsches. Der Graf von Charolais.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Berliner. Onkel Wanja.
Westen. Schützenliesel.
Kleines. Antigone.

Anfang 8 Uhr:

Lessing. Der Ruf des Lebens.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Vogel im Käfig.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Zentral. Der Vogelhändler.
Metropol. Auf ins Metropol.
Walhalla. Heinrich Heine. Die Ballhaus-Anna.
Residenz. Der Prinzgemahl.
Trianon. Loulou.
Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba.
Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle.
Thalia. Bis früh um Fünfe.
Luisen. Die lustigen Weiber von Windsor.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kasino. Die Herren Söhne.
Apollo. Die Insel Tulipatan. Spezialitäten.
Herrnfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Folies Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Der Beheme.
Wintergarten. Saharet: „Die Kaiserin der Sahara". — Spezialitäten.
Belle-Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Am Golf von Neapel. 8 Uhr im Hörsaal: Dr. Thesing: Die Bakterien und ihr Leben.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

Berliner Theater.

Abends 7½ Uhr: Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters.

Onkel Wanja.

Freitag: Nachtasyl.
Sonnabend zum erstenmal: Drei Schwestern.

Neues Theater.

Anfang 7½ Uhr.

Ein Sommernachtstraum.

Freitag: Liebesleute (Amants).
Sonnabend, Sonntag:

Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater.

Zum erstenmal:

Antigone

von Sophokles. Deutsch v. Vollmöller (drei Akte). Regie: Hans Oberländer. Anfang 7½ Uhr.

Freitag: Antigone.

Zentral-Theater.

(Operette.) 8 Uhr:

Der Vogelhändler.

Komische Oper.

Abends 8 Uhr:

Hoffmanns Erzählungen.

Freitag: Don Pasquale.
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr ermäßigte Preise: Hoffmanns Erzählungen.
Abends 8 Uhr: Don Pasquale.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Die lustigen Weiber von Windsor.

Freitag zum erstenmal: Die Haubenlerche.
Sonnabend: Das Lumpengesindel.
Sonntag nachm.: Graf Essex.
Abends: Die Haubenlerche.
Montag: Graf Essex.

Deutsch-Amerikanisches THEATER. Jeden Abend 8 Uhr!! Gastspiel **Ad. Philipp.** Zum 76. Male: **ER & ICH**
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

Lustspielhaus.

Allabendlich 8 Uhr:

Der Weg zur Hölle.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns
Koloratursängerin.
Geschwister Fiokati, Gesang und Tanz-Duo.
Fritz Schönbauer mit seinen lustigen Geschichten.
14 originelle Spezialitäten.

Urania Taubenstr. 48/49.

Abends 8 Uhr:

Am Golf von Neapel.

Hörsaal 8 Uhr: Dr. Thesing: Die Bakterien und ihr Leben.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Apollo-Theater.

Täglich:
Das große glänzende Spezialitäten-Programm
und Insel Tulipatan, Operette.
Sonnabend, den 10. März cr.: Zum ersten Male:
Das bummelnde Berlin
von Jacobson. Musik von Nelson.
Sonntag nachm. 3 Uhr ermäßigte Preise: Berliner Luft und Spezialitäten.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.

!Auf – in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Walhalla-Theater

Heinrich Heine.
Lustspiel in 3 Akten von A. Mels.
Hierauf:
Die Ballhaus-Anna.
Posse m. Ges. i. 2 Akt. v. Daun u. Haskel.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute zum 129. Male, morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Kanrof und J. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Die lebende Brücke auf Kuba.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung (kleine Preise): Einmalige Aufführung: **Max und Moritz.** Eine Bubengeschichte in 7 Streichen von W. Busch.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Auf vielfachen Wunsch:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten von E. Rieck. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Freitag: Im Tode vereint.

Folies Caprice

Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132,
Ecke Friedrichstraße.
Zum 172. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: **Der Beheme**
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenteil.
Anfang 8 Uhr.
Vorverk. tägl. b. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vormittags an.

WINTER GARTEN

Neues Programm.
Saharet
in der Burleske
„Die Kaiserin der Sahara."
Alonzo Bracco-Truppe, spanische Akrobaten.
Madame Lo, lebende Bilder.
Franco Piper, Banjo-Virtuose.
„Rokoko"-Ballett v. d. John Tiller-Co., London.
Newhouse und Ward, kom. Radfahr.
Alexia, Pariser Tänzerin.
Die 4 Rassos, Luftgymnastiker.
Gabriele Modl, Soubrette.
De Biere, Zauberkünstler.
Emil Sondermann.
Der Biograph.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, den 8. März cr.:
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Die Hochzeit von Valeni.
Schauspiel in 4 Aufzügen von G... hofer und Bocinet.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die Herren Söhne.
Volksstück in drei Akten von Walter u. Stein.
Vorher das **neue bunte Märzprogramm.**
Sonntag 4 Uhr: Die goldene Brücke.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Vogel im Käfig.** Schausp. in 5 Akten v. St. Großmann.
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Macht der Finsternis.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Ueber unsere Kraft.** (2. Teil).

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Ueber unsere Kraft.** (2. Teil). Schauspiel in 4 Aufz. von Björnstjerne Björnson.
Freitag, abends 8 Uhr: **Zwei glückliche Tage.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Vogel im Käfig.**

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 11. März, nachmittags 2½ Uhr:

Metropol-Theater. 3./4. Abteilung
Kater Lampe.

Carl Weiß-Theater. 10./11. Abteilung
Ein Frühlingsopfer.

MÄRZ-FEIER

Sonnabend, den 17. März, Brauerei Friedrichshain.

Programm u. a.:

Sinfonie No. 3 Eroika . . . . . Beethoven.
Violinkonzert . . . . . Mendelsohn.
Der Tempel der Menschheit (für Männerchor) Berlioz.
Apotheose (komponiert in London 1848), für gemischten Chor und Solo . . . . Berlioz
Die rote Fahne (Männerchor) . . . . Czerwinski
unter Mitwirkung hervorragender Solisten.
Festmarken und Gastkarten in allen Zahlstellen.

14. Kunst-Abend

im Rathaus am Mittwoch, den 14. März, abends 8½ Uhr:

Fritz Reuter

Vorlesung und Rezitation.

Lieder zur Laute. × × × × ×

Herr Dr. Johannes Schubert.

228/10 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

65 Abessinier in Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

Zirkus Albert Schumann

Heute abend präzise 7½ Uhr: **Elite-Abend. Gala-Abend.** U. a.: Der größte und sensationellste Dressurakt der Gegenwart, vorgeführt von einer **Dame.** Herrn Julius Seeths wunderbar dressierte

Eisbären

vorgeführt von Mlle. **Luise Mary.**
Ferner: Zum 81. Male: Das größte Pracht-Manegen-Schaustück d. Gegenw.
Femina das neue Frauenreich.
Vorher größte Novität!
Ein Souper bei Maxim.
Les 7 Perezoffs.
The Ergotti u. King. Louis Truppe. The great Creard Troupe. Dir. Alb. Schumanns neueste Monstredressuren.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.

Zum 122. Male:
Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in drei Akten mit den Autoren A. u. D. Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11–2 Uhr.
Sonntag, den 1. April:
Schluß diesjähriger Spielsaison!
Abschieds-Vorstellung im alten Hause!!

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse.
Heute ½8 Uhr. Entree 50 Pf.
Signor Martanis
Else und Magda Doppel-Drahtseil-Akt.
Margarit und Dettmar
Tanz-Duo.
'ne feine Nummer!
Burleske von Max Koch.
Mückenfett . . . Dir. R. Winkler und 10 Attraktionen.
Familienkarten in Barbier-, Friseur- und Zigarrengeschäften unentgeltlich.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.

Neu! Dressierte Neu!
70 Eisbären 70
unter persönlicher Vorführung des Herrn **Hagenbeck.**
Frl. Marie Elise, Schulreiterin.
Zum Schluß (um 9¼ Uhr):
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
◆ Indien. ◆
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.
Besonders hervorzuheben:
Eine Witwenverbrennung.

Trianon-Theater.

Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr.
Sonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
Neu! „Mozart, Wagner, Offenbach".
Musik. Zeitbild v. Meysel.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater Frankfurter Allee 85.
Das sensationelle, vollständig neue
März-Programm.
Nur Schlager.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Gewerbegericht zu Berlin.
J.-Nr. 110. Gew. Ger. 06.

Bekanntmachung.

Ueber den von der Schlichtungskommission der Holzindustrie nicht zur Entscheidung gebrachten Fall der angeblichen Maßregelung des Tischlers Konrad bei der Firma Schuster u. Heuer, hier, Boxhagenerstraße 29, ist von den Arbeitnehmerbeisitzern genannter Schlichtungskommission das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen worden.

Dieses hat in der Sitzung vom 16. Februar 1906 nachstehenden Schiedsspruch gefällt:

I. Auf Grund der stattgefundenen Vernehmung der Parteien ist das Einigungsamt zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Tischler Konrad infolge seiner Wirksamkeit als Ausschußmitglied der Fabrik seitens des Betriebsinhabers entlassen worden ist. In diesem Verhalten der Arbeitgeber Schuster u. Heuer muß eine Maßregelung gesehen werden.

II. Die Frage, was überhaupt als Maßregelung im Sinne des Tarifvertrages zu gelten hat, soll in einer zweiten Sitzung des Einigungsamtes entschieden werden.

gez. von Schulz.
Eugen Brückner. Rob. Ahrens.
Karl Helm. H. Wedemeyer.

Vorstehendem Schiedsspruch haben nach den Bestimmungen des Vertrages im Tischlergewerbe beide Parteien sich zu unterwerfen.

Berlin, den 26. Februar 1906.
Der Vorsitzende des Einigungsamtes.
gez. von Schulz.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzchen.
Sonnt. Bg. 5, Wochent. 8 U.
Anmeld. f. d. gr. Theatersaal z. nächst. Saison (a. j. Mittwochs) w. schon jetzt entg.

Otto Pritzkows
Berliner Abnormitäten- und Biograph-Theater

Münzstr. 16. Münzstr. 16.
Welt-Biograph System 1906
Sy Sy ? ? ? ? ? ? ?
Die Wunder-Liliputaner!
Die Fußkünstlerin!

Elysium

Landsberger Allee Nr. 40-41.
Inh. C. Eisermann.
Jeden Donnerstag:
Original-Harburger Sänger
Direktion: C. Frick und F. Kasche-Krause.
Anfang 8 Uhr.
Entree 10 Pf.
Vorzugskarten gelten.
Nachher: **Freitanz.**

Hochsensationell! Belehrend!
Wissenschaft und Verbrechen.
Täglich wechselnde Projektions-Vorträge aus der gerichtlichen Medizin in **Carl Gabriels**
Volks-Museum

Friedrichstr. 112a, am Oranienb. Tor
I. Serie
Mord oder **Selbstmord?**
Außerdem 2000 Numm. Volkskrankheit u. d. Bekämpf. Anat. Samariterlehre
Entree 30 Pf. Sold. u. Kind. 20 Pf.
Sämtl. Räum. mit Vortrag **ohne Nachzahlung** 60 Pf.

260L*

Inventur-Ausnahmepreis!

Reichgestickte abgepaßte Portieren
Die ganze **Dekoration** (bestehend aus 2 Flügeln und 1 Querbehang)
in schwer. **Wollserge 3.85** (Wert 6,50)
in **Viktoriatuch . 4.85** (Wert 7,50)
in **Leinenplüsch 6.85** Wert 10,00)
in hell seidenart. **Empire 10.85** (Wert 18,00)
Eine Partie Wollportieren, 90 cm breit, mit allerliebster Blumenkante per Meter . . **68** Pf. (Wert 1,25 Mk.)
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre

Berlin S. Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraliste u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

Graumanns Festsäle

Bühne! **Naunynstr. 27.** 3 Kegelbahnen
Achtung! Vereine! Sonnabende, Sonntage im April, Mai und Juni noch frei. **Gustav Graumann.**

Voigts „Krampenburg"

gegenüber von Schmöckwitz am Fusse der Müggelberge
auf einer von herrlichen Waldungen umgebenen Halbinsel am **Langen- und Seddin-See** und der **Großen Krampe** gelegen.
Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. 2 Dampferanlegestellen, 3 große Säle, zirka 3000 Personen fassend, schöne Restaurationsräume, Veranden, Terrassen, 35 Meter hoher Aussichtsturm, Kegelbahnen, Kaffeeküche, Ruderboote, prächtige Spielplätze im schönsten Hochwald, Volksbelustigungen aller Art stehen zur Verfügung, gute Bewirtung (auch Weißbierausschank) zu soliden Preisen. — Zwecks Abschlüsse für Sommerpartien ersuche größere Vereine, Fabriken usw. um baldigste Rücksprache in meinem Berliner Lokal **R. Voigts Rittersäle, S., Ritterstraße 75.**
Achtungsvoll
552* **Robert Voigt.**

Achtung! Vereine, Gewerkschaften, Fabriken, Klubs!
Es ist Zeit, daß Sie Lokale für Ihre bevorstehenden Dampferpartien abschließen.
Restaurant „Waldhaus",
Rauchfangswerder bei Zeuthen, herrlich am Zeuthener See und Hochwald gelegen, ist das geeignetste Lokal. — 3 große Säle usw., 2 Dampfer (je 200 Personen) zu vermieten. Gute Küche. Anerkennungen zur Einsicht. Um Besichtigung und rechtzeitigen Abschluß bittet
273b Der Inhaber **Karl Römisch.**

Die
Möbel-Fabrik

von 5904L*
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5
empfiehlt **Wohnungs-Einrichtungen** von **240—10 000** M. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Stilart sowie auch **Polsterwaren** eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Kulanteste Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt — Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. — **Millionen im Gebrauch**

Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Brauerei F. Happoldt

Berlin S. — **Hasenheide 32–38**

empfiehlt ihr

Lager- Münchner- Tip-Top- | **Bier**

in **Flaschen** und **Gebinden.**

Telephon: Amt IV. No. 9115. 5635L*

KNORR's Maccaroni.

Bei **Husten, Heiserkeit** nehmen **Reichels Hustentropfen** überraschend schnell und sicher. Nur echt, wenn mit Marke „Medico" versch. offen. Flasche 50 Pf. Erhältlich in den Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin SO 43 Eisenbahnstr. 4.

Achtung! Vereine!

Saal (200 Personen fassend) **zum 1. und 2. Oster-Feiertag** zu vergeben. 2765

Max Schumachers Festsäle, Skalitzerstr. 126.

Raucht Spree-Blume-Zigaretten.

Restaurant Bellevue

früher Rieck-Werder

Woltersdorfer Schleuse, Werderstraße 37 am Flakensee

empfiehlt sich den geehrten Vereinen 2c. zu kulantesten Bedingungen.

Großer Saal für 800 Personen.

35 Fremdenzimmer. 2682*

Patent-Bureau Anmeldung v. Patenten im In- u. Auslande. Verwertung. Finanzierung. 1a Referenzen. Coulante Bedingungen. Wolters & C°, Berlin, Wilhelmstr. 119/120. 10–1 u. 4–6, Sonntags 11–1.

Wirkliche Freude bereitet Ihnen nur ein dauerhaftes **erstklassiges Solidaria-Fahrrad.** Wir liefern Ihnen solches auf Wunsch auch gegen **Teilzahlungen.** Anzahlung Mk. 20, 30, bis Mk. 50; Abzahlung monatlich Mk. 8 bis Mk. 15. Billige Reichsräder geben wir bei Barzahlung schon von Mk. 58. an ab. Auch Zubehörteile wie Laufdecken, Luftschläuche, Laternen, Glocken etc. kaufen Sie bei uns am billigsten. Preisliste gratis und franko.

J. Jendrosch & Co., Charlottenburg No. 456.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 90.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. — Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. — Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Annahmestellen: SW. 68, Lindenstr. 69 (Haupt-Expedition)

Nordosten: L. Zucht, Kelbelstr. 42; J. Reul, Barninkstr. 42
Nordwesten: Karl Anders, Salzwedelerstr. 8
Norden: H. Raschke, Ackerstr. 36; F. Trapp, Rügenerstr. 24; Karl Mars, Lychenerstr. 123; Karl Weisse, Wiesenstr. 41-42; L. Dechand, Ruheplatzstr. 24; H. Vogel, Demminerstr. 82; A. Tietz, Invalidenstr. 124
Osten: Wengels, Frankfurter Allee 79; Gustav Vogel, Koppenstr. 83
Südwesten: H. Werner, Mittenwalderstr. 30; H. Schröder, Kreuzbergstr. 15
Süden: St. Fritz, Prinzenstr. 31; F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8
Südosten: Paul Böhm, Lausitzer Platz 14-15; P. Horsch, Engel-Ufer 15
Baumschulenweg: Stock, Ernststr. 2, II
Charlottenburg: G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1
Lichtenberg-Friedrichsfelde: O. Seikel, Kronprinzenstr. 50
Friedenau-Steglitz: H. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenh. I, in Steglitz
Mariendorf: H. Reichardt, Chausseestr. 18
Pankow: G. Freiwaldt, Mühlenstr. 73
Reinickendorf: P. Gursch, Provinzstr. 108
Rixdorf: M. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7; Conrad, Hermannstr. 50
Rummelsburg: O. John, Karlshorsterstr. 2
Treptow: R. Voigt, Elsenstr. 37, vorn III
Tegel, Borsigwalde, Dalldorf: Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43
Schöneberg: W. Bäumler, Martin Lutherstr. 51
Weissensee: W. Reske, Sedanstr. 105; J. Schillert, König-Chaussee 29a

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12 Inventur-Ausverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 1291R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett, zusammen 10,50, nur (Pfandleihe) Andreasstraße 38. *

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße 38. 1342R*

Pommersches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laken, Stück 1,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Elektrische nach überall. 1343R*

Inventur-Ausverkauf. Gardinen Stores, 10 Prozent Rabatt. Fenster (zwei Schals) 140, 185, 225, 285, 350, 485, 575, 665 usw. 1321R*

Inventur-Ausverkauf. Vorzieh-Gardinen mit überraschend schöner Stickerei, Fenster 135, 165, 210, 255, 285, 325, 425 usw., goldfarbig und rot 265, 285, 325, 450 usw. 1322R*

Tüllbettdecken, weiß, creme, 195, 225, 285, 375, 450—790. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1323R*

Inventurpreis. Steppdecken, Simili, Seide, rot, grün, oliv, blau, zirka 160 breit, 200 lang, Handarbeit (Wert 10,50) jetzt Stück 5,85.

Steppdecken. Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat, 285, 365, 425, 585, 675, 785 usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

Inventur-Ausverkauf. Tischdecken mit kleinen Stickfehlern in allen Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,35 usw. 1326R*

Plüschtischdecken. Gelegenheitskauf, mit kleinen Stickfehlern, nur so lange Vorrat, 4,85, 5,65, 6,35, 7,50, 8,45, 9,65, 10,85. 1327R*

Möbelstoffreste in Wolle und buntem Plüsch, zu Sofabezügen ausreichend, in allen Preislagen. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1328R*

Inventur-Ausverkauf. Abfall-Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 1329R*

Teppiche, imitiert Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3,25. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1330R*

Inventur-Preis. Portieren (zwei Shawls, ein Lambrequin) Garnitur 3,85, in allen Farben. 1331R*

Einzelne Plüsch- und Tuchgarnituren enorm billig. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1332R*

Bettenverkauf. Gardinenverkauf, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Bettinlette, Tischdecken, Teppichverkauf, Riesenauswahl Uhrensorten, Festgeschenke, Damengarderoben, Herrenkleidung, Möbelstücke, sensationelle Spottpreise. Beautleuten empfehlenswert. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †40*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 254/12*

Grammophonplatten und Reparaturen. Rothenburg, Prenzlauerstraße 42, 2. Hof. 1336R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1339R*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Monatsanzüge, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an. Für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu billigen Preisen, sowie Pfandsachen kauft man am vorteilhaftesten bei Natz, Mulackstraße 14. 2525*

Zigarrengeschäft verkauft Richter, Müllerstraße 37. †82*

Pianinos Miete, Teilzahlung, Andersen, Schillingstraße 38. 288/9*

Möbelangebot. Im Möbelverkaufsspeicher (Anhalter Bahnhof), Möckernstraße 25, Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Zimmer Nußbaummöbel zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bücherschränke, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Salonbilder, Schreibtische 28,00, funkelnagelneu, Ruhebetten mit wunderschöner Divandecke 22,50, hocheleganter Säulentrumeau 30,00, prachtvolle Zimmerteppiche 8,00, Salonteppiche schon 14,00 bis zu den allergrößten Saalteppichen, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Standuhren, Plüschtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Ankauf ganzer Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, kostenlose Aufbewahrung und Transport gekaufter Möbel. Otto Lidekes Transport- und Lagerhaus (Anhalter Bahnhof), Möckernstraße 25. 1306R*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1133R*

Brautleute — Sofas, Spiegel, Bettstellen, reelle Matratzen, enorme Auswahl vollständiger Wohnungs-Einrichtungen in riesigen Fabrikräumen bekannt billigst „Nur Grünerweg 81." Dwinatzki. 1303R*

Möbeltischlerei liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Ausziehtisch 17, Nußbaum-Kleiderschrank, Vertiko 45, Trumeau geschliffen 35, Plüschsofa 55, Muschelbettstellen mit Matratze 40. Schlafzimmer, Farbige Küchen 60. Besichtigung meines staunend großen Lagers erbeten. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Nur Keller und Hinterräume. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kottbuser Thor. Genossen erhalten 5 Prozent. 1288R*

Räutein verkauft räumungshalber Nußbaumspind und Vertiko, Magazinstraße 18b, parterre.

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchkübel, Kannen, Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen 2c. billigst. Jordan, Michaelkirchstraße 21.

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 8,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Deutschenglische Porterkellerei, Bernauerstraße 119. 1255R*

Hochvornehme Herrenanzüge, Paletots, feinsten Maßstoffen herrührend, 18—38,00. Herrenhosen verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. *

Betten, Stand elf, zweischläfrig 16,00 Mark, Freischwinger, billigst. Gubenerstraße 3, Pfandleihe. †40*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 1015*

Federbetten Stand 10,50, große 16,00, Brautbetten, Aussteuerwäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Uhren, Goldsachen, spottbillig. Pfandleihhaus Küstriner Platz 7. 1315R*

Echtnußbaum Säulenvertiko 45,00, Kleiderspind, Säulentrumeau 43,00, Plüschsofa, Muschelbetten, Ausziehtisch, Stühle, fast neu. Königsbergerstraße 11, Liese. †41

Nähmaschinen, alle Fabrikate, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Ackerstraße 113.* 281b

Adler, Schnellnäher, fast neu, gekostet 145,00, jetzt 65,00, Ringschiffchen (Singer) 35,00, Langschiffchen 25,00. Alle wie neu, tadellos, wegen Aufgabe, Tilsiterstraße 16, Milchgeschäft. †41

Milchgeschäft, gutgehendes, schöne Wohnung, umständehalber verkäuflich. Bäckerei, Kochhannstraße 35. †41

Restauration, 8 Jahre bestehend (Nähe Moritzplatz), krankheitshalber preiswert verkäuflich. Erfragen Alexandrinenstraße 47, Schlächterei.

Möbelverkauf Wallstraße 80/81. Am Lager befinden sich viele zurückgesetzte und verliebene gewesene Möbel, die wie neu sind, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28 Mark, Ausziehtisch 17, Bettstelle mit Federmatratze und Keilkissen 29, Muschelspiegel 12, Kommode 18, Ruhebett 26, Muschelbettstelle, komplett 39, Rohrstühle 3, Taschensofa 34, Paneelsofa 75, Schlafsofa 38, Waschtoiletten 26, Säulentrumeau, geschliffen 36, Herrenschreibtisch 50, Bücherspind, Büfetts, Säulenmöbel, englische Schlafzimmer, moderne Küchenmöbel. Auch Teilzahlung, Transport in Berlin und Vororten frei. 96/16*

Pianino, kreuzsaitig, (nußbaum) 140,—. Turmstraße 8, parterre. 96/14

Plüschsofa, Salongarnitur, Kleiderschrank, Säulentrumeau, elegant, sofort billig verkäuflich Invalidenstraße 40/41, hochparterre links, herrschaftlicher Aufgang. 96/15

Dame verkauft sämtliche Möbel einer großen Wohnung, auch 10 Standbetten, Bilder, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Portieren. Dresdenerstraße 38, vorn II links. 96/17

Paneelbett, elegant, 9 Mark. Strausbergerstraße 6a, II. 96/13

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Für Nachweis Provision. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. *

Nähmaschinen. Vergütet bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †40*

Nähmaschinen. Bezahle 10,00, wer kauft oder nachweist. Sämtliche ohne Anzahlung. Postkarte. Herrmann, Wiclefstraße 13. 234b†

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Eckdestillation, 25 Halbe, viel Spirituosen, zwei Gastzimmer, drei Wohnzimmer, billige Miete, Brotstelle, Seltenheit, sofort ganz billig oder Vertreter gesucht. Zuschriften: A. Z., Postamt 58. 2755

Gutgehendes Kolonial-, Obst- und Gemüsegeschäft billig zu verkaufen Charlottenburg, Friedbergstraße 27.

Zigarrengeschäft Familienverhältnisse wegen sofort verkäuflich. Milchgeschäft, Hussitenstraße 22. †93

Teilzahlung. Teppiche, Betten, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Remontoiruhren, Regulatoren, Spiegel, Bilder, Gaskronen, Möbel spottbillig. Leihhaus, Grünerweg 113.

Junge Wolfsspitze verkauft E. Prüser, Pankow, Parkstraße 16. †137

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 96/2*

Berolina-Säle, Schönhauser-Allee 28, Sonnabend, Sonntag, Osterfeiertage zu vergeben. †57*

Vereinshaus, Invalidenstraße 146. Saal für Festlichkeiten, Vereine, auch Sonnabend frei. †113*

Wäsche wird sauber gewaschen, Freien getrocknet. Abholung Sonnabends. Emil Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 277b

Vermietungen.

Wohnungen.

Oudenarderstraße 36, 37, 38, Kleinwohnungen von 18 Mark ab. Näheres Wirt 37. *

Umständehalber eine Zweizimmer-Wohnung zum 1. April vermietbar. 5 Minuten vom Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde. Friedrichsfelde, Caprivi-Allee 42 II links. †130*

Rixdorf, Warthestraße 1/12, Nähe Bahnhof Hermannstraße, gute Verbindung mit der Elektrischen. 3, 2 Stuben, Balkon, Bad. 1 Stube, Küche, viel Nebengelaß. 100 Prozent Gemeindesteuern. Gesunde Gegend. Näheres Verwaltung Warthestraße 4 und 7I. 1815*

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacobey, Kolbergerstraße 26, III. 78b2

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer suchen sofort zwei Herren (a 15 Mark inklusive) nahe Michaelkirchplatz. Offerten D. 102, Postamt 68. 2896

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Kaufmann, verheiratet, Parteigenosse, 35 Jahr, sucht Stellung. Rednerisch und schriftstellerisch befähigt. Angebote W. 1, Expedition des Blattes. 259b*

Stellenangebote.

Schlossergesellen verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. *

Lehrling zur Lederarbeit verlangt Dresdenerstraße 62. 231b*

Tüchtige Handweber auf breite Ware suchen bei hohen Akkordlöhnen Neumann u. Lehmann, Drossen bei Frankfurt a. Oder. 2885

Ein Sattler auf Maulkörbe. B. Seefeldt u. Co., Friedrichsfelderstraße 17. †41

Schlosser, der mit Gasmotoren umzugehen versteht, verlangt. Offerten P. 1021, Rudis Annoncenbureau, Kastanien-Allee 54. 280b

Aeltere Frau tagsüber bei zwei Kindern sucht Pallisadenstraße 35, Zigarrengeschäft. 287b

Tailleu- und Zuarbeiterinnen verlangt Werther, Hochrechtstraße 2 II. †119

Knabenblusen- und Hosennäherinnen in und außerm Hause, Maschinennäherinnen, Knopflochnäherin. Knabenkonfektion Fliederstraße 14, parterre. †141*

Goldleisten-Belegerinnen werden verlangt Köpenickerstraße 109a. 274b

Arbeiterinnen auf Tändelschürzen verlangt Bilke, Friedenstraße 2, Hof III.

Lehrmädchen mit guter Schulbildung zum sofortigen eventuell späteren Antritt gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 1319R*

Zeitungsfrauen finden dauernde Beschäftigung, Alt-Moabit 138. 96/17*

Zeitungsfrauen finden dauernde Beschäftigung (Tour Wilhelmstraße, an der Anhaltstraße). Meldungen Schützenstraße 22. 96/3*

Zeitungsfrauen finden sofort lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41. 96/4*

Redakteurgesuch.

Für die **„Rheinische Zeitung"** in **Köln** wird ein 385C*

politischer Redakteur

gesucht. Antritt **1. Juli d. J.** Es wird auf eine **erste Kraft** reflektiert. Meldungen bis **15. März d. J.** unter Kennwort **„Redaktour"** an den Genossen **Richard Schiller, Köln a. Rh.,** Merovingerstr. 48.

Das **Gewerkschaftskartell Köln** sucht zum baldigen Antritt einen

ersten Arbeitersekretär.

Bewerber, welche schon als Arbeitersekretär gewirkt, erhalten den Vorzug. Offerten mit Gehaltsansprüchen sind mit der Aufschrift „Arbeitersekretär-Gesuch" zu versehen und bis zum 20. März an die Fünfer-Kommission des Gewerkschaftskartells Köln, Severinstr. 201, zu richten. 269/8*

Ortskrankenkasse der Hutmacher etc. Berlin.

Zum 15. März werden zwei **Kassenbeamte,** einer für Innen-, einer für Außendienst, gesucht. Kassenmitglieder werden bevorzugt. Meldungen müssen bis zum 12. März im Kassenlokal, Mendelssohnstr. 12, eingereicht sein. **Der Vorstand.**

Für Parteiblätter!

Langj. Parteigenosse, **tücht. Buchdruck-Fachmann,** beh. die ges. Satz- und Drucktechnik, **sicherer Korrektor,** geübt in Kalkul., guter Papierkenner, **redaktionell ausgebildet, guter Lokal-Redakteur,** auch Politiker, redner. bef., wünscht pass. Engagement an Parteigeschäft als **Faktor, Geschäftsführer, Redakteur, Korrektor** 2c. Such. ist lange Jahre in obig. Stellungen tätig gew. Vorzügl. Zeugn. u. Refer. Gefl. Offerten an **Ph. Antreter, Herford i. W.** 3862*

Geschäftsführer

gesucht von mittlerem Parteiblatt in Süddeutschland. Verlangt wird gründliche Erfahrung im Zeitungswesen, kaufm. Erfahrung, Kalkulation, Papierkenntnisse usw. Es wird nur auf eine wirklich **zuverlässige Kraft** reflektiert. Bewerber wollen ausführliche Offerten einreichen unter **U. 1** an die Expedition des **„Vorwärts".** 3612*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen **Streik** und **Differenzen** ist

Zuzug fernzuhalten

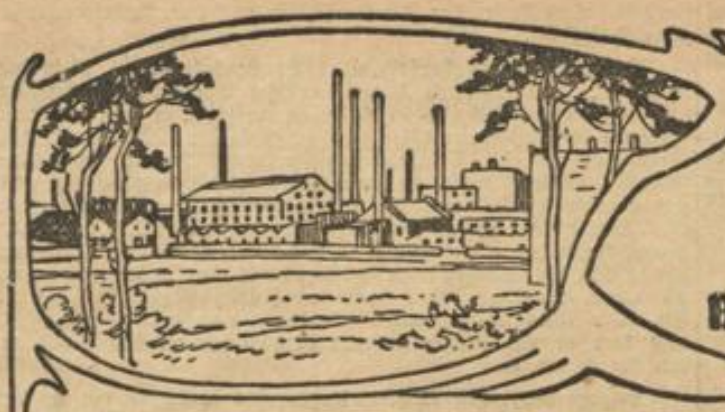
von **Treppengeländer-Arbeitern (Drechsler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer)** von der Treppengeländerfabrik Joseph Drechsler, Gubenerstraße 33;

von **Einsetzern** vom Bau Gerhardt in Halensee, Schweidnitzerstr. 6 und 7, und **Tischlern** von **Ebers Möbeltischlerei,** Manteuffelstr. 22;

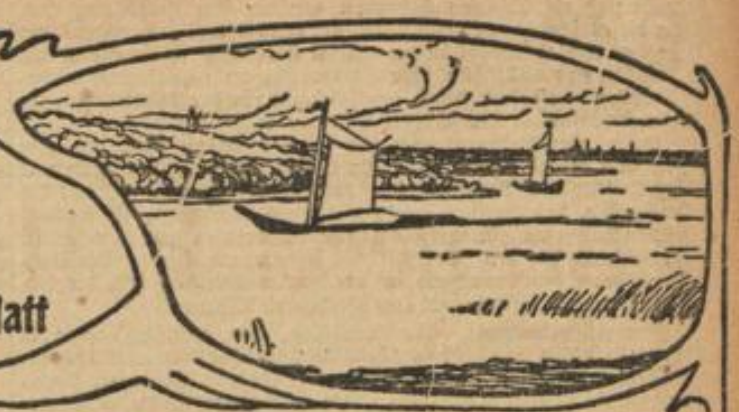
von **Parkettbodenlegern** vom Bau **Schossow,** Giesebrechtstr. 11;

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Vorort



Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition: Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Nr. 56. Donnerstag, den 8. März 1906.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelzeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Laut Fabrikanschlag der Firma Pintsch, Filiale Fürstenwalde, findet am 17. d. Mts. „auf Wunsch verschiedener hiesiger Arbeiter“ im Gesellschaftshaus in Fürstenwalde ein Gesangsabend mit anschließendem Tanzkränzchen statt, arrangiert von der Gesangsabteilung der Firma Pintsch, Berlin, unter „gütiger“ Mitwirkung der Fürstenwalder Ulanenkapelle. Da das genannte Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, sind alle etwa angebotenen Billetts zu obigem Vergnügen entschieden zurückzuweisen.

Tempelhof. Heute abend 7 Uhr Stimmzettelverteilung, woran sich jeder Genosse zu beteiligen hat.

Außer der heute 8 Uhr bei Noack stattfindenden Versammlung wird morgen Freitag, abends 8½ Uhr, bei Müller, Berlinerstraße 41/42, eine Versammlung abgehalten werden, in der das Wahlresultat verkündet wird.

Der Vorstand.

Zehlendorf. Am Sonntag, den 11. März, morgens 7 Uhr findet vom Lokal Benno Mickley, Potsdamerstr. 25, eine Flugblattverbreitung statt. Nachmittags 3 Uhr wird in dem Lokal von August Rüter, Schlachtensee, Eitel Fritzstr. 12, eine öffentliche Kommunal-Wählerversammlung abgehalten. Die Parteigenossen werden ersucht, sich an der Flugblattverbreitung zahlreich zu beteiligen, wie auch für die Versammlung lebhafte Agitation zu entfalten.

Der Vorstand.

Trebbin. Die Mitglieder des Wahlvereins werden darauf aufmerksam gemacht, daß auch hier eine Flugblattverbreitung stattfindet und zwar Sonntag, den 11. März, früh 7 Uhr. Es wird gebeten, pünktlich und zahlreich in den einzelnen Bezirken zu erscheinen. Bezirksführer sind: 1. Bezirk (Bahnhofsviertel): Winter, Zossenerstraße, 2. Bezirk (Bahnhofsstraße usw.): Krüger, Parkstraße, 3. Bezirk (innere Stadt): Knorr, Schützenstraße, 4. Bezirk (äußere Stadt): Bergemann, Fischerstraße, 1. Landbezirk: Faustmann, Parkstraße, 2. Landbezirk: Röthe, Bahnhofstraße.

Sonnabend, den 17. März, abends 8 Uhr: Wahlvereinsversammlung (bei Wolf). Tagesordnung: 1. Protokollverlesung. 2. Aufnahmen. 3. Vereinsmitteilungen. 4. Vortrag des Genossen Maaß. 5. Verschiedenes.

Spandau. Wir machen die Parteigenossen und „Vorwärts“-Abonnenten wiederholt darauf aufmerksam, daß sich unsere „Vorwärts“-Ausgabe Bahnhofstr. 2 im Keller befindet.

Die Geschäftskommission.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindewahlbewegung.

Gemeindewahlen finden heute in Treptow und Hohen-Schönhausen statt; außerdem wird heute und morgen noch in Wilmersdorf gewählt.

Zur Gemeindevertreterwahl in Wilmersdorf.

Seit zwei Tagen finden bereits die Wahlen der III. Klasse statt. Unzweifelhaft sind nicht nur unsere Genossen, sondern auch die Gegner aufs höchste an dem Ausgange dieser Wahlen interessiert. Daß man bürgerlicherseits an dem Ausgange dieser Wahlen sehr interessiert ist, beweist die Jeremiade des „Wilmersdorfer Anzeigers“, daß es unseren Parteigenossen gelungen ist, beide „Beisitzerkandidaten“ an den Vorstandstisch zu bringen. Es darf des weiteren nicht verkannt werden, daß unsere Gegner mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln arbeiten, um uns den Sieg zu vereiteln. Bisher war die Wahlbeteiligung mit Ausnahme in der Abendstunde eine mäßige. Die Gegner wollen heute mit der Schlepparbeit beginnen und es werden selbstverständlich auch unsere Genossen ein wachsames Auge haben müssen, inwieweit die Arbeiterschaft ihrer Wahlpflicht genügt hat.

Die Wahlzeit ist nur noch heute bis 8 Uhr, während morgen Freitag nur noch bis 6 Uhr abends gewählt wird. Wer bis 6 Uhr im Wahllokal anwesend ist, kann seine Stimme noch abgeben. Sorge aber jeder dafür, daß er sich früher ins Wahllokal begibt. An die Genossen Berlins und Umgegend richten wir das Ersuchen, überall, wo sie auf Arbeitsstätten mit Wilmersdorfer Arbeitern zusammen sind, dieselben auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen. Unsere Kandidaten Reiche und Radtke müssen als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen.

Unser Wahlbureau befindet sich beim Genossen Käster, Lauenburgerstraße 20, und ist es Pflicht der Genossen, sich dort möglichst zahlreich einzufinden. Setze deshalb jeder sein möglichstes ein, damit die Wilmersdorfer Sozialdemokratie über einen ehrenvollen Sieg berichten kann.

In Treptow kandidieren die Genossen Korow und Gerisch. Genossen, macht die Hoffnungen der Gegner auf einen Wahlsieg durch starke Wahlbeteiligung unsererseits zu schanden!

In Hohen-Schönhausen findet heute Donnerstag, den 8. März, mittags von 12—2½ Uhr, im Lokale von Robert Schulze, Hauptstraße 8, die Ersatzwahl für die dritte Abteilung zur Gemeindevertretung statt. Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind der Schlosser Fritz Neubauer und Eigentümer Max Siebenwirth.

Am Montag, den 5. März, abends 8 Uhr, fand im Lokale von Herschleb eine öffentliche Versammlung zu der Ersatzwahl statt, in welcher Genosse Emil Kloth über „den Zusammenhang der Kommunalpolitik mit der allgemeinen politischen Lage“ referierte. Im Verlauf seines Vortrages wies Redner auf den Kommunalsteuerzuschlag von 235 Prozent hin, und er kam alsdann auf die miserablen Schulverhältnisse zu sprechen. Am Schluß seines einstündigen Vortrages forderte er die Anwesenden auf, durch aufopfernde Agitation und durch Aufklärung der Arbeitermassen es möglich zu machen, zu unserem Ziele zu gelangen. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Neubauer, selbiger wies auf die bürgerlichen Parteien hin, welche alle Hebel in Bewegung setzen, um uns unsere Mandate streitig zu machen. Gemeindevertreter Genosse Thiele brandmarkte den aufgestellten Kandidaten der Bürgerlichen: Vorarbeiter Werner vom hiesigen Andreaskirchhof, welcher gesagt hat: „Wer von meinen Arbeitern einem Sozialdemokraten seine Stimme gibt, der wird sofort entlassen, und wenn er gleich 40 Jahre auf dem Kirchhof ist.“ Er wies auf die bisherigen Vertreter hin, die ihre bis jetzt innegehabten Mandate lediglich zur Vertretung ihrer Standesinteressen benutzt haben, und forderte die Wähler dritter Klasse auf, die Ausübung ihres Wahlrechts nicht zu versäumen.

Aus Groß-Lichterfelde schreibt man uns: „Was in Groß-Lichterfelde an hervorragenden kommunalen Einrichtungen geschaffen worden, die Schulen usw., habe man lediglich den Villenbesitzern zu verdanken; den Wünschen dieser Herren müsse man Rechnung tragen, nicht den Wünschen derer, die zufällig erst hierher gekommen sind.“

So prahlt das Grundbesitzertum in seinen Konventikeln. Und dabei ist es ein Schwindel a la Madame Humbert — ins kommunalpolitische übertragen —, von „hervorragenden“ kommunalen Einrichtungen zu reden. Die Schulen sind an sich gar keine Gemeindeeinrichtungen, sondern in erster Linie Institutionen des Staates, der, wenn auch nur minimal, den Gemeinden Zuschüsse zu den Volksschulen bewilligt. Aber das ganze Elend des Gemeindeschulwesens findet sich ebenso in Groß-Lichterfelde wie anderwärts: fliegende Klassen, ungenügende Schulräume, Mangel an Turnhallen. In schulhygienischer Beziehung steht Lichterfelde geradezu beschämend da. Die einzige Errungenschaft ist die Institution der Schulärzte, die, gleich dem Veilchen, still und bescheiden im Verborgenen blüht. Würde nicht der Ausgabeposten im Etat an diese kommunale Errungenschaft erinnern, durch ihre Wirksamkeit würde sie sicher noch niemandem aufgefallen sein. Die beste Institution wird zum wertlosen Plunder, wenn der Geist, in dem sie geleitet wird, dem Zwecke derselben diametral entgegensteht. Dieser Geist wird trefflich illustriert in einem Vortrag über „Schulhygiene und Schularzt“, den ein solcher vor einem Grundbesitzerverein gehalten hat. Es wurde dort u. a. ausgeführt:

„. . . . Was den dritten Punkt der wichtigsten Schularztpflichten angeht, die Ueberwachung der dem Schulbetrieb dienenden Räumlichkeiten, so will ich mich darüber nur kurz äußern. Es liegt nicht im Rahmen meiner kleinen Erläuterung, Ihnen die Schulbauhygienischen Anforderungen zahlenmäßig anzuführen, so und so soll der Hausbau, so lang, breit und hoch die Klassenzimmer, so die Heizung angelegt sein. Wir haben hier mit gegebenen Verhältnissen zu rechnen, die seinerzeit schon nach hygienischen Prinzipien eingerichtet, inzwischen durch neue Erfahrungen vielleicht überholt sind, aber naturgemäß nicht von heute auf morgen geändert werden können. Wir müssen uns eben nach der Decke strecken und das beste, was erreichbar ist, erstreben. Viele erstrebenswerte Neueinrichtungen liegen vielleicht noch in weiter Ferne, wie die Einrichtung eines Schulbades, die Erbauung einer weiteren Turnhalle und manches andere. Wir müssen hoffen, daß die Zukunft bringt, was die Gegenwart nicht bieten kann. Ich muß mir versagen, die etwa wünschenswerten bezüglichen notwendigen Verbesserungen einer bestimmten Schule hier zu detaillieren, da ich die Absicht habe, meine Auslassungen in der Oeffentlichkeit nur allgemein zu halten, entsprechend der schulärztlichen Dienstanweisung.“

Daß die Gemeinde von der Aufsichtsbehörde angehalten werden mußte, den hiesigen Lehrern das gesetzliche Minimum zu zahlen, sei nur nebenher bemerkt.

Auf dem Gebiete der Gesundheitspflege hat Lichterfelde nichts als die Kanalisation aufzuweisen; sie dient hygienisch dem allgemeinen Wohl ebenso wie finanziell den Grundbesitzern, indem sie den Wert des Grund und Bodens um mindestens zehn Millionen gesteigert hat. Mit letzterem Argument gingen die Anhänger der Kanalisation in den Grundbesitzervereinen hausieren, um diese für das Projekt zu gewinnen. Weiter ist von hygienischen, der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen nichts zu berichten. Aber eine Badeanstalt — soll kommen. Im Etat 1906/07 glänzt bereits die erste Rate von zehntausend Mark. Wenn solche Raten in diesem rasenden Tempo und in gleicher Höhe weiter folgen sollten, so ist voraussichtlich begründete Hoffnung vorhanden, daß die Eröffnung der ersten Badeanstalt in Lichterfelde mit dem zehnjährigen Jubiläum des Teltowkanals zusammenfällt. In der jüngsten Sitzung jedoch hatte ein Gemeindevertreter den Antrag gestellt, diese zehntausend Mark zu streichen, da bei der mißlichen Finanzlage der Gemeinde gespart werden müsse. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß diese 10 000 M. aus dem Etat verschwinden und in irgend einer Position zugunsten des Grundbesitzertums ihre Auferstehung feiern. Es war ein schönes Geständnis seitens eines Mitgliedes des Gemeindevorstandes in der letzten Sitzung, daß die Gemeinde stets für die Interessen der Grundbesitzer die Hände in den Taschen haben müsse und der chronische Dallas infolgedessen auch kein Ende nehme. —

Die Arbeiterschaft hat daher alle Ursache, bei der morgigen Gemeindewahl unter Aufbietung ihrer ganzen Kraft für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Keiner versäume, dieser seiner Ehrenpflicht zu genügen.

Die Wahlzeit dauert von 4 bis 8 Uhr nachmittags. Wahllokal für den Westen: Hafftkes Kasino, Kyllmannstraße 7, für den Osten: Restaurant Hennig, Jungfernstieg 5.

Die hiesige Ortspresse gibt bekannt, daß die Gegner aller politischen Nuancen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie sich vereinigt haben. Das ist durchaus erfreulich und fördert die Klarheit im politischen Kampf. Dadurch erwächst aber für die Arbeiter die doppelte Pflicht, alle Lauen und Säumigen aufzurütteln und agitatorisch bis zum letzten Augenblick tätig zu sein. —

Donnerstag, den 8. März, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Reisen, Chausseestraße 104: Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung.

Ueber die Steglitzer Wahl, die am Montag stattfand, gehen uns noch folgende Mitteilungen zu: Nur zwei Stimmen fehlten dem Genossen Krug, sechs Stimmen dem Genossen Aßmann an der absoluten Mehrheit; die Wähler waren da, der Wahlvorstand wies sie jedoch zurück, weil sie keine amtliche Wahlkarte hatten. Die Folge war: auch im ersten Bezirk Stichwahl mit den Mietervereinlern. Derselbe Herr Buhrow, der als Gemeindevorsteher in der amtlichen Bekanntmachung „die Wähler des hiesigen Ortes, welche in der Wählerliste verzeichnet stehen“, zur Teilnahme an der Wahl auffordert, derselbe Herr Buhrow, welcher weiter als Gemeindevorsteher amtlich bekannt macht: „Die ohne Karten erscheinenden Wähler müssen für ihre Legitimation sorgen“, derselbe Herr Buhrow verwehrt als Wahlvorsteher in Gemeinschaft mit zwei Oberlehrern einer Anzahl Wählern, die alle diese Bedingungen erfüllt haben, die Ausübung ihres Wahlrechts, weil sie keine amtlichen Wahlkarten erhalten haben. Und das schönste an der Sache ist, derselbe Herr Buhrow trägt die indirekte Schuld an diesem Mangel.

Die Wahlbeteiligung war eine sehr starke. Im Vergleiche zu der Wahl von 1904 hatten wir im ersten Bezirk einen Stimmenzuwachs von 141, im zweiten Bezirk von 110, zusammen also rund 250 Stimmen zu verzeichnen, während es der Mieterverein in beiden Bezirken nur auf ein Mehr von 9 Stimmen gegen 1904 brachte. Die vereinigten Hausbesitzer und Kommunalvereinler fielen verdientermaßen glatt durch, wie wir Herrn Dr. Böttger von der Fraktion „Drehscheibe“ vorausgesagt hatten. — Im ersten Bezirk begann die Wahlmogelei der Gegner schon bei der Wahl der Beisitzer zum Wahlvorstande. Die gesamten Gemeindebeamten und Gemeindearbeiter waren zur Unterstützung der Bürgerlichen kommandiert. Bei der Abstimmung durch „Hammelsprung“ (Stimmzettelwahl verweigerte der Bürgermeister) fanden sich unter den Gegnern einige „Ehrenmänner“, die zweimal abstimmten; zwei dieser Helden wurden durch unsere Genossen gestellt, wie viel außerdem noch durchgeschlüpft sind — wer weiß es? Der Zweck wurde erreicht, unsere Gegner „siegten“. Wir mußten uns mit einem zu Protokoll gegebenen Protest begnügen. — Der Gemeindevorsteher fühlte sich anscheinend den ganzen Tag nur als Amtsvorsteher; er war nervös, wie nur ein Polizeimann sein kann, wenn er Sozialdemokraten sieht. Unsere Genossen faßten die Sache von der heiteren Seite auf und quittierten seine häufigen polizeilichen Philippitas stets prompt mit einer Lachsalve. Ein probates Mittel zur Dämpfung des Allmachtskitzels! — Im zweiten Bezirk, wo wir unerwartet ebenfalls in Stichwahl kamen (die Arbeiterbevölkerung ist dort ziemlich schwach vertreten), ging alles sehr ruhig, man möchte sagen gemütlich zu. Dort fungierte Herr Schöffe Maucke als Wahlleiter, unser Kandidat Krug und Herr Mirbach als Beisitzer. Es bewahrheitete sich eben wieder einmal das alte Sprichwort: „Wie man in den Wald hineinruft, schallt es heraus.“

Die Stichwahlen für beide Bezirke finden am Mittwoch, den 14. März, statt. Parteigenossen! Nicht die Uebermacht der Gegner hat uns den Sieg entrissen, nein, die krasseste Ungerechtigkeit des Wahlvorstandes! Darum auf zum Kampf gegen Unrecht, Parteilichkeit und Mogeleien der bürgerlichen Gesellschaft!

Die so schmählich durchgefallenen Hausbesitzer sichern schon heute den Mieterkandidaten die kräftigste Unterstützung zu, dafür verzichten die „Volkstribunen“ auf Wahlbeteiligung in der zweiten Klasse und versprechen einstimmige Wahl der Hausbesitzerkandidaten. Der Kuhhandel ist geschlossen! So sieht der „Mieter“verein aus, der „grimmigste Feind“ des Hausbesitzervereins.

Buckow bei Britz. Morgen Freitag, den 9. März, nachmittags 4—4½ Uhr finden in unserem Orte die Gemeindewahlen der 3. Klasse statt. Es ist in jeder Klasse ein Vertreter zu wählen. Die jetzige Vertretung besteht nur aus Hausbesitzern; während die 1. und 2. Klasse ausschließlich von Bauern besetzt ist, vertritt die 3. Klasse: ein Zimmermeister, ein Schlossermeister und ein Dachdeckermeister. Letzterer scheidet aus. Zum erstenmale hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft von Buckow beschlossen, sich an der Wahl zu beteiligen. Zu ihrem Kandidaten hat sie den Drechsler Alex Gau bestimmt. Der Wahltermin dürfte für die hiesige Arbeiterschaft jedenfalls äußerst ungünstig angesetzt sein, da die Arbeiter oft stundenweit vom Orte ihrem Erwerbe nachgehen müssen und außerdem noch in der hier in Betracht kommenden Zeit die Lohnrechnungen stattfinden. Es ist sehr angebracht, wenn die Genossen anderer Orte, welche mit Buckower Arbeitern zusammen beschäftigt sind, dieselben energisch an ihre Wahlpflicht erinnern, damit unser Kandidat, der Drechsler Alex Gau, in das Dorfparlament einziehen kann.

Zühlsdorf (Bezirk Niederschönhausen). Wahlsieg. Am 3. März fanden in unserem Ort die Gemeindevertreterwahlen statt. Der Wahlverein hatte als Kandidaten für die dritte Abteilung die Genossen Joh. Pevs und Albert Mathner (Ersatzwahl für den verstorbenen Genossen Karl Schröder) aufgestellt. Pevs wurde einstimmig, Mathner gegen zwei Stimmen gewählt. Zur Wahlhandlung waren im ganzen zwölf Wähler erschienen. Anstatt wie bisher einen, haben wir jetzt deren zwei in der Gemeindevertretung.

Tempelhof. Wir machen noch einmal auf die morgen, Freitag, von 10—5 Uhr stattfindende Gemeindevertreterwahl aufmerksam und erwarten, daß jeder wahlberechtigte Parteigenosse zur Stelle ist und durch die Wahl unseres Kandidaten Max Schmidt für eine würdige Vertretung der Arbeiterklasse Sorge trägt.

Der Vorstand.

Mahlsdorf. In der am Sonntag abgehaltenen Gemeindewähler-Versammlung referierte Genosse Weber über „Die Bedeutung der Gemeindewahlen“, wobei er an der Hand des Kommunalprogramms die Forderungen der Sozialdemokratie in der Gemeinde darlegte. Besonders ging Redner in seinem Referat auf die Angriffe der „Mahlsdorfer Zeitung“ gegen unsere Parteigenossen ein. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Bartsch, Weiß und Cörtel, welche die Versammelten namentlich auf das Verhalten der Freisinnigen in der letzten Schulsozietätsversammlung hinwiesen. In derselben hätten die Herren den Antrag gestellt, die neu zu errichtende Lehrerstelle, aus finanziellen Erwägungen heraus, mit einer billigeren Lehrkraft zu besetzen. Sie hätten ferner gegen den Antrag unserer Genossen, die entgegen den vom Schulvorstande festgesetzten 800 M. für Schulgerätschaften 450 M. eingesetzt wissen wollten, gestimmt. In der „Mahlsdorfer Zeitung“ behaupten jene Herren allerdings, daß sie den Antrag auf 450 M. abgelehnt hätten, weil man geglaubt habe, die Turngerätschaften könnten verschimmeln. Mit der Aufforderung, aus dem Gesagten die richtige Lehre zu ziehen und bis zum Tage der Wahl noch tüchtig zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Adlershof. Am Sonntag, den 4. März, fand im Lokale von Wöllstein eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt, zu der die örtlichen Verwaltungsorgane, Gemeindevertreter und Lehrerschaft schriftlich eingeladen waren. Der Referent, Genosse Dr. Alfred Bernstein erläuterte eingehend die Aufgaben, die unseren Gemeindevertretern zufallen. In der sich anschließenden äußerst anregenden Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten im wesentlichen ergänzt und die Mängel in der Gemeinde einer eingehenden Kritik unterzogen.

Es gelangte alsdann folgende Resolution zur Annahme: „Die heute am 4. März 1906 in Wöllsteins Lustgarten tagende öffentliche Gemeinde-Wählerversammlung spricht gegenüber dem durch das Junkerparlament in der Landgemeindeordnung festgelegten Wahlsystem, durch welche große Kreise der Bevölkerung ihres Rechts

beraubt und als Proleten behandelt werden, ihre Entrüstung aus. Trotz dieses schlechten Wahlsystems versprechen die Anwesenden, am Tage der Gemeindewahl in der dritten Abteilung ihre volle Pflicht zu erfüllen und vollzählig ihre Stimme für die sozialdemokratischen Kandidaten abzugeben, damit den Forderungen der Arbeiterschaft im Gemeindeparlament der schärfste Nachdruck gegeben wird."

Unter „Verschiedenes" teilt der Parteispeditieur mit, daß sein Gesuch um Genehmigung des öffentlichen Verkaufs von Zeit- und Druckschriften vom Amtsvorsteher abschlägig beschieden sei, mit der Motivierung, daß hierfür — kein Bedürfnis vorliege. — Er forderte die Anwesenden auf, hierauf die richtige Antwort zu geben, indem sie recht zahlreich auf den „Vorwärts" abonnieren mögen. Die Kandidaten der Sozialdemokratie in der dritten Abteilung sind die Genossen Hermann Hildebrandt und Ferdinand Büttner!

Französisch-Buchholz. Am Dienstag, den 6. März, tagte in Kähnes Festsälen eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung für die Gemeindewähler. Stadtverordneter Genosse Kohlenzer-Berlin kennzeichnete in seinem Vortrage „Wen wählen wir in die Gemeindevertretung?" die Ungerechtigkeit des bestehenden Wahlsystems und wies auf die Notwendigkeit hin, daß auch in Französisch-Buchholz ein sozialdemokratischer Vertreter im Gemeindeparlament sitze. Hoffentlich werden die Wähler von Frz.-Buchholz die in der Versammlung gegebene Zustimmung zu unseren Forderungen bei der am 9. März cr. stattfindenden Wahl insofern auch praktisch zum Ausdruck bringen und ihre Stimmen dem Genossen August Pohl geben. Die Worte des Lehrers Herrn König, welcher als erster Diskussionsredner sprach, waren wie gewöhnlich getragen von dem guten Willen, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun; sie zeugten aber auch von soviel Unfähigkeit, unsere Ideen zu bekämpfen, daß es den folgenden Diskussionsrednern Pohl, Wittstock-Buchholz und Röber-Pankow ein leichtes war, ihn zu widerlegen.

Die Wahl findet statt am Freitag, den 9. März cr., nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft von Französisch-Buchholz auf, trotz der so ungünstig gelegenen Wahlzeit Mann für Mann anzutreten.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins,
Bezirk Pankow.

Wahlergebnisse in den Vororten.

In **Hermsdorf** fand am gestrigen Mittwoch die Gemeindevertreterwahl der dritten Abteilung statt. Es erhielten: der Kandidat der Sozialdemokraten, Stukkateur Sohrauer, 92, Gastwirt Dimke (Verein der Gewerbetreibenden) 35 und Gärtner Hermann (Ortseingesessener) 70 Stimmen. Es findet also Stichwahl zwischen Sohrauer (Soz.) und Hermann (Ortseingesessener) statt. — Bei der ebenfalls am Mittwoch stattgehabten Wahl zur Gemeindevertretung der 3. Abteilung in **Lankwitz** wurde der bürgerliche Kandidat, Gärtnereibesitzer Wolf, mit 162 Stimmen gewählt; auf den Kandidaten unserer Partei, den Schriftsetzer Borheiner, entfielen 123 Stimmen.

Rixdorf.

Der nächste Kunstabend der Stadt Rixdorf findet am Sonntag, den 11. März 1906, abends 7½ Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Kaiser Friedrichstr. 210, statt. Dr. Malkowsky hält einen Lichtbildervortrag über „Holland und seine Kunst". Holländische Gedichte und Lieder werden von Dr. Gustav Manz und Jean Heythekker vorgetragen. Eintrittskarten zu 30 und 50 Pf. in der Buchhandlung von Bikhardt, Bergstr. 13 und an der Abendkasse.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Rixdorf. Heute, Donnerstag, den 8. März, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Thiel, Bergstr. 151/152, ein Lichtbildervortrag bei freiem Eintritt statt. Um recht zahlreiches Erscheinen der Kollegen mit ihren Angehörigen wird gebeten.

Schöneberg.

Selbstmord eines Schülers. Das traurige Kapitel der Schüler-Selbstmorde ist wieder um ein markantes Beispiel bereichert worden. In der Wohnung seiner Eltern, Nommentenstr. 38, hat sich der 14jährige Gymnasiast R. das Leben genommen, weil er befürchtete, bei den bevorstehenden Schulferien nicht versetzt zu werden. R., der das Hohenzollern-Realgymnasium in Schöneberg besuchte, hatte einen jüngeren Bruder, welcher besser lernte. Es wurden ihm aus diesem Grunde häufig Vorwürfe gemacht und man hatte ihn zu verstehen gegeben, daß es diesmal wohl nichts mit der Versetzung werden würde. Der junge Mensch nahm sich dies alles so sehr zu Herzen, daß er den Entschluß faßte, sich das Leben zu nehmen. Auf dem Klosett knüpfte er sich an einem Stricke auf. Damit das Seil nicht zu sehr in das Fleisch einschneiden sollte, hatte sich der jugendliche Selbstmörder ein Taschentuch um den Hals gewunden. Als man die unselige Tat entdeckte, war R. bereits tot.

Schaukasteneinbruch am Polizeigebäude. Ein verwegenes Diebesstückchen brachten in der vergangenen Nacht Einbrecher in Schöneberg zuwege. An dem Hause Hauptstr. 139, in dem sich bekanntlich das II. Polizeirevier befindet, sind an der Vorderfront mehrere Schaukästen des Herrengarderobengeschäftes von Schulmeister angebracht. Seit einigen Tagen enthielten die Kästen wertvolle Kleidungsstücke im Werte von mehreren hundert Mark. Trotzdem die Polizei ein- und ausgeht, gelang es in der Nacht den dreisten Diebesgesellen, die Schaukästen vollständig auszuplündern. Auch in dem unmittelbar darüber befindlichen Bureauräumen war von den anwesenden Beamten nichts von dem Einbruch bemerkt worden. — Die gleiche Diebesbande dürfte in der gestrigen Nacht auch die Schaukästen des Herrengarderobengeschäftes von S. Josef in der Hauptstr. 1 ausgeräumt haben. Es ist dies bereits der fünfte derartige Einbruchsdiebstahl, der bei der erwähnten Firma in letzter Zeit ausgeführt wurde.

Charlottenburg.

Aufruf!

Aerger noch als die Erziehung der schulpflichtigen Proletarierjugend liegt diejenige der noch nicht schulpflichtigen Kinder brach. Ihre grundlegende Bedeutung für die Bildung der Persönlichkeit wird in den weitesten Kreisen auch der klassenbewußten Arbeiterschaft verkannt. Oeffentliche Erziehungsstätten dieser Art existieren nicht. Die vorhandenen privaten sind teils für Proletarierkinder zu kostspielig, teils Wohltätigkeitsanstalten bürgerlicher Vereine und haben ausnahmslos mehr oder weniger das Bestreben, die Seele des jungen Arbeiterkindes mit bestimmten, den herrschenden Gesellschaftsklassen wohlgefälligen religiösen und politischen Anschauungen zu erfüllen.

In der Erkenntnis dieses Mangels hat sich eine kleine Gruppe sozialistischer Frauen gebildet, welche den Versuch machen will, in Charlottenburg einen nach modernen Erziehungsgrundsätzen geleiteten Kindergarten ins Leben zu rufen. Diese Erziehungsstätte soll frei sein von jeder religiösen oder politischen Beeinflussung. Sie soll die Sinne der ihr anvertrauten Kinder wecken und üben, ihren Vorstellungskreis klären und erweitern und diejenigen Tugenden pflegen, welche in der Gemeinsamkeit der Spiele und Tätigkeiten wurzeln und für das spätere Gemeinschaftsleben von Bedeutung sind.

Alle Genossinnen und Genossen, welche dem geplanten Unternehmen Interesse und Unterstützung angedeihen lassen wollen, werden gebeten, ihre Adressen mitzuteilen an

Frau Toni Sußmann, Charlottenburg, Berlinerstr. 102.

Weißensee.

Ein schwieriges Rettungswerk vollbrachte gestern nachmittag der Gendarm Chemnitz aus Weißensee. An der Malchower Chaussee war der vier Jahre alte Knabe Richard Volkmann aus der Berlinerstraße 74 in einen gefährlichen Sumpf geraten. Auf das Geschrei des Kleinen eilte der Beamte sofort nach dem Pfuhl, in dem das Kind bereits untergegangen war. Chemnitz watete in den Sumpf hinein und mit Hülfe einer Dame, die ihm eine Stange zuwarf, gelang es dem Gendarm, den Knaben vom Tode des Ertrinkens zu retten. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

Potsdam.

Die Gründung einer „christlich-nationalen Gewerkschaft" soll heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im Heinricischen Lokale vollzogen werden. Alle ehrlich denkenden Arbeiter werden ersucht, heute vollzählig zu erscheinen und den Protest der vorigen Versammlung gegen diese gewerkschaftlichen und politischen Quertreibereien energisch zu wiederholen, die keinen anderen Zweck haben, als die Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse lahmzulegen. Und auch heute muß unsere Parole lauten: „Nieder mit dem jesuitischen Reichsverband!" — „Hoch die moderne Arbeiterbewegung!"

Berliner Nachrichten.

Rückfragen der Volkszählungs-Abteilung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin sind jetzt an der Tagesordnung. Die Abteilung hat nunmehr das gesamte Material zur Sichtung und Bearbeitung in Händen. Hierbei werden von den kontrollierenden Beamten reichlich Monita gezogen, die zwar an die Gezählten gerichtet sind, in Wahrheit aber die Herren Zähler und Distriktskommissare treffen, die ihrerseits die Unvollständigkeit der Angaben hätten im vornhinein berichtigen müssen. Jedermann, der seine Zählkarte nicht ganz akkurat ausgefüllt hat, hat Aussicht, je nachdem die Bearbeitung des Materials an der Zentralstelle vorschreitet, durch eine Postkarte mit bezahlter Rückantwort folgenden Inhalts überrascht zu werden: „Auf den Karten der Volkszählung am 1. Dezember 1905 ist leider eine große Anzahl von Fragen unbeantwortet geblieben. Die nachträgliche Angabe der betreffenden Daten ist unerläßlich. Es wird daher ergebenst ersucht, die auf der angebogenen Karte stehenden Fragen genau zu beantworten und die Antwortkarte in den nächsten Postkasten werfen zu wollen. Statistisches Amt der Stadt Berlin." Soweit bisher bekannt, betreffen die meisten Rückfragen den „Beruf", der von vielen Personen nicht in der vom Statistischen Amt gewünschten präzisen, sondern mehr in allgemeiner Weise angegeben worden ist.

Hunde auf der Hochbahn. Ueber die Beförderung von Hunden auf der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn sind zahlreiche Beschwerden geführt worden, infolge deren sich die Betriebsverwaltung veranlaßt gesehen hat, ihrem Bahnpersonal die genaue Beachtung der bezüglichen behördlichen Bestimmungen einzuschärfen. Die Polizeiverordnung betreffend den Betrieb der Bahn vom 15. Februar 1902 bestimmt in § 7, daß nur kleine Hunde, welche auf dem Schoß gehalten werden, mitgenommen werden dürfen, solange sie sich nicht unangenehm bemerkbar machen. Diese Bestimmung ist auf der Hochbahn bisher nicht streng durchgeführt worden. Es wurden auch größere Hunde, die nicht gut auf den Schoß zu nehmen sind, befördert. Es ist deshalb zu den Bestimmungen für die Beförderung von Personen eine ergänzende Anordnung an die Beamten dahin ergangen, daß als kleine Hunde, die gemäß § 7 der Polizeiverordnung zur Beförderung zugelassen sind, nur solche bis zur Größe eines Teckels oder Terriers in Betracht kommen. Größere Hunde sind von der Mitnahme durch Fahrgäste ausgeschlossen. Alle zur Fahrt zugelassenen Hunde sind nach der Polizeiverordnung von den Fahrgästen während der Fahrt auf dem Schoße zu halten. Fahrgäste, die hiergegen verstoßen, sollen unter Hinweis auf die Polizeiverordnung höflichst aufgefordert werden, den Hund auf den Schoß zu nehmen. Falls die Fahrgäste dieser Aufforderung nicht Folge geben, werden sie darauf aufmerksam gemacht, daß sie von der Weiterfahrt ausgeschlossen werden müßten.

Die Ausstellung für Säuglingspflege wird am Sonnabend, den 10. März 1906, in den Gesellschaftsräumen des Landesausstellungsparkes, Alt-Moabit 4—10, eröffnet werden.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation wurde unter dem Vorsitz des Stadtsyndikus Dr. Hirsekorn dem Antrage zugestimmt, durch die Schulärzte bei der Einschulung der Kinder diesen für die Eltern ein sogenanntes Merkblatt gegen den Alkoholgenuß überweisen zu lassen. In dem Merkblatt heißt es u. a.: „Mütter, gebt Euren Kindern keine alkoholhaltigen Getränke! Nach Ansicht aller Aerzte ist auch der mäßige Schnapsgenuß für Kinder unter 14 Jahren schädlich."

Aufgezwungene Feierstunden mußten städtische Arbeiter am Tage der Silberhochzeit des Kaiserpaares machen, ohne dafür, wie sich das gehört hätte, entschädigt zu werden. Aus Kreisen städtischer Arbeiter wird uns hierzu folgendes geschrieben:

„Auf der Berliner städtischen Gasanstalt V (Schmargendorf) ließ der Herr Dirigent M. den Hofarbeitern bedeuten, daß am „silbernen" Dienstag nur bis Mittag gearbeitet werde, die Handwerker hatten sogar den ganzen Dienstag frei. Auf die Anfrage der Arbeiter wurde ihnen zu ihrer Ueberraschung kurz und bündig mitgeteilt: „Bezahlt wird nicht!" Die Arbeiter erklärten natürlich, dann lieber arbeiten zu wollen, worauf der Platzmeister meinte, daß die Beamten alle nach Hause gingen und ohne Aufsicht könne nicht gearbeitet werden. In der Tat ist denn auch dieser unfreiwillige Feiertag seitens der Handwerker und Arbeiter gemacht worden in der Annahme, die Anstaltsdirektion werde sich bis zum Zahltage eines besseren besinnen und aus ihrer patriotischen Gesinnung die materiellen Konsequenzen ziehen. Dies geschah aber nicht. Statt dessen erklärte der Anstaltsdirigent, daß die bezügliche Verfügung von ihm falsch aufgefaßt worden sei; den Tag könne er nicht bezahlen, aber wer am Sonntag bis 4 Uhr arbeiten wolle, solle den vollen Tag bezahlt erhalten. Natürlich verzichteten sämtliche Handwerker und Arbeiter auf die Gnade, Ueberstunden als Ersatz für ungewollte Feiertage anzunehmen; sie verlangen ihren Lohn für den anberaumten Festtag. Sollte die Gasdirektion diesem Ansinnen nicht stattgeben, so wird die Deputation sich mit dieser Frage beschäftigen müssen. Jedenfalls bringt die Anstaltsdirektion durch eine derartige Maßregel das bißchen Patriotismus auch noch ins Wanken, was bei einzelnen wenigen Arbeitern vielleicht noch vorhanden gewesen sein sollte. Von diesem Gesichtspunkte aus könnte man sich ja am Ende ein derartiges Vorgehen schließlich gefallen lassen!

Ein „schwerer" Diebstahl ist gestern auf dem Grundstück Tegeler-Weg 107 verübt worden. In dem dort zurzeit im Bau befindlichen Wohnhaus befand sich ein zwei Zentner schwerer Ambos, welcher von mehreren Dieben gestohlen wurde. Wo die Burschen ihre schwere Beute untergebracht haben, konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Mord und Selbstmord. Gestern nachmittag hat sich am Engel-Ufer 1 in dem Hotel „Kottbuser Hof" ein blutiges Drama abgespielt. Dort erschien am frühen Morgen ein etwa 30jähriger Mann mit einer jungen Dame und mietete in dem Hotel ein Zimmer. In das vorgelegte Fremdenbuch schrieb er: Kaufmann Willi Koepke und Frau. Es wurde dem Wirt bedeutet, daß sie beide sehr abgespannt seien und vor Mittag nicht gestört sein wollten. Dies wurde auch getan; als aber das angebliche Ehepaar auch in der zweiten Nachmittagsstunde noch immer nicht zum Vorschein kam, schöpfte man Verdacht und begehrte Einlaß in das Zimmer. Man erhielt indes keine Antwort, und nun drang man gewaltsam ein. Es bot sich ein schauerlicher Anblick. Beide Personen lagen in einer Blutlache und wiesen erhebliche Kopfverletzungen auf, die von Revolverschüssen herrührten. Die Frau war bereits tot, während der Mann noch Lebenszeichen von sich gab. Er wurde daher sofort nach dem Krankenhause Bethanien geschafft, wo er indes gestern abend ebenfalls gestorben ist. Ueber die Motive zu der Tat ist noch nichts ermittelt. Auch ist noch nicht bekannt, ob die Dame wirklich die Ehefrau des Koepke war oder ob es sich um eine Liebestragödie handelt. Das Fallen der Revolverschüsse wurde merkwürdigerweise nirgends gehört.

Durch die Entschlossenheit eines Straßenbahnführers ist in der Frankfurter Allee schweres Unheil verhütet worden. Der Händler Otto Fährnrich, Friedenstr. 75 wohnhaft, passierte in angetrunkenem Zustande die Frankfurter Allee und geriet in der Nähe der Königsbergerstraße an die Straßenbahngleise heran. Infolge seines Zustandes bemerkte F. nicht das Heranlaufen eines Straßenbahnwagens und taumelte direkt gegen den Wagen los. Erst im letzten Augenblick konnte der Führer den Angetrunkenen wahrnehmen und mit großer Geistesgegenwart gelang es ihm unter Anwendung all seiner Kräfte, den Motorwagen im letzten Augenblick zum Stehen zu bringen. Mit einem gewaltigen Ruck stand das schwere Gefährt kurz vor F. fest. Der Unvorsichtige wurde allerdings noch zu Boden gerissen, doch kam er mit einigen äußeren Verletzungen im Gesicht und an den Armen davon.

Totgequetscht. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der gestrigen Nacht auf dem Straßenbahnhof der Berlin-Charlottenburger Straßenbahngesellschaft in Westend. Der Wagenwäscher Reitert war damit beschäftigt, mehrere Motorwagen zusammen zu rangieren und trat, als er zwei Waggons zusammengefahren hatte, zwischen dieselben. In diesem Augenblick entsann er sich, daß er an dem einen Wagen, den er soeben verlassen, die Fahrkurbel hatte stecken lassen und versuchte, der Vorschrift zuwider, die Kurbel von seinem Standplatz aus abzunehmen, statt sich auf den Perron zu begeben und es von dort aus zu tun. Bei dem Entfernen der Kurbel schaltete R. auf Kraft ein, der Wagen setzte sich in Bewegung und der Wagenwäscher wurde zwischen beide Wagen geklemmt. Er erlitt einen Bruch des rechten Oberschenkels und anscheinend schwere innere Verletzungen. R. verstarb bald darauf im Krankenhause Westend, wohin er mittels Transportwagens gebracht worden war.

In Zürich verhaftet wurde der Mechaniker Berger, welcher als Spezialität Diebstähle von Kraftfahrzeugen betrieb. So wurde vor mehreren Wochen in Charlottenburg ein Motorzweirad gestohlen, welches von dem Besitzer ohne Aufsicht auf der Straße gelassen worden war. B. wurde als der Dieb ermittelt als er seine Beute in Sicherheit bringen wollte und dabei durch übermäßig schnelles Fahren eine Personalienfeststellung durch einen Polizeibeamten herbeiführte. Seiner Verhaftung entzog er sich durch die Flucht. Durch Briefe, die der steckbrieflich Verfolgte nach Berlin sandte, wurde ermittelt, daß er sich zurzeit in Zürich aufhalte, wo er auf Antrag der Staatsanwaltschaft nunmehr verhaftet worden ist.

Doppelselbstmord im Hotel. Ein junges Liebespaar ist Dienstag abend gemeinsam in den Tod gegangen, weil sich die Eltern der jungen Leute dem Verhältnis widersetzten. Der 22 Jahre alte Kaufmann Willi Recke, Sohn der Werkmeister Reckeschen Eheleute aus der Nazarethkirchstraße 48, lernte vor längerer Zeit die 19 Jahre alte Putzmacherin Gertrud Sachow aus der Müllerstraße 130 kennen. Die beiden wollten einen Bund fürs Leben schließen, aber die Angehörigen des jungen Mannes waren dagegen. So zogen die Liebenden den Tod der Trennung vor. Am Sonntag verließen beide ihre Angehörigen. Als sie am Montag weder zurückgekehrt waren, noch von sich hatten hören lassen, wurden die Verwandten besorgt und machten der Polizei Anzeige von dem Verschwinden. Indessen war bis Dienstag mittag keine Spur aufzufinden. Am Montag kehrte in einem Hotel in der Dorotheenstraße ein junges Paar ein, das sich als Kaufmann Recke und Frau bezeichnete. Es bezog ein Zimmer im zweiten Stock. Am Dienstagmorgen bald nach 9 Uhr frühstückten beide auf dem Zimmer und waren scheinbar guter Dinge. Später hörte man nichts mehr von ihnen. Um 12½ Uhr mittags wollte ein Hausdiener das Zimmer betreten, fand aber keinen Einlaß. Man verschaffte sich Zutritt und fand das Liebespaar angezogen im Zimmer tot auf. Beide hatten Lysol genommen. Wie festgestellt wurde, handelte es sich um das vermißte Liebespaar.

Im Landwehrkanal an der Schlesischen Brücke ertrunken ist gestern der 6 Jahre alte Knabe der Heckertschen Eheleute, Curvystr. 3. Das Kind, das gestern nachmittag noch mit anderen Kindern spielte, wurde abends von den Eltern vermißt. Nachfragen auf dem in der Curvystraße befindlichen Polizeirevier ergaben, daß der Knabe ertrunken und bereits ans Ufer gebracht sei. Auf welche Weise der Knabe ins Wasser gefallen ist, konnte im Augenblick noch nicht festgestellt werden. Die Leiche wurde sofort nach dem Schauhause gebracht.

Der Wintergarten hat sich einen neuen Stern zugelegt. An Stelle der Otero ist jetzt die Madame Saharet getreten, beide produzieren sich auf dem Gebiete des Tanzens. Die Saharet, die schon früher in Berlin aufgetreten, präsentiert sich in einer humorvollen Burleske, die uns auch die Bekanntschaft des Kaisers der Sahara Monsieurs Lebaudy (Herr Sandemann) und seines Leibkamels vermittelte. Ueberhaupt ist der Tanz in dem Märzprogramm reichlich berücksichtigt. Eine Pariser Tänzerin Alezia bringt Tänze zum Vortrag, daß man glaubt, eher einen Schlangenmenschen vor sich zu sehen, als eine Tänzerin. Was da alles an Gliederverrenkungen geleistet wird, ist kaum zu sagen. Auf demselben Gebiete liegt auch das Auftreten der Londoner Tilletgesellschaft, die ein Rokokoballet inszeniert. Farbenprächtige, bis an die Knie reichende Kostüme, dünne Waden der sehr jungen Tänzerinnen. Das Werfen der Beine bis an die Nasenspitze, das war sicher nach dem Geschmack des Wintergartenpublikums, das ein internationales genannt werden kann; denn dabei kommt außer dem Auge auch die Lüsternheit, der Sinneskitzel auf seine Rechnung. Franco Picher ist ein tüchtiger Banjovirtuos und de Bière zeigt als Zauberkünstler seine verblüffenden „Hexereien". Vorzügliches leisten die „4 Raccos", die als Luftgymnastiker an der Decke des Saales am Trapez ihre Kunst zeigen.

Im Passage-Theater sind es die amerikanischen Jongleure Kentukies, die eine bewundernswerte Gewandtheit entwickeln. Die beiden Akrobaten Gebrüder Schadow reihen sich ihnen würdig an. Auf dem Gebiete des Humors war der Humorist Fritz Schönbauer der Liebling des Abends, immer wieder holte ihn der nie enden wollende Beifall auf die Bühne, um ihn zu veranlassen, sein gesamtes Repertoir vorzutragen. Besonders erwähnt werden muß der Musikalakt Trio Thais. Harfe, Harmonium und Flöte schaffen eine wundervolle Harmonie. Diese Musikkunststücke werden von den Vortragenden vereinigt mit der Parterreakrobatik, eine seltene Vereinigung. — In Palast-Theater in der Burgstraße ist der Schwank „'ne feine Nummer" das Zugstück des Abends. Außerdem treten eine Anzahl Spezialitäten auf, wie Luftgymnastiker, ein Danz-Duo, der Humorist Walter und andere.

Eduard Möller 807 V*
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Rixdorf, Bergstr. 24.

Aeltestes konz.
Leihhaus
Charlottenburg,
Wilmersdorferstr. 40 I.
Hohe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer.
Gelegenheitskäufe in Brillanten,
Uhren, Gold- u. Silbersachen. [329 L.*

Leih-Haus
Charlottenburg,
Friedrich-Karl-Platz 12,
Berlin, Anklamer-Straße 2.
Beleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Büchern, Wäsche, Kleidungsstücken 2c. 354 V*

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.